

EINE STADT FÜR ALLE.

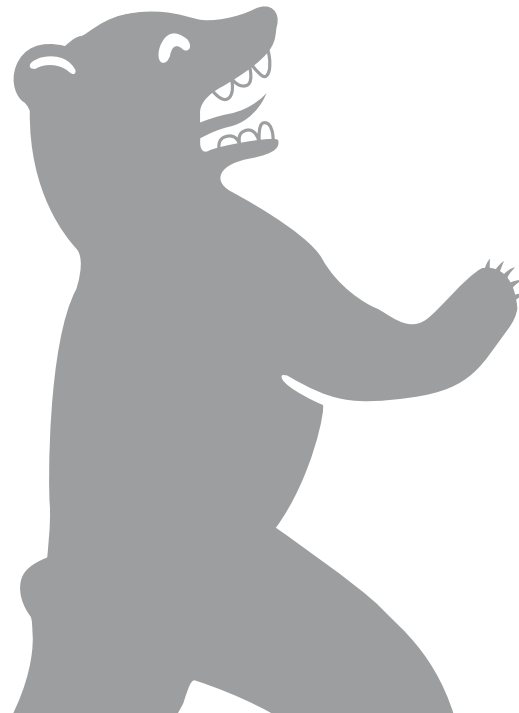
DAS WAHLPROGRAMM
zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**EINE
STADT FÜR
ALLE.**



Dieses Wahlprogramm wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz am 5. und 6. März von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin einstimmig beschlossen.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Berlin
Kommandantenstraße 80
10117 Berlin

Tel: 030 615 005-0
Fax: 030 615 005-99
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Titelgestaltung: Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH

Inhalt

Präambel	
Eine Stadt für alle Berlins Aufbruch 2011	15
Unsere Idee für die Stadt: eine Stadt für alle Blick zurück nach vorne	15 16
Was aus unserer Idee folgt: Blockaden lösen und neue politische Kultur	18
Die Blockaden lösen: Berlin braucht alle	18
Mit der Stadt regieren: eine neue politische Kultur für Berlin	22
Unsere Werte: Gerechtigkeit und Freiheit	25
Worauf es ankommt: Bildung – Arbeit – Klima	26
Bildung ist der Schlüssel	26
Arbeit für die Zukunft	27
Verantwortung für das Klima	29
Zehn für Berlin Für Berlin	30 32
1. Solidarisches Berlin	34
Keiner bleibt zurück	34
Wohnen darf kein Luxus sein – Mieterschutz stärken	37
Gezielt begrenzen	38

Soziale und nachhaltige Formen des Wohneigentums unterstützen	39
Arbeit heißt Anerkennung – Brücken in die Beschäftigung	39
Unterstützung auf Augenhöhe	40
Brücken in Beschäftigung bauen	41
Gute Gesundheit und gute Pflege	42
PatientInneninteressen stärken	45
Nicht die Menschen zur Hilfe, sondern die Hilfe zu den Menschen bringen	46
Gute Arbeit – gute Pflege	47
Türen öffnen für Menschen mit Demenz	48
Würde bis zum Lebensende	48
Stadt der Vielfalt	48
Diversity: Politik der Vielfalt	49
Behindert ist man nicht, behindert wird man	49
Stadt verschiedener sexueller Identitäten	50
Dem Hass keine Chance	51
Integration heißt Anstrengung aller	52
Integration durch Bildung	54
Arbeitsmarkt für alle	55
Öffentlicher Dienst – offen für alle	56
Integrationsverbote abschaffen, Teilhaberechte stärken	56
Integration folgt gemeinsamen Regeln	57
Der Islam gehört zu Berlin	58
Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik	58
Schulden haben keine Zukunft – sozial-ökologisch investieren	59

Ausgabenkritik – wo können wir sparen?	61
Stärkung der Habenseite	63
Bürgerschaftliches Engagement – auch bei Finanzfragen!	64
Teilhabe durch öffentliche Institutionen	65
Die Landesunternehmen in den Dienst der Menschen stellen	65
Sozial-ökologisches Leitbild, Transparenz und Kontrolle	66
2. Prosperierendes Berlin	
Berlins Wirtschaft soll wachsen – aber richtig!	69
Grüne Industrielle Revolution	73
Ökologie, die sich auszahlt – Rohstoff- und Energieeffizienz	74
Energie, die uns (vor)antreibt – energieeffiziente IT-Infrastrukturen fördern	75
Von der Mülltonne zur Klimatonne	75
Standort des Verkehrsstroms	76
Neue Qualität der Dienstleistungen	77
An der Zukunft arbeiten: Betreuung und Bildung	77
Arbeit in der alternden Gesellschaft	78
Kreativ und produktiv	78
Im Mittelpunkt steht der Mensch – Gesundheitswirtschaft mit klaren Strukturen	80
Die Reise nach Berlin	81
Kreative Berliner Wirtschaft braucht kreative Partner in der Verwaltung	82

Dialog von Wirtschaft und Verwaltung	82
Berlin wird Gründungshauptstadt	83
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand	84
100.000 neue Jobs	85
3. Lebenswertes Berlin	88
Gerechtigkeit geht weiter	88
Berlin bleibt zusammen: soziale Stadtentwicklung	89
Berlin nachhaltig gestalten heißt:	
unsere Stadt zukunftsfähig machen	90
Planungs- und Baukultur neu beleben	91
Klare städtebauliche Prioritäten setzen	91
Stadtverträgliche Grundstückspolitik	92
Einmischung erwünscht	92
Umwelt gemeinsam schützen:	
ökologische Stadtentwicklung	93
Vermeidung von Lärm und Feinstaub	93
Berlin wird grüner werden	95
Neue Bäume für Berlin	96
Uferloses Berlin – nein danke!	96
Bärenstark für den Tierschutz	97
Stadt der Verbraucherinnen und Verbraucher	98
Bitte lächeln – Smileys für ganz Berlin	98
Gut informiert und beraten – von Finanzen bis Gesundheit	99
Mobile Stadt	101
Nachhaltige Mobilität für alle	101

Moderne Verkehrspolitik hat klare Ziele	102
Ein gutes Klima im Verkehr	103
Eine Stadt für alle – mehr Platz für alle	103
Mobilität für alle barrierefrei	104
Fahr Rad!	104
S-Bahn für Berlin fit machen	106
Gute Mobilität – nicht nur für die Innenstadt!	107
Die Wirtschaft zieht mit	108
Berlin – sichere Stadt der Freiheit	109
Wachsamkeit statt Panik	110
Öffentliche Plätze gemeinsam sicher und lebenswert gestalten	111
Videoüberwachung auf den Prüfstand	111
Für eine bürgernahe Polizei	112
Für eine effektive Justiz	113
Junge Straftäter: Prävention, Intervention und schnellere Verfahren	113
Resozialisierung statt Beton	114
4. Klimahauptstadt Berlin	
Neue Energie für die Stadt	116
Der erneuerbare Schatz der Stadt	118
Alle Energiequellen nutzen	119
Berlin und Brandenburg gemeinsam	119
Biomasse ist nicht per se der beste Weg	120
Energetische Sanierung voranbringen	121
Informationen und Beratung für alle	122
Klimaschutz sozial gestalten	123
Mit der Stadt beginnen	124

Netze in unabhängige Hände geben	125
Klimahauptstadt werden wir nur gemeinsam	126
Grüne Bildung für nachhaltige Entwicklung	127

5. Lernfähiges Berlin

Gute Bildung für alle **129**

Auf den Anfang kommt es an	131
Sprache ist der Schlüssel	132
Platz da!	133
Bildungsbrücken bauen	133

Schulkonsens für Qualität **134**

Gute Schulen werden im Kiez gemacht – den ganzen Tag	135
Kein Kind zurücklassen – die inklusive Schule	137
Keine Schule zurücklassen	137
Gut ein- und umsteigen	138
Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen	139
Neue Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land	141

Aktiv für Ausbildung **142**

Ausbildung geht alle an	143
Weiterbilden – weiterkommen	145

Hochschule neu denken **146**

Bachelor und Master studierbar machen	146
Gute Lehre als Karriereschub!	147
Hochschulen wollen solide finanziert sein	147
Vertrauen und Transparenz wiederherstellen	148
Vielfalt schließt Geschlechtergerechtigkeit ein	150
Draht zur Stadt	150
Europaweites Lernen und Studieren	151

Wissenschaft und Forschung in und für Berlin	151
Forschung für die Gesellschaft	152
Undank ist der Welten Lohn? – Wissenschaft als Beruf	153
Vielfalt der Forschung	153

6. Familiengerechtes Berlin

Ein neuer Generationenvertrag für die Stadt **155**

Ein neuer Generationenvertrag für Berlin	
Bist du dabei?	156

Eine Stadt für alle Kinder **157**

Arm sein ist überhaupt nicht sexy	158
Ein Strauß Hilfe	158
Frühe Hilfe statt später Hilflosigkeit	159
Spiel- und Bewegungsräume für Kinder	160

Die Jugend von heute **160**

Mitsprechen lassen, nicht nur so tun	161
Ihr seid uns nicht egal	162
Freiwillige vor	162
Freiräume schaffen – die Stadt erobern	163

Vereinbarkeit von Familie und Beruf **163**

Verlass dich drauf	164
--------------------	-----

Selbstbestimmt im Alter **165**

Heim oder WG?	166
Der eigene Wille zählt	167
Barrieren abbauen	167

7. Demokratisches Berlin**Mit der Stadt regieren: eine neue politische Kultur für die Stadt 169**

Demokratie neu und anders wagen	171
Wahlrecht erweitern	171
Demokratie direkt und fair	172
Zugang zu Informationen verbessern	172
Transparente Politik braucht transparente Abgeordnete	173
Konsequent gegen Filz und Korruption	173
Berlin – kein Ort für Nazis!	174

Bezirke stärken	175
SOS für die Bezirksfinanzen – Gelder gerechter verteilen	176
Personal für die Bezirke	178
Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in den Bezirken	178

Bürgerfreundliche und zukunftsfähige Verwaltung	179
Konzentrierte Aufgabenerledigung	180
Neue Angestellte braucht das Land	181
Projektberichte für die Öffentlichkeit	182

Stadt der Freiheit: Bürgerrechte wahren, private Daten schützen	182
Informationelle Selbstbestimmung vor neuen Herausforderungen	183
Datenschutzbeauftragte stärken	184
Versammlungsrecht für Berlin: frei und friedlich	184

Demokratische Medien- und Netzpolitik	185
Hörfunk und Medien demokratisch weiterentwickeln	185
Netzpolitik ist Zukunftspolitik	187
Berlin als Standort für Netzwirtschaft stärken	188

Offenes Netz in Berlin: Förderung drahtloser Angebote (WLAN) und Breitband für alle	189
Aktiv für netzpolitische Themen einsetzen	190

8. Geschlechtergerechtes Berlin Die Hälfte der Stadt 191

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt	193
Nicht gegeneinander: miteinander	193
Entdecke die Möglichkeiten	194

Schutz vor Gewalt	196
Opferschutz verbessern	196

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung	198
Selbstbestimmter Umgang mit dem eigenen Körper	198

Frauen in der Politik, Wirtschaft und Verwaltung	199
---	------------

Neue Männer braucht die Stadt	200
Neue Wege von Anfang an	201
Solidarisch und glücklich	202

9. Kreatives und bewegtes Berlin Berlins Stärken stärken 203

Eine neue Form der Kulturförderung	205
Vorhang auf!	206
Große Oper	207
Erste Geige	208
Berlin tanzt	208
Willkommen im Club	209

Bilderwelten	209
Film ab	210
Bibliotheken für alle	211
Kultur in der Bundeshauptstadt braucht auch die Hilfe vom Bund	211
Humboldtforum gestalten	212
Schmerzhafte Erinnerung wach halten	212
Kultur für Kids – Kultur von Kids	214
Berlin bewegt alle	215

10. Weltstadt Berlin

Die Welt zu Hause in der Stadt	218
Internationale Verantwortung wahrnehmen	218
Berlin in der internationalen Wirtschaft	222
Netze bilden	222
Berlin – eine europäische Stadt für alle	223
Europa sichtbarer und lebendiger machen	223
Europa muss lebendiger werden	224
Europa in Berlin	224
Schienenanbindung an Mittel- und Osteuropa verbessern	225
Kooperation mit Polen verstärken	225
Berlin in Europa – Mittlerin zwischen Ost und West	226
Fördermittel besser nutzen	227
Arbeitsmarktöffnung: Vorteile nutzen – Nachteile verhindern	228

Präambel

Eine Stadt für alle Berlins Aufbruch 2011

*„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen,
sondern möglich machen.“
(Antoine de Saint-Exupéry)*

1. Unsere Idee für die Stadt: eine Stadt für alle

Mit dem Wahlprogramm, das Sie in den Händen halten, wollen wir Sie von unserer Idee für Berlin überzeugen: Wir wollen eine Stadt für alle. Eine Stadt, in der jede und jeder gut leben kann. Statt eines weiteren Auseinanderfallens in Arm und Reich, in drinnen und draußen wollen wir einen Aufbruch hin zu einem Berlin, an dem alle teilhaben, bei dem alle dabei sein können. Eine Stadt für alle!

Um diese Idee verwirklichen zu können, haben wir viel Energie darauf verwendet, zusammenzutragen, was wir in unserer Stadt verbessern, verändern und bewegen wollen. Wir haben miteinander und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern über die Anliegen und Sorgen gesprochen, die Berlinerinnen und Berliner bewegen, sind dabei oftmals auf Stolz und Begeisterung für unsere Stadt gestoßen, aber immer wieder eben auch auf große Probleme. Wir haben mit viel Energie, Ernsthaftigkeit und Begeisterung an einer Idee für Berlin gearbeitet, die die Stadt bewegt und alle mitnimmt.

„Eine Stadt für alle“ ist dann möglich, wenn wir die Blockaden der Stadt aufbrechen und es jedem und jeder ermöglichen, seine bzw. ihre Potentiale zu entfalten und einzubringen. Und das ist nur möglich, wenn wir in unserer Stadt zu einer neuen politischen Kultur finden, in der sich Politik öffnet für die Ideen, aber auch Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, in der man sich zuhört und gemeinsam Lösungen entwickelt.

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 kann zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der Stadt werden. Nach zehn Jahren Schwarz-Rot und danach weiteren zehn Jahren Rot-Rot gibt es in Berlin die berechtigte Hoffnung, die Ideenlosigkeit eines ausgelaugten Senates zu überwinden. Die Entscheidung ist recht einfach beschrieben: Bleibt es dabei, dass der Berliner Senat auf der Stelle tritt, oder wählen Sie einen Aufbruch für Berlin mit Renate Künast an der Spitze.

2. Blick zurück nach vorne

Als vor 20 Jahren die friedliche Revolution in der DDR auch die Berliner Mauer niederriss, wurde Berlin weltweit zum Symbol für den Sieg der Freiheit über die Diktatur. Berlin entzündete in den 1990er Jahren die Fantasien und dafür schien es keine Grenzen zu geben. Die Energie von Christ- und Sozialdemokraten reichte aber nur für Wolkenkuckucksheime und Skandale.

Heute geben die Bürgerinnen und Bürger Berlin mit viel Engagement ein neues Gesicht. Eine neue Generation ist hier aufgewachsen und viele Menschen haben sich hier neu beheimatet. Aus allen Winkeln Deutschlands, Europas und anderer Erdteile strömen Menschen nach Berlin, die hier ihre Ideen verwirklichen wollen und damit Teil der Ausstrahlung der Stadt werden. Berlins Universitäten und Forschungseinrichtungen, Berlins Lebensgefühl und Potentiale laden junge Menschen aus der ganzen Welt ein, mit ihren Ideen hierherzukommen, unsere

Stadt nachts lebendiger und tagsüber ideen- und damit chancenreicher zu machen. Berlins tolerantes Klima lädt ein, hier die unterschiedlichsten Lebensentwürfe und Ideen zu verwirklichen. Berlin braucht die Potentiale seiner Bewohnerinnen und Bewohner, egal, ob hier geboren oder zugezogen.

Berlin ist zum Verlieben, aber seine Regierung ist zum Davonlaufen. Mit diesem Senat herrscht bei den drängenden Herausforderungen und Zukunftsfragen der Hauptstadt Stillstand: Statt Innovation und einer Klimapolitik mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen gibt es einfalllose Betonpolitik à la A100. Statt endlich den Schulen in benachteiligten Stadtteilen mit einem Sofortprogramm unter die Arme zu greifen, debattiert Rot-Rot über ein nichtssagendes Integrationsgesetz.

Die Schulreform geht von der Idee her in die richtige Richtung. Die Umsetzung ist jedoch miserabel. Der Senat hat viel Vertrauen zerstört – bei Eltern, die schlecht informiert wurden, bei Kindern, die in baufälligen Gebäuden ohne Mensa stehen und nicht zuletzt bei Lehrerinnen und Lehrern, die mit unausgegorenen Konzepten und dem verständlichen Unmut der Eltern alleingelassen werden.

Auf das nicht endende S-Bahn-Chaos reagiert der Berliner Senat bislang allenfalls mit matten Ermahnungen, die auch weiterhin wirkungslos verpuffen werden, wenn auf die Worte keine ernsthaften Konsequenzen folgen. Das ist nicht weiter hinnehmbar. Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner stecken regelmäßig fest oder stehen sich die Beine in den Bauch.

Die hohe Arbeitslosigkeit scheint den Senat nicht zu beeindrucken. Horrende Erwerbslosigkeit, geringe Wirtschaftskraft und zunehmende Verarmung von Teilen der Bevölkerung sind die Ausgangslage nach zehn Jahren rot-roter Regierung. Wenn überhaupt, beschließt der Senat, dass er bis zur Wahl nichts mehr beschließt, wichtige Entscheidungen werden vertagt. Das Klimaschutzgesetz wurde zur Chefsache erklärt. Und was hat der Chef gemacht? Nüsch.

Hinzu kommt die alarmierende Haushaltsnotlage Berlins. Die hohe Verschuldung schränkt die politische Handlungsfähigkeit der Stadt immer mehr ein. Die Zukunftsfähigkeit des Berliner Haushalts ist Linken und Sozialdemokraten offenbar nicht so wichtig. Ohne fortgesetzte Ausgabendisziplin, Mehreinnahmen und Entschuldungshilfe kommt Berlin aus der Schulden Spirale nicht mehr raus. Inzwischen hat sich Rot-Rot zum Schaden für die Stadt bundespolitisch isoliert. Solidarität unter den Bundesländern ist so nicht zu erringen.

Die Menschen erwarten zu Recht einen Aufbruch für die Stadt. Die Zeit ist reif für einen Politikwechsel. Wir machen die Erfahrung, dass die Wechsel-Hoffnung vieler auf uns gerichtet ist – inhaltlich und personell. Die Zeit ist reif für grünen Schwung und grüne Ideen.

3. Was aus unserer Idee folgt: Blockaden lösen und neue politische Kultur

„Eine Stadt für alle“ heißt für uns zweierlei.

Erstens: Unsere Idee von einer „Stadt für alle“ braucht alle und wir wollen deshalb die sozialen Blockaden lösen und die Potentiale aller fördern.

Und zweitens: Unsere Idee von einer „Stadt für alle“ lässt sich nur in einer neuen politischen Kultur verwirklichen, die von Offenheit, Transparenz und wechselseitigem Respekt gekennzeichnet ist.

Die Blockaden lösen: Berlin braucht alle

„Eine Stadt für alle“ kann es nur geben, wenn wir die Blockaden in unserer Stadt lösen und jede und jeder eine reale Chance hat. Jeder Mensch hat Fähigkeiten, Talente und Kompetenzen. Wer wie der derzeitige Senat glaubt, darauf verzichten zu können,

verspielt die Zukunft unserer Stadt. Deshalb streiten wir für öffentliche Institutionen, die diese Potentiale freisetzen – für bessere Kindertagesstätten, für bessere Schulen, für bessere Arbeit, für eine bessere Gesundheitsversorgung und bessere Löhne für Geringverdienende sowie gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die Geschichten der Blockaden in Berlin sind zahlreich: Sie handeln von Müttern und Vätern, die alles für ihre Kleinen geben, die sich für Familie und Beruf engagieren - aber seit Monaten zunehmend genervt nach einem guten Betreuungsplatz für ihr Kind suchen. Sie handeln von arbeitslosen Alleinerziehenden, denen verwehrt wird, ihr Kind ganztägig in die Kita zu schicken, obwohl es dort gute Förderung bekommen würde. Sie handeln von Familien, denen nie die Möglichkeit aufgezeigt wurde, wie sie aus der Armutsfalle entkommen können. Sie handeln von Kindern, die davon träumen, AnwältIn oder MechanikerIn zu werden, die aber ein Schulsystem erleben, das sie früh zu Perspektivlosen stempelt, anstatt ihnen Chancen zu eröffnen. Sie handeln von hochmotivierten Jugendlichen mit gutem Schulabschluss, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, weil ihr Name zu ausländisch klingt. Sie handeln von Schülerinnen und Schülern, die gerne in die Schule gehen – und dort Schulgebäude vorfinden, in denen der Putz von den Wänden kommt, von Eltern, die sich fragen, warum die Bedürfnisse und Begabungen ihres Kindes in der Schule so wenig individuelle Förderung erfahren, von Lehrern, die sich fragen, warum sie mit sozialen Problemen, Aggression und Verwahrlosung alleingelassen werden und dazu jeden Tag mehr Bürokratie über sich ergehen lassen müssen. Sie handeln von Studierenden, die sich für ihr Studienfach begeistern – und in überfüllten Hörsälen nicht durch den Eingang kommen.

Die Blockaden werden zu Geschichten von Menschen, die in unserer Stadt ohne Arbeit sind, die sich mit ihren Fähigkeiten

einbringen wollen – und die über „arm, aber sexy“ nicht lachen können. Sie handeln von Frauen, die trotz gleicher Arbeit weniger Lohn erhalten oder denen trotz guter Ausbildung und Leistung der Weg in Führungspositionen versperrt bleibt. Von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich integrieren wollen oder längst integriert haben, aber doch überall nur auf ihre Herkunft reduziert werden. Sie handeln von Menschen, die Opfer von Mobbing und Gewalt werden, weil sie anders lieben. Oder von Menschen mit Behinderungen, die keine angemessene Beschäftigung finden und in ihrer Mobilität eingeschränkt werden, weil Aufzüge kaputt sind, Schnee nicht geräumt wird oder die S-Bahn nicht fährt. Sie handeln von Selbstständigen und UnternehmerInnen, die in unserer Stadt etwas bewegen wollen, die für ihre Ideen brennen und zukunftsfähige Arbeit schaffen wollen – und im Senat keinen Ansprechpartner finden, der sich wirklich engagiert. Sie handeln von Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen, die ihren Kiez lieben – und erleben, wie sich die Stadt spaltet, wie eine horrende Mietentwicklung Menschen vertreibt und wie öffentliche Plätze verwahrlosen. Und sie handeln von Menschen und Initiativen, die sich für unsere Umwelt engagieren, die wissen, dass wir den Klimawandel gemeinsam stoppen müssen – und dafür keine Unterstützung finden.

Wir wollen diese Blockaden lösen, da es die Bürgerinnen und Bürger verdient haben, ihre Lebensentwürfe auch umsetzen zu können. Auf jede Berlinerin und jeden Berliner kommt es an, wenn die Stadt vorankommen will. Niemand darf zurückbleiben. Niemand darf ausgeschlossen bleiben. Jede und jeder kann etwas, das die Stadt weiterbringt.

Es ist unser Angebot, alle Kräfte zu bündeln, die Kräfte der Stadtgesellschaft, der Politik, der Wissenschaft und Kreativszene

und auch der Wirtschaft. Berlin braucht jede Einzelne und jeden Einzelnen - vom heranwachsenden Kind im Kitaalter bis zum Pensionär, vom Langzeitarbeitslosen bis zur Managerin. Berlin wird den Aufbruch schaffen, wenn die Menschen in der Stadt unterstützt, gehört und beteiligt werden. Genauso wie die Politik in Berlin endlich Verantwortung übernehmen muss, mit frischen Ideen und neuer Tatkraft, so gilt auch: Wir können das nur zusammen schaffen.

Integration verstehen wir als gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Zu einem solchen Miteinander gehören unverbrüchlich Respekt, Toleranz und die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund bauen längst aktiv mit an der Zukunft Berlins und sind bereit für mehr. Das unternehmerische Engagement, das Migrantinnen und Migranten in unsere Stadt einbringen, ist beeindruckend. Wir wollen verhindern, dass wegen reißerischer Debattenbeiträge am Ende aus den Kindern der Einwanderer Auswanderer werden. Wir wissen, dass Integration in vielen Fällen ein uneingelöstes Versprechen ist. Probleme gibt es in der Schule, in der Arbeitswelt, aber auch im Kiez. Hier ist die Politik gefragt, die Durchlässigkeit der Stadtgesellschaft zu erhöhen und die Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu fördern. Integration kann nur gelingen, wenn alle die vorhandenen Möglichkeiten nutzen und sich einbringen. Das gilt für die Wahrnehmung von Angeboten zum Spracherwerb wie beim Zusammenleben im Kiez. Aufgerufen sind alle, die Integration wollen, sich für die Werte des Grundgesetzes einzusetzen, für BürgerInnen-, Frauen- und Freiheitsrechte genauso wie gegen Diskriminierung. „Eine Stadt für alle“ heißt gerade hier: Nur zusammen können wir es schaffen, nur so ist eine integrative Stadt möglich.

Mit der Stadt regieren: eine neue politische Kultur für Berlin

Wir stellen Ihnen in unserem Programm konkrete Schritte und Wege vor, auf denen wir Berlin voranbringen wollen. Das kann nur gelingen, wenn wir unsere Idee mit einem neuen demokratischen Umgang, mit einer neuen politischen Kultur für Berlin verbinden. Wir wollen die Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern regieren – und nicht über sie hinweg. Wir wollen unsere Politik im Dialog entwickeln, Beteiligung ermöglichen, Maßstäbe offenlegen und Transparenz schaffen.

Deshalb ist das vorliegende Programm nicht nur ein Programm für alle, die Berlins Aufbruch wollen, sondern auch ein Programm, in das die Ideen vieler Bürgerinnen und Bürger eingeflossen sind und das für Rückfragen und Kritik offen ist. Wir wollen mit unserem Programm das politische Spiel beenden, in dem die Partei am besten fährt, die den Kopf am tiefsten in den Sand steckt, die sich bedeckt hält und auf konkrete Vorschläge verzichtet, nur um keine Kritik auf sich zu ziehen.

In unserer Stadt leben viele Menschen, die sich einmischen und mitgestalten wollen. Dem wollen wir anders als der derzeitige Senat Rechnung tragen. Ein Senat sollte die Bürgerinnen und Bürger weder vor den Kopf stoßen noch Angst vor ihnen haben. Politik sollte für die Erfahrung, das Wissen und die Kraft der Menschen offen sein: Erfahrungen aus Arbeit und Unternehmen, Initiativen und Verbänden, Familien und Stadtteilen, Vereinen und Religionsgemeinschaften. Wir wollen Demokratie anders und besser wagen.

Zu einer neuen politischen Kultur für Berlin gehört ein neuer Regierungsstil, der auf Dialog und Verständigung setzt. Viel zu oft scheiterte in den vergangenen Jahren der sachorientierte politische Dialog über wichtige Anliegen für die Stadt an der Selbstgefälligkeit im Roten Rathaus. Viel zu selten kam es zu Angeboten des politischen Austausches und der Kooperation

zwischen Regierung und Opposition. Viel zu selten kam es zum Gespräch mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen deshalb eine regelmäßige BürgerInnensprechstunde einrichten, in der das unmittelbare Gespräch mit Regierender Bürgermeisterin und Senatorinnen und Senatoren möglich ist. Unsere Vorstellung vom Regieren heißt gemeinsame Ideenentwicklung mit der Bevölkerung, offene Dialogbereitschaft und transparenter Umgang mit Informationen und Entscheidungen. Deshalb gehört es auch zu unserer Vorstellung einer neuen politischen Kultur, immer wieder ehrlich Rechenschaft darüber abzulegen, wie wir bei der Umsetzung unserer Ziele vorankommen und wo es möglicherweise klemmt. Wir wollen deshalb alle Senatsverwaltungen verpflichten, jährlich einen öffentlichen Bericht an die Bürgerinnen und Bürger vorzulegen, in dem der Stand der Verwirklichung geplanter Projekte offengelegt und Umsetzungsdefizite benannt werden. Ein besseres Berlin bekommen wir nicht mit Show-Effekten und Schönrederei, sondern indem wir den Aufbruch mit Kompetenz, Realismus und Lernbereitschaft verbinden. Unsere Idee für Berlin braucht Politik mit Herz und Verstand.

Eine neue politische Kultur bedeutet auch, ökologische, ökonomische und soziale Ziele und Interessen zu verknüpfen, Politik so als Einheit zu betrachten und Synergieeffekte zu nutzen. Der „Green New Deal“ ist hierfür das beste Beispiel. Berlin braucht eine umfassende Strategie für nachhaltige Entwicklung, das bedeutet Engagement für Lebensqualität, eine lebenswerte Umwelt und sozialen Zusammenhalt.

Eine neue politische Kultur für die Stadt verlangt zudem finanz- und haushaltspolitische Redlichkeit. Die Schiefelage des Berliner Haushaltes minimiert außerdem unseren Gestaltungsspielraum für die Stadt und schadet damit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Demokratie. Wir müssen deshalb das Steuereinkommen durch die Verbesserung der wirtschaftlichen

Dynamik erhöhen. Zur finanzpolitischen Redlichkeit gehört auch, dort zu sparen, wo es sich um sinnlose Ausgaben oder ungerechtfertigte Privilegien handelt. Wir sagen schon vor der Wahl offen und ehrlich: Für Klientelpolitik und Wahlgeschenke hat die Stadt kein Geld. Auch in der Haushalts- und Finanzpolitik gilt unser Anspruch: eine Stadt für alle.

Eine neue demokratische Kultur muss zum selbstverständlich gelebten Alltag auch in der Verwaltung werden. Dies schließt Open Government, Open Data und Open Source als zentrale Instrumente einer intelligent vernetzten Stadt ein. Die Umsetzung von Bürgernähe, Partizipation und Transparenz kann nur gelingen, wenn wir eine Verwaltung haben, die auf diese Ziele festgelegt ist und die das im Alltagsgeschäft sicher umsetzt.

Zu einer neuen politischen Kultur für Berlin gehört auch, dass die Menschen mehr direkten Einfluss auf politische Entscheidungen bekommen. Politische Abstimmungen und Mehrheitsfindungen müssen auch zwischen den Parlamentswahlen stattfinden; sonst droht Demokratie einzuschlafen. Ein Instrument der Bürgerbeteiligung sind Bürger- und Volksbegehren, von denen die Berlinerinnen und Berliner zunehmend Gebrauch machen. Sie beleben die politische Auseinandersetzung und die demokratische Kultur unserer Stadt, selbst wenn wir nicht jedes Anliegen teilen.

Zu einer neuen politischen Kultur für Berlin gehört auch, jenen Menschen mehr Mitbestimmungsrechte zu geben, die noch länger von politischen Entscheidungen betroffen sind: den Jugendlichen in dieser Stadt. Angesichts von Bildungsmisere, Klimakatastrophe und Überlastung der öffentlichen Haushalte werden die heute jungen Menschen später die Probleme lösen müssen, die eine zukunftsvergessene Politik ihnen überlässt. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, das aktive Wahlalter auf 16 zu senken.

Und zu einer neuen politischen Kultur für Berlin gehört es auch, die Bezirke und damit die Entscheidungsträger vor Ort zu stärken. Die Bezirke sind mittlere Großstädte, nur haben sie gegenüber dem Senat immer wieder mit Kompetenz- und Kapazitätsverlusten zu kämpfen. Dabei ist der Bezirk der Ort, an dem täglich daran gearbeitet wird, wohnort- und bürgernah dem Gemeinwohl zu dienen und den Anregungen von gesellschaftlichen AkteurInnen und Einzelpersonen nachzukommen. Wir wollen daher die Rechte der Bezirke ausweiten.

4. Unsere Werte: Gerechtigkeit und Freiheit

Freiheit bedeutet Verantwortung. In unserer Idee einer Stadt für alle verbinden wir deshalb Gerechtigkeit und Freiheit mit Bildung, Arbeit und Klima. Andere Parteien spielen Gerechtigkeit und Freiheit gegeneinander aus. Wir sagen: Beide gehören zusammen!

Ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung für alle kann es nur geben, wenn wir solidarisch zusammenleben. Ohne Gerechtigkeit, ohne eine Politik der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen bleibt Freiheit für viele ein leeres Versprechen.

Gerechtigkeit braucht aber auch Freiheit. Das Erbe der Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR und den osteuropäischen Staaten ist heute unverändert aktuell. Wir wollen in Berlin, in dem alle Menschen ihr Leben in Selbstbestimmung führen können. Im Mittelpunkt unserer Politik, so heißt es im ersten Satz unseres Grundsatzprogramms, steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.

5. Worauf es ankommt: Bildung – Arbeit – Klima

Unsere Grundorientierung an Selbstbestimmung in Solidarität macht Bildung, Arbeit und Klima zu zentralen Anliegen unserer Politik. Hier investieren wir Ideen und Mittel. An den Zielen in diesen Bereichen wollen wir uns in der Regierungsverantwortung messen lassen.

Bildung ist der Schlüssel

Bildung ist das Thema, das alle Eltern umtreibt, denn sie wissen, dass hier entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft ihrer Kinder getroffen werden. Um wirklich voranzukommen, brauchen wir keine neuerliche Schulreform, keinen neuen Schulkampf und auch keine großen Sprüche. Wir brauchen konkrete Vorschläge, die die erforderliche Qualität sichern und unsere Kitas und Schulen Schritt für Schritt besser machen. Und wir müssen den Schulen Zeit geben, Reformen umzusetzen.

Wir werden Mittel und Förderung dort konzentrieren, wo die Probleme sind, damit kein Kind und keine Schule zurückbleibt. Schule braucht individuelle Förderung für Kinder und gemeinsames Lernen, braucht Freiraum, Akzeptanz und Solidarität, braucht intakte Schulgebäude und verlässliche Stundenpläne. Wir wollen starke Verantwortungsgemeinschaften mit unterschiedlichsten Partnern um Schulen herum etablieren, wir müssen Lehrerinnen und Lehrern mehr Unterstützung geben und Schüler und Eltern besser beteiligen.

Bildungsgerechtigkeit ist das zentrale Zukunftsthema. Deshalb ist es dringend nötig, dass möglichst viele Kinder ohne Bedarfsprüfung in die Kita gehen können und dort früh und kompetent in ihrer sprachlichen und sonstigen Entwicklung gefördert werden. Deshalb ist es dringend nötig, unsere Schulen Schritt

für Schritt zu inklusiven Schulen zu machen, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen. Wir bleiben dabei, dass gemeinsames Lernen von Anfang an ein wichtiges Element des sozialen Zusammenhalts und der Chancengerechtigkeit darstellt. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Belange der Frauen zu richten. Insbesondere beim Thema Ganztagschulen und Hortplätze muss endlich eine Lösung aus einem Guss erreicht werden. Förderung für alle Kinder und Unterstützung für alle Eltern, die Unterstützung brauchen, sind unser Ziel. Es gilt: Alle Kinder sind willkommen, alle Kinder werden individuell gefördert, kein Kind bleibt auf der Strecke.

Arbeit für die Zukunft

Die Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit mit einem guten Einkommen nachzugehen, ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Noch immer setzen sich die Fähigkeiten und Potentiale Berlins nicht ausreichend in Arbeit und Einkommen um. Das wollen wir ändern. Arbeit heißt auch Anerkennung: Die Menschen wollen sich einbringen und nicht abseits stehen. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der Aufstocker, hat die höchsten Arbeitslosenraten und etwa 80.000 Menschen in Berlin sind langzeitarbeitslos. Das ist die traurige Bilanz. Das nehmen wir nicht länger hin. Unser Ziel ist es, durch die gezielte Förderung von Zukunftsbranchen und eine aktive Ansiedlungspolitik in der kommenden Wahlperiode 100.000 neue Jobs zu schaffen. In unserem Konzept für einen „Green New Deal für Berlin“ zeigen wir, wie es geht. Die Potentiale dafür sind vorhanden und müssen jetzt genutzt werden: von den erneuerbaren Energien bis zur Gesundheitswirtschaft, von der Mobilität der Zukunft bis zu neuen Medien, von der Pflege bis zur Betreuung und Bildung.

Indem wir die wirtschaftliche Basis unserer Stadt verbessern, verbessern wir zugleich die Möglichkeiten einer solidarischen Politik und höherer Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Eine Politik mit Herz und Verstand kann sich nicht davor drücken, dass es ein gutes Leben für alle in unserer Stadt nur geben kann, wenn genügend für alle erwirtschaftet wird. Eine soziale Idee für Berlin kann es ohne ökonomische Basis nicht geben. Der Spruch „Arm, aber sexy“ mag zunächst cool klingen, ist aber dummes Gerede, denn Armut ist für die Betroffenen das Gegenteil von „sexy“. Wir versprechen nicht „Reichtum für alle“, aber „arm“ ist uns zu wenig. Für uns gilt: Eine Stadt mit guter Arbeit und gutem Einkommen für alle ist möglich. Und es ist ein Armutszeugnis einer vermeintlich linken Regierung, so wenig dafür zu tun.

Berlin hat die Ressourcen – die Köpfe, die Unternehmen und die räumlichen Möglichkeiten – für eine grüne industrielle Revolution, mit der wir zukunftsweisende Forschung, Entwicklung und Produktion nach Berlin holen. Berlin muss seine ökonomische Stagnation überwinden: Anstatt die Hände in den Schoß zu legen, wollen wir eine aktive und gezielte Förder- und Ansiedlungspolitik, die sich engagiert und bewegt, die das Gespräch sucht und wirbt, die sich kümmert und prüft, was nachhaltige Arbeitsplätze schafft. Zum Beispiel mit unserem Konzept für einen Innovationspark Tegel zeigen wir an einem Projekt für Berlin, wie uns der ökonomische Strukturwandel in der Stadt gelingen kann.

Berlin soll der Ort sein, der sich auf den Weg macht. Die Stadt, die zeigt, wie die Transformation zu einer ökologischeren Lebens- und Wirtschaftsweise mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze aussehen kann. Berlin will zeigen, wie ökologisches Leben und Wirtschaften in Einklang zu bringen sind. Berlin soll der Ort sein, an dem man sieht, wie es gehen kann. Das braucht einen Innovationsschub, und den gibt es nur, wenn sich alle

miteinander hinsetzen, über alle Parteien und Disziplinen hinweg gemeinsam nach neuen Lösungen und Modellen suchen. Was eine lebenswerte Stadt ist, entscheidet sich an der Qualität von Erziehung und Bildung, von Gesundheit und Pflege, von Mobilität und Kultur, aber auch im Lebensmittel- oder Bekleidungsgeschäft. Hier liegt das Potential für viele nachhaltige Arbeitsplätze, die wir schaffen und sichern wollen: durch gezielte Investitionen in Bildung und Betreuung, Gesundheit und Pflege, Mobilität und Kultur, aber auch durch unser Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen. Innovative Selbstständige, verantwortungsbewusste MittelständlerInnen und ExistenzgründerInnen lassen wir nicht hängen, sondern sie werden von uns aktiv unterstützt.

Verantwortung für das Klima

Ohne eine aktive Klimapolitik in Berlin sind Gerechtigkeit und Freiheit für die Zukunft gefährdet. Berlin steht als europäische Metropole in der Verantwortung, seinen Beitrag zur Beendigung der Klimazerstörung zu leisten und gemeinsam mit anderen Großstädten zu beweisen, dass urbanes Leben klimafreundlich gestaltet werden kann.

Das Ziel einer neuen, klimaverträglichen Stadt ist eine große gesellschaftliche Aufgabe, die zugleich viele Arbeitsplätze und wirtschaftliche Dynamik schafft. Hier entstehen die Jobs der Zukunft, und Berlin hat das Potential für ein grünes Wirtschaftswunder. Erneuerbare Energien und aktive Wärmedämmung haben in Berlin bereits viele Arbeitsplätze entstehen lassen. Doch die Potentiale sind noch lange nicht ausgeschöpft - von Energieeffizienz über Mobilität bis Recycling. Großstädte wie Berlin sind mit ihrem Verkehr, ihrem Abfall und ihrem Energieverbrauch bisher selten Vorbilder. Das wollen wir ändern! Berlin soll ein Klimavorbild werden.

Klimaschutz wird immer mehr zu einer sozialen Frage. Wir meinen: Keinen Klimaschutz zu betreiben ist unsozial, weil die Energiepreise weiter steigen werden und unsere Wohnkosten in die Höhe treiben. Dem können wir nur mit energetischer Sanierung unserer Wohnungen begegnen, deren Lasten wir sozial gerecht aufteilen.

6. Zehn für Berlin

1. „Eine Stadt für alle“ kann es nur geben in einem **solidarischen Berlin**, in dem keine und keiner zurückbleibt. Berlin braucht ein soziales Netz für alle, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und gute öffentliche Institutionen, an denen alle teilhaben.

Unsere soziale Idee für Berlin geht jedoch weiter. Gerechtigkeit braucht mehr:

2. „Eine Stadt für alle“ braucht ein **prosperierendes Berlin**, denn nur so können wir Arbeit und soziale Sicherheit für alle schaffen. Wir schaffen deshalb 100.000 neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze für Berlin – durch die gezielte Stärkung von Zukunftsbranchen wie auch durch eine Qualitätsoffensive im Dienstleistungsbereich.

3. „Eine Stadt für alle“ meint ein **lebenswertes Berlin** für alle. Eine Stadt, in der alle gut leben können, braucht bezahlbare Mieten. Eine neue Politik des öffentlichen Raums braucht Mobilität für alle. **Eine lebenswerte Stadt braucht eine intakte Umwelt, Vielfalt, Respekt und Sicherheit.**

4. „Eine Stadt für alle“ braucht Umweltgerechtigkeit. Unser Ziel ist die **Klimahauptstadt Berlin**. Berlin braucht ein schlüssiges Energiekonzept mit Energieeffizienz, Energieeinsparung, erneuerbaren Energien und einem nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen – so schützen wir das Klima und schaffen viele neue Arbeitsplätze.

5. „Eine Stadt für alle“ gibt es nur in einem **lernfähigen Berlin** mit besseren Kindergärten, besseren Schulen, besserer Aus- und Weiterbildung und besseren Hochschulen für alle. Bildung ist vorrangige Länderaufgabe, und die schreiende Bildungsgerechtigkeit in Berlin ist schon alleine ein Grund für die Abwahl von Rot-Rot.

6. „Eine Stadt für alle“ braucht ein **familiengerechtes Berlin**, in dem Jung und Alt in Solidarität zusammenleben. Zur Wahl steht ein neuer Generationenvertrag für die Stadt, der Kindern endlich den Platz einräumt, den sie brauchen, Jugendlichen mehr Mitbestimmung gibt, Familie und Beruf vereinbar macht und ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglicht.

7. „Eine Stadt für alle“ braucht dringend ein **demokratisches Berlin** mit einer neuen politischen Kultur für unsere Stadt. Wir wollen die Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern regieren – und nicht gegen sie oder an ihnen vorbei.

8. „Eine Stadt für alle“ gibt es nur in einem **geschlechtergerechten Berlin**, in dem Frauen die gleichen Rechte und Chancen haben wie Männer. Gleichberechtigung ist in unserer Stadt in vielen Fällen noch immer ein uneingelöstes Versprechen – ob beim Einkommen, bei den Karrierechancen oder bei der doppelten Belastung mit Familie und Beruf.

9. „Eine Stadt für alle“ ist nur in einem **kreativen Berlin** zu haben. Kunst und Kreativität halten unsere Stadt lebendig und stoßen Veränderungen an. Deshalb sind wir für eine vielfältige Kulturlandschaft in Berlin aktiv – mit einer starken Infrastruktur, gezielter Förderung und gesicherten Arbeitsbedingungen für die Berliner Kulturschaffenden.

10. Und „eine Stadt für alle“ muss dem Anspruch einer **Weltstadt Berlin** gerecht werden. Deshalb wollen wir Berlin besser international vernetzen – politisch, wirtschaftlich und kulturell – und vor allem eine aktivere Rolle in Europa spielen.

7. Für Berlin

Bei der Wahl am 18. September 2011 geht es um viel. An diesem Tag entscheidet sich, ob sich Berlin bewegt oder nicht. Wir wollen einen Aufbruch hin zu einer Stadt für alle. Es geht darum, die Blockaden zu lösen und eine neue politische Kultur des Dialogs und der Transparenz einzulösen. Unsere Schwerpunkte liegen – auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit – bei Bildung, Arbeit und Klima.

Helfen Sie mit Ihrer Stimme mit, dass wir ab dem 18. September in die Fähigkeiten unserer Kinder investieren anstatt in Beton. Sorgen Sie mit Ihrer Stimme dafür, dass Berlin mit dem Grünen New Deal aus dem wirtschaftlichen Stillstand aufwacht und so zukunftsfähige Jobs und soziale Sicherheit entstehen. Und unterstützen Sie mit Ihrer Stimme eine Klimapolitik, die Verantwortung für die kommenden Generationen übernimmt, die Stadt lebenswerter macht und für nachhaltige Arbeit sorgt. Der gegenwärtige rot-rote Senat hat zwar eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus, aber nach zehn Jahren weder die Kraft

noch den Willen, die Potentiale Berlins und seiner Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Unsere Alternative zur ideenlosen Politik des rot-roten Senats ist eine kompetente, engagierte und weitsichtige Politik für Berlin – wie sie in diesem Programm beschrieben ist.

Berlin braucht eine frische, engagierte und zukunftsorientierte Landesregierung unter Führung einer Regierenden Bürgermeisterin Renate Künast.

*„Niemand soll aufgrund von Dingen, für die er nichts kann,
schlechter dastehen im Leben als andere.“
(John Rawls)*

1. Solidarisches Berlin

Keiner bleibt zurück

„Eine Stadt für alle“ kann es nur geben in einem solidarischen Berlin, in dem keine und keiner zurückbleibt. Berlin kann nicht auf die Kompetenzen seiner Einwohnerinnen und Einwohner verzichten. Ein solidarisches Berlin muss sich um die Entfaltung der Möglichkeiten aller kümmern, unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich in unserer Stadt immer weiter. Viele Menschen in Berlin leben in Armut und fühlen sich mit ihren Problemen alleingelassen. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie sich die Miete für ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Eine soziale Stadtentwicklungspolitik muss hier tätig werden. Unser Ziel ist es, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, die eigenen Fähigkeiten und Lebenschancen zu entfalten und den dafür notwendigen Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Dabei ist Arbeit ein entscheidender Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Viel zu lange hat sich der Berliner Senat mit der hohen Arbeitslosigkeit abgefunden. Wir nehmen die Entwicklung nicht hin, dass Menschen ohne existenzsicherndes Einkommen dauerhaft ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen

Wohlstand erreichen und allen Menschen Chancen auf den Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe eröffnen. Für uns bleibt – wo immer dies möglich ist – die Unabhängigkeit von Menschen von staatlichen Transferleistungen das Ziel unserer Politik. Mehr und bessere Arbeitsplätze, neuer Aufschwung für benachteiligte Stadtteile und Sicherung der sozialen Infrastruktur gehören daher auf die politische Tagesordnung.

Berlin braucht eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und gute öffentliche Institutionen, an denen alle teilhaben. Und wir brauchen soziale Sicherheit für alle, die unsere Solidarität besonders benötigen: Arbeitslose, Kranke oder Pflegebedürftige. Ein solidarisches Berlin braucht Vielfalt und Respekt. Wir in Berlin wissen, was Freiheit bedeutet und dass Vielfalt eine Bereicherung ist. Ein tolerantes Berlin wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung, sei es aufgrund einer Behinderung, der Herkunft, des Geschlechts oder der sexuellen Identität. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dürfen in Berlin keinen Platz haben. Sexismus und Homophobie ebensowenig. Berlin ist bunt - und darauf sind wir stolz.

Solidarität entscheidet sich nicht zuletzt an unseren Anstrengungen zur Integration aller. Und ein solidarisches Berlin braucht haushalts- und finanzpolitische Redlichkeit, die neue Gestaltungsspielräume eröffnet und für unsere Kinder Verantwortung übernimmt.

Auch wenn Arbeitslosengeld II und Grundsicherung bundesgesetzlich geregelt sind, sind wir in Berlin gefordert, die Lebenssituation der Menschen, die davon abhängig sind, durch städtisches Handeln zu verbessern. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, dass ihm im Bedarfsfall geholfen wird: schnell, unbürokratisch und existenzsichernd. Dabei ist es wichtig, dass den Menschen auf Augenhöhe begegnet wird und keine Stigmatisierung stattfindet. Die Menschenwürde

und das Sozialstaatsprinzip der Verfassung gebieten, jedem, der der Hilfe bedarf, die existenzsichernde Grundsicherung zukommen zu lassen.

In einem solidarischen Berlin ist Einmischung erwünscht, gilt es, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und zu unterstützen. Viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich schon heute aktiv für die Gemeinschaft. Dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert für unsere Stadt und macht sie ein Stück l(i)ebenswerter. Bürgerschaftliches Engagement ist ein hohes und sensibles Gut. Es darf weder „Ausfallbürge“ für nicht mehr bezahlte öffentliche Sozialleistungen sein, noch darf es durch kurzfristige Arbeitsmarktmaßnahmen wie Ein-Euro-Jobs ersetzt werden. Soziales Engagement von und für Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt braucht Anerkennung und gute Bedingungen, unter denen sich das Engagement sinnvoll entfalten kann. Und ein solidarisches Berlin braucht Solidarität vor Ort. Das Leben der Berlinerinnen und Berliner findet in den Bezirken und den Kiezen statt. Die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen prägen das Miteinander in der Nachbarschaft. Hier muss die Infrastruktur stimmen. Hier sollen Beratungs- und Hilfsangebote bereitgestellt werden, hier findet Nachbarschafts- und Selbsthilfe statt. Viele präventive, sog. „freiwillige soziale Leistungen“ wurden von Rot-Rot in den letzten Jahren gestrichen. Dazu gehören Angebote der Nachbarschaftsarbeit, die sich Bezirke aufgrund ihrer knappen Kassen nicht mehr leisten können. Statt Prävention zu fördern, wird oft erst hingeschaut, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Das macht wenig Sinn und kostet langfristig mehr Geld.

Hilfe aus einer Hand

Wo kann Menschen besser geholfen werden als in ihrem Kiez, in ihrem eigenen Lebensumfeld? Menschen in schwierigen

Lebenssituationen brauchen Unterstützung, keine starren Paragraphen. Zu häufig laufen hilfesuchende Menschen von Amt zu Amt, um die passende Unterstützung zu finden. Wir setzen auf Sozialraumorientierung: Das ist Hilfe zur Selbsthilfe unter Nutzung der eigenen Möglichkeiten sowie des nachbarschaftlichen Umfeldes. Die Menschen bekommen auf ihre Lebenslage zugeschnittene Hilfestellung aus einer Hand – einen „Maßanzug“ und keine „Hilfen von der Stange“.

1.1 Wohnen darf kein Luxus sein – Mieterschutz stärken

Eine Stadt für alle erfordert bezahlbaren Wohnraum in allen Bezirken. Dieser wird für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen vor allem in der Innenstadt knapp. Seit zehn Jahren betreibt der Senat keine Wohnungspolitik mehr. Wir wollen die Trendumkehr: hin zu einer aktiven, effizienten und phantasievollen Wohnungspolitik, die eine soziale Mischung der Stadtquartiere erhält. Es ist gut, wenn sich die Lebens- und Wohnbedingungen verbessern. Wir wollen aber nicht, dass eingessene Bewohnerinnen und Bewohner Zug um Zug aus ihrem Kiez verdrängt werden. Diesem als Gentrifizierung beschriebenen Vorgang wollen wir im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik gegensteuern.

Zum Erreichen unserer Ziele wollen wir einen breiten Diskussions- und Entscheidungsprozess in der Stadt in Gang bringen. Diesen wollen wir mit allen Akteuren führen. Aber es braucht auch rechtliche Werkzeuge gegen die Verdrängung. Wir wollen mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass bei Gefährdungen der Wohnraumversorgung in Stadtteilen zeitlich begrenzt Mietobergrenzen für Wiedervermietungen möglich werden. Dafür werden wir aktiv Verbündete in anderen Bundesländern suchen.

Gezielt begrenzen

Unser Ziel ist es, dass die Mieten bei Neuvermietungen von Wohnungen nicht in astronomische Höhen steigen. Vorschriften zur Verhinderung von Mietpreisüberhöhungen müssen für Bezirke und Kieze gelten und nicht unbedingt für das gesamte Stadtgebiet. Wir wollen die Grenze von derzeit 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete senken. Zudem werden wir durch das Einbringen von Bundesratsinitiativen die Spanne von Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen von 20 Prozent deutlich reduzieren, sofern keine Verbesserung der Wohnqualität vorliegt.

Der Kündigungsschutz in Gebieten mit einem hohen Druck hinsichtlich der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sollte von sieben auf zehn Jahre ausgeweitet werden. Angesichts des abnehmenden Leerstands wollen wir der Zweckentfremdung von Wohnraum mit einer entsprechenden Verordnung begegnen. Wir wollen die vermietetunabhängigen Mieterberatungen in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten erhalten und ausbauen.

Die Sozialwohnungen in Berlin sind zum Teil teurer als Wohnungen auf dem freien Markt. Wir wollen diese Wohnungen in den Mietspiegel überführen und aus der fehlgeleiteten Förderung aussteigen, die Berlin Milliarden Euro kostet. Häuser, deren EignerInnen pleite sind, wollen wir im Einzelfall für die städtische Wohnungsversorgung ankaufen, anstatt teure Bürgschaften zu zahlen. MieterInnen in ehemaligen Sozialwohnungen, die von drastischen Mieterhöhungen bedroht sind, sollen von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum möglichst in der Nähe ihres alten Wohnumfeldes angeboten bekommen. Zur bedarfsgerechten Ausgestaltung der Wohnungslosenhilfe muss der Obdachlosenrahmenplan aktu-

alisiert und fortgeschrieben werden. Wir brauchen präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnraumverlust. Wir wollen die Wohnungslosenhilfe auch für Nichtdeutsche öffnen. Die Zusammenarbeit der Sozial-, Wohn- und Bürgerämter, Jobcenter und freien Träger muss verbessert werden, nach dem Vorbild des Jobcenters Tempelhof-Schöneberg. Wir wollen der Kältehilfe endlich Planungssicherheit geben. Mittelfristig wollen wir den Anteil landeseigener Wohnungen am Wohnbestand auf 15 Prozent erhöhen und besser auf die Stadt verteilen. Die Wohnungsbaugesellschaften müssen auf ihren ursprünglichen Zweck verpflichtet werden, Wohnraum für einkommensarme Mieter anzubieten.

Soziale und nachhaltige Formen des Wohneigentums unterstützen

Wir werden Initiativen von Stiftungen, genossenschaftlich orientierten Trägern und insbesondere jungen Familien bei dem Bemühen unterstützen, neue Wege bei der Schaffung von Wohnraum zur Miete oder im Eigentum in zukunftsweisenden und kooperativen Projekten wie Baugruppen zu gehen. In Erhaltungsgebieten wollen wir aktiv Vorkaufsrechte an Grund und Boden nutzen und Mieterinnen und Mieter ermutigen, ihre Häuser später selbst zu übernehmen. Wir setzen uns auf allen Ebenen für alternative Wohnprojekte ein. Sie erfüllen eine wichtige soziale und kulturelle Funktion für den Kiez und die Stadt.

1.2 Arbeit heißt Anerkennung – Brücken in die Beschäftigung

Wir wollen allen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Arbeit, die seine Existenz sichert. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch von

diesem Einkommen leben können. Gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und den Gewerkschaften wollen wir neue und bessere Arbeitsplätze schaffen.

Bei Menschen, die lange aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen waren, konnten Talente nicht mehr zum Tragen kommen. Ein solidarisches Berlin braucht alle: Wir können nicht hinnehmen, dass in Berlin eine große Anzahl Erwerbsloser mit geringer Qualifikation keine Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt hat. Gerade hier wollen wir die Blockaden abbauen und sinnvolle Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen, insbesondere bei Älteren, die in hohem Maße über Erfahrungswissen verfügen.

Unterstützung auf Augenhöhe

Die Bundesagentur soll erwerbslosen Menschen helfen, wieder in Arbeit zu kommen. Angesichts der zu bewältigenden Papierberge bleibt eine individuelle und passgenaue Betreuung der Kundinnen und Kunden auf der Strecke, ihre Kenntnisse und Erfahrungen werden nicht erkannt.

Wir wollen Jobcenter, in denen den Menschen respektvoll und auf Augenhöhe begegnet wird. Wo die Zeit dafür da ist, individuell zu beraten, und die Hilfsangebote aufgrund der Kenntnisse und Kompetenzen der Hilfesuchenden ausgewählt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, befürworten wir, dass das Land Berlin zum nächstmöglichen Zeitpunkt als „Optionskommune“ votiert, d.h. dass Leistungserbringung und Jobvermittlung für die Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erfolgen.

Aufgrund der vielfach unklaren bundesgesetzlichen Vorgaben und unzureichend geschulten Personals landen Tausende von

Streitigkeiten zwischen Erwerbslosen und Jobcentern beim Sozialgericht. Wir wollen unklare bundesgesetzliche Vorgaben durch Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen nutzen. Die Erreichbarkeit der Jobcenter muss verbessert werden. Der Sanktionsmechanismus hat sich nicht bewährt. Wir setzen auf Unterstützung. Diese soll durch die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote freier Träger, der Kirchen, privater Initiativen und der Berliner Anwaltschaft stattfinden. Wir setzen uns für den Erhalt der Beratungshilfe neben der in einigen Bezirken praktizierten öffentlichen Rechtsberatung ein.

Da wir sehen, dass derzeit organisatorisch und strukturell in den Berliner Jobcentern nicht alles gut läuft, werden wir uns auf Bundesebene für ein Sanktionsmoratorium einsetzen. So wollen wir die sozialen Bürgerrechte der Betroffenen stärken.

Brücken in Beschäftigung bauen

Auch jene, die seit längerem geringe Chancen auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben haben, werden nicht zurückgelassen. In Berlin sind 80.000 Menschen langzeiterwerbslos. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen wieder in eine sinnvolle und dauerhafte Arbeit zu bringen. Reine Beschäftigungstherapien und Endlosschleifen in Maßnahmen ohne nachhaltigen Effekt für die Betroffenen lehnen wir ab.

Bildung ist der Schlüssel für die Integration in den Arbeitsmarkt. Sie gehört in den Mittelpunkt künftiger Arbeitsmarktpolitik. Vor allem für gering Qualifizierte, für junge Erwerbslose sowie für Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Bildungsangebote, wie das Nachholen von Schulabschlüssen, Sprachkurse, berufliche Bildung und Weiterbildung, verbessert werden.

Landesbeschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose

Die Bundesregierung zieht sich immer mehr aus der Verantwortung für langzeitarbeitslose Menschen zurück. Wir wollen nicht, dass diese Frauen und Männer, die auch bei sich verbessernder Wirtschaftslage kaum Chancen auf einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, abgehängt werden. Wir wissen: Die gesellschaftliche Integration langzeitarbeitsloser Menschen gelingt am besten durch Integration in Arbeit. Wir wollen für diese Menschen zusammen mit den Jobcentern ein Landesbeschäftigungsprogramm ins Leben rufen, das befristete qualifizierende Beschäftigungen anbietet. Ein solches Programm garantiert allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen und den Beschäftigten gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung.

Ein immenser Handlungsbedarf besteht bei der Pflege öffentlicher infrastruktureller Einrichtungen, für die keine kurzfristigen Sanierungen oder Instandsetzungen aus öffentlichen Mitteln vorgesehen sind. Zusammen mit den Bezirken kann hier ein nachhaltiges Beschäftigungsfeld aufgebaut werden.

Ein aktualisiertes arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm (ARP) sorgt für die Umsetzung des Konzepts, das zusätzlich und im öffentlichen Interesse ist, aber ohne die Positivliste auskommen wird. Über eine Bundesratsinitiative werden wir uns erneut für die Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes II einsetzen.

1.3 Gute Gesundheit und gute Pflege

Damit die Berlinerinnen und Berliner gesund bleiben, brauchen wir gesundheitsfördernde Lebens- und Arbeitsbedingungen und Prävention im Bezirk, in den Kiezen, in den Kitas und Schulen. Gesundheit ist Lebensqualität, aber viele Faktoren gefährden unsere Gesundheit. Armut, Arbeitslosigkeit, psychische Belastungen

und mangelnde Bildung gehören dazu. Prävention, die rund um die Geburt anfängt, Kinder schon im Kindergarten und Jugendliche in der Schule zu einer selbstbewussten und gesunden Lebensweise befähigt und sie durch das Arbeitsleben bis ins Alter begleitet.

Wir wollen die Förderung der Gesundheit zu einem Schwerpunkt der künftigen Politik der Stadt machen. Vorbeugung ist uns ebenso wichtig wie das „Heilen“ von Krankheiten. Deshalb werden wir ein Berliner Landes-Präventionsprogramm initiieren, das die Gesunderhaltung in den Vordergrund stellt. Wir brauchen eine gute Versorgung, die allen Berlinerinnen und Berlinern offensteht. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) spielt beim Schutz der Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner neben den vielen Selbsthilfegruppen und Projekten der Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle. Ziel ist es, die beratenden, helfenden und aufsuchenden Angebote des Gesundheitsdienstes – wie Einschulungsuntersuchungen, Aids-Beratung und Behindertenbetreuung – zu stärken, damit sie ihre präventive Wirkung entfalten können. Auch die Präventionsarbeit – und Aufklärungsarbeit – gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen und die Angebote für Betroffene müssen verlässlich und langfristig gesichert werden. Wichtig ist uns die wohnortnahe Versorgung besonders für alte, chronisch kranke und behinderte Menschen. Wir wollen Spitzenmedizin in und aus Berlin.

Dafür muss der Senat endlich seine Verantwortung als Eigentümer der beiden großen öffentlichen Krankenhausträger des Landes – Vivantes und die Charité – annehmen und sie in die Lage versetzen, dies zu leisten. Das ist vor allem eine Aufgabe für die Politik. Wir wollen, dass die Charité als Universitätsmedizin und das Vivantes-Netzwerk für Gesundheit in ihren jeweiligen

Profilen klar gestärkt werden und die politische Verantwortung nicht länger in Ressortkonkurrenzen untergeht. Und schon jetzt muss nicht nur der Investitionsstau bei der Charité beseitigt werden, auch für die kommenden Investitionsnotwendigkeiten bei Vivantes gilt es, Vorsorge zu treffen. Dabei kommt ein Verkauf oder eine Privatisierung einer oder beider für uns nicht in Frage. Wir sprechen uns zudem auch klar für den universitären Gesundheitsstandort im Südwesten Berlins aus, erwarten aber auch von der Charité, dass sie ihre Chance nutzt, Vorreiterin in der medizinischen Forschung in Zukunftsfeldern wie Prävention, Public Health sowie alters- und lebenslagenspezifische Medizin zu werden – davon haben alle Berlinerinnen und Berliner etwas. Beide Institutionen müssen aus einer Hand gesteuert werden.

Wir treten für einen konsequenten Nichtrauchererschutz ein. Der Schutz vor dem Passivrauchen muss erweitert werden. Dazu gehören auch ein konsequenter Arbeitsschutz in den Krankenhäusern und der Gastronomie und ein Rauchverbot für Kinderspielplätze. Wir wollen verhindern, dass schon Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen beginnen.

Wir wollen den gesundheitsschädlichen Konsum von Drogen vermeiden und Abhängigkeiten verhindern. Das wird – und das hat die Vergangenheit gezeigt – nicht mit Strafverfolgung, sondern vor allem durch eine Stärkung der Suchtprävention gelingen. Übermäßigem Alkoholkonsum unter Jugendlichen wollen wir durch Programme begegnen, die auf das Erlernen von bewusstem und risikoarmem Konsum abzielen. Wir setzen uns für eine Beschränkung der Alkohol- und Tabakwerbung ein. Wir wollen den kriminellen Drogenhändlern das Handwerk legen, ihre Märkte austrocknen und nicht die DrogenkonsumentInnen bestrafen. Wir halten es für wirksamer, weiche Drogen wie Cannabis kontrolliert an Erwachsene abzugeben. Zum Schutz von KonsumentInnen muss die Qualitätskontrolle von Drogen

mittels Drugchecking möglich gemacht werden. Beides wollen wir in einem Modellversuch erproben. Die ärztliche Verschreibung von Drogen an Schwerstabhängige wollen wir ermöglichen. Der Staatsanwaltschaft wollen wir es ermöglichen, sinnlose Strafverfahren schneller einzustellen.

Wir wollen das Bewusstsein für sexuelle Gesundheit fördern. An Schulen muss Aufklärung über sexuell übertragbare Krankheiten zur Regel werden. Männer, die Sex mit Männern haben, sind besonders in Berlin überproportional vom Anstieg der HIV-Neudiagnosen betroffen. Deswegen werden wir sie bei der Gewichtung der Mittel für Prävention stärker berücksichtigen. So unterstützen wir niedrigschwellige Präventionsangebote wie HIV-Schnelltests in Verbindung mit Beratung. Krankenkassen müssen sich endlich an der Aids-Prävention beteiligen! Menschen mit HIV und Aids müssen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

PatientInneninteressen stärken

Damit PatientInnen ihre Anliegen und Rechte besser kennen und durchsetzen können, wollen wir die Anforderungsprofile für PatientenfürsprecherInnen in Krankenhäusern konkretisieren, die Patientenberatungsstellen angemessen fördern und das Amt der Patientenbeauftragten stärken. Das Berliner Gesetz für psychisch Kranke werden wir im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention überarbeiten.

Kinder stark machen – Gesundheitsförderung von Anfang an

Bereits bei Kindern und Jugendlichen nehmen chronische und psychische Erkrankungen zu. Alarmierend ist jedoch vor allem, dass sich die Gesundheitsrisiken bei 20 Prozent der Kinder und

Jugendlichen konzentrieren. Insbesondere diejenigen aus sozial benachteiligten Familien sind betroffen.

Die Frage, ob Kinder krank werden oder gesund bleiben, entscheidet sich vor allem dort, wo sie wohnen, spielen oder lernen. Frühzeitige Gesundheitsförderung und Prävention in Kindertagesstätten und Schulen in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung und Suchtprävention kann auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die durch andere Angebote nicht erreicht werden. Dazu sind Ressourcen notwendig und eine umfassende Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugend- und Bildungseinrichtungen.

Nicht die Menschen zur Hilfe, sondern die Hilfe zu den Menschen bringen

Pflegebedürftige Menschen müssen wissen, welche Hilfen ihnen zur Verfügung stehen. Sie brauchen Transparenz und die Vernetzung der Akteure und Angebote, integrierte Versorgungssysteme und eine übersichtliche Infrastruktur. Das „persönliche Budget“ – die individuelle Auswahl von Unterstützung wie z.B. die persönliche Assistenz – trägt zum Erhalt der Selbstständigkeit bei. Wir wollen, dass die Paragraphen zu den Menschen passen und nicht umgekehrt. Oberstes Ziel muss sein, Pflege so lange wie möglich zu vermeiden und alles dafür zu tun, dass die Menschen in ihrer eigenen Wohnung und im vertrauten Kiez bleiben können. Hilfreich dafür ist eine unabhängige Wohn- und Pflegeberatung, die in wohnortnahen Pflegestützpunkten gebündelt wird.

Dreh- und Angelpunkt einer auf den Kiez bezogenen ambulanten Versorgungsstruktur ist eine von den Bürgerinnen und Bürgern getragene Kultur des Helfens. Sie übernehmen selbst Verantwortung in der Nachbarschaft und überlassen dies nicht allein den Pflege-Profis, mit dem positiven Effekt, dass

alte Menschen weniger einsam sind. Es geht um eine kluge Kombination von professionellen und angelernten Kräften, der Familie, nachbarschaftlicher Unterstützung und bürgerschaftlichem Engagement. Die Zahl der allein lebenden Menschen, die pflegebedürftig sind, nimmt in einer Großstadt wie Berlin stetig zu. Neben einer guten pflegerischen Versorgung sind für diese Menschen mehr Aufmerksamkeit und Solidarität geboten, z.B. durch aufsuchende Angebote.

Nicht allen ist das Glück beschieden, im Alter gesund und aktiv zu bleiben. Viele haben Angst, durch die eigene Pflegebedürftigkeit einen Großteil an Würde und Selbstbestimmtheit aufgeben zu müssen. Verstärkt wird das Unbehagen durch die Skandale über Missstände im Pflegebereich. Wir müssen sicherstellen, dass gesetzliche Vorgaben tatsächlich umgesetzt und Qualitätskontrollen durchgeführt werden. Außerdem müssen einheitliche Qualitätsstandards verbindlich festgeschrieben werden.

Gute Arbeit – gute Pflege

Pflegen ist anstrengend – die Arbeitsbelastungen steigen, die Attraktivität der Pflegeberufe sinkt. Das ist eine Entwicklung, die wir uns nicht leisten können. Leisten müssen wir uns hingegen eine gute und attraktive Vergütung für Pflegenden. Die Entscheidung für einen Mindestlohn war längst überfällig. Wir brauchen eine Neustrukturierung der Alten- und Krankenpflegeausbildung, die flexibler ist, in der die Ausbildung zur Pflege(fach)kraft auch in einzelnen aufeinander aufbauenden Qualifikationsstufen möglich ist. So wird der Einstieg für viele erleichtert, aber auch die Weiterqualifizierung im Bereich der Pflege ermöglicht. Im Bereich der Pflege kommt es immer wieder zu Gewalt gegen pflegebedürftige und behinderte Menschen. In Berlin ist ein entsprechendes Schutzsystem auszubauen.

Türen öffnen für Menschen mit Demenz

Unsere besondere Fürsorge gilt den Menschen, die ihre Interessen nicht (mehr) selbständig vertreten können. Dazu zählen besonders Menschen mit Demenz, deren Zahl schnell wächst. Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz sind eine gute Entwicklung, vorausgesetzt, dass Pflegequalität und Verbraucherschutz sichergestellt werden. Notwendig sind klare Regelungen im Wohnteilhabegesetz, Unterstützungsangebote für die Angehörigen und eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Erforderlich sind zudem Selbstverpflichtungen zu Qualitätsstandards und klar definierte Qualitätsanforderungen bei der Pauschalförderung. Barrierefreiheit umfasst für uns auch die Barrierefreiheit für Menschen mit Demenz.

Würde bis zum Lebensende

Viele Sterbende haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit vertrauten Menschen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht anders aus: Die meisten Menschen sterben in Krankenhäusern oder Heimen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Würde, Selbstbestimmtheit und Autonomie eines jeden Menschen bis zuletzt respektiert wird. Hierzu muss der Ausbau der ambulanten palliativen Versorgung verstärkt werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die erhöhten Kosten der Sterbebegleitung bei Patientengruppen mit besonderen Belangen (z.B. Aids- oder Demenzpatienten) von den Berliner Krankenkassen übernommen werden.

1.4 Stadt der Vielfalt

In Berlin treffen wie in keiner anderen Stadt in Deutschland die unterschiedlichsten Lebensweisen und -entwürfe aufeinander.

Menschen, die aus allen Ländern der Welt stammen, Ost- und Westdeutsche, Angehörige verschiedener Religionen und viele Konfessionslose, Lesben, Schwule, Bi- und Heterosexuelle, Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, Frauen, Männer, Transgender und Intersexuelle. Sie alle sind Teil von Berlin. Eine Stadt für alle heißt, dass sie auch alle gleichberechtigt teilhaben sollen.

Diversity: Politik der Vielfalt

Vielfalt macht Berlin stark und attraktiv. Wenn unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen, kann eine kreative Spannung entstehen. Selbst Reibungen und Konflikte – die es natürlich zu erkennen gilt – können einen Gewinn für alle bedeuten. Das setzt voraus, dass jede Person so respektiert wird, wie sie ist. Eine Politik der Vielfalt muss Unterschiede anerkennen, Konflikte moderieren und Benachteiligungen entgegenwirken. Sie schärft den Blick für Mehrfachdiskriminierungen.

Wir wollen, dass alle Behörden und Einrichtungen des Landes von der Schule über die Polizei bis zu den Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und den öffentlichen Unternehmen zum Umgang mit Vielfalt befähigt werden. Dazu gehören Diversity-Trainings, die Entwicklung von unternehmensspezifischen Konzepten und die Etablierung von Diversity-Beauftragten, die die Umsetzung begleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Aufträge und Zuwendungen nur an solche Organisationen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nicht diskriminieren.

Behindert ist man nicht, behindert wird man

Eine gerechte Gesellschaft muss die unterschiedlichen Bedürfnisse aller im Blick haben und miteinbeziehen – dies versteht man unter dem Begriff „Inklusion“. Inklusion bedeutet, dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen oder dass Menschen mit Behinderungen nicht in speziellen

Werkstätten arbeiten, sondern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt integriert sind. Das ist gar nicht so einfach, denn vielfach werden die Menschen durch das Umfeld behindert. Dies wollen wir ändern: Barrieren und Diskriminierungen im Alltag müssen abgebaut, notwendige Hilfen zur Verfügung gestellt werden: Gebäude müssen auch im Rollstuhl zugänglich, öffentliche Internetseiten für Blinde nutzbar und Veranstaltungen für Gehörlose verfolgbar sein. Menschen mit Behinderung müssen selbstbestimmt leben können und individuelle Wahlmöglichkeiten haben. Für uns gilt: Ausgleich von Nachteilen, nicht Fürsorge. Die Inhalte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stellen einen Meilenstein in der Behinderten- und in der Rechtspolitik dar. Diese gilt es nun konsequent umzusetzen. Berlin muss allen Menschen rund um die Uhr umfassend und barrierefrei offenstehen.

Stadt verschiedener sexueller Identitäten

Berlin ist Anziehungspunkt und neue Heimat für viele, die vor konservativer Enge, vor Benachteiligung oder sogar Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Identität geflohen sind. Berlin – Hauptstadt der Lesben und Schwulen? Längst nicht überall in Berlin herrscht ein Klima von Akzeptanz. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es weiter Unverständnis und Anfeindungen, geben Homo- und Transphobie den Ton an. Darum haben wir einen Aktionsplan angeschoben, den das Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Diesen gilt es konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln. Unter anderem wollen wir, dass Akzeptanz in den Schulen und Jugendeinrichtungen gefördert wird, aber auch in Vereinen und bei freien Trägern. Regenbogenfamilien brauchen die Gewissheit, dass ihnen ohne Vorbehalte begegnet wird. Bei der Vermittlung von Adoptionen und Pflugschaften darf nur das Kindeswohl das entscheidende Kriterium sein. Lesben und Schwule sind daher gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Die Rechte von Intersexuellen ins Besondere auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung müssen respektiert werden. Auf Bundesebene muss Berlin weiter Druck machen für eine menschenwürdige Reform des Transsexuellenrechts, die Schärfung des Antidiskriminierungsrechts und die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule mit vollem Adoptionsrecht. Der Diskussion um weitere Formen vertraglicher Partnerschaften, in denen die PartnerInnen füreinander einstehen wollen, geben wir Raum.

Dem Hass keine Chance

Vielfalt braucht gemeinsame Regeln, wechselseitigen Respekt, die Anerkennung von Vielfalt und gleichen Rechten. Aufrufe zum Hass gegen bestimmte Menschengruppen sind nicht hinnehmbar. Darum brauchen wir weiter Projekte gegen Rechts extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transphobie und Islamfeindlichkeit. Wo immer sinnvoll und möglich, wollen wir diese Projekte durch Kooperation stärken für eine neue demokratische Kultur der Vielfalt. Eine Stadt für alle heißt: Bei Bedrohungen und Verbrechen aus Hass gegen einzelne Gruppen ist ganz Berlin solidarisch. Opfer müssen auch von staatlicher Seite adäquate Unterstützung finden, sei es von Polizei, Staatsanwaltschaft oder andere Behörden.

Antidiskriminierungsarbeit stärken

Wir wollen das Antidiskriminierungsrecht in Berlin und auf Bundesebene weiterentwickeln. Dazu gehört neben einer Verlängerung der Klagefristen auch die Einführung eines echten Verbandsklagerechts. Effektiver Schutz vor Diskriminierungen muss auch im Bildungsbereich sowie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Mittel gewährleistet werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes wollen wir stärken und zu

einer bekannten, umfassenden Anlaufstelle machen für Fälle der Benachteiligung aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität.

Die Antidiskriminierungsstelle soll aber auch verstärkt selbst aktiv werden, um die Einhaltung der Antidiskriminierungsbestimmungen zu überprüfen, z. B. durch Testverfahren. Sowohl Einzelpersonen als auch Verbände soll sie bei Klagen unterstützen. Sie soll außerdem sowohl öffentliche Stellen als auch Organisationen, Vereine und Unternehmen dabei beraten, wie sie Diskriminierung vermeiden können. Die anonymisierte Bewerbung soll zumindest bei öffentlichen Stellen und bei Unternehmen mit Landesbeteiligung Standard werden.

1.5 Integration heißt Anstrengung aller

„Eine Stadt für alle“ bedeutet, dass sich alle auf der Basis gleicher Rechte, Pflichten und Chancen mit wechselseitigem Respekt begegnen – egal ob sie aus Diyarbakir kommen oder aus Gera, aus Ulm, Beirut, New York, Shanghai oder Szczecin (Stettin).

Berlin war und ist eine Stadt der Zugezogenen, der Eingewanderten und ihrer Kinder. Zuwanderung hat dazu beigetragen, dass unsere Stadt eine internationale, vielfältige und lebenswerte Metropole ist. Viele Migrantinnen und Migranten haben hier nicht nur ihren Weg gemacht. Sie bauen längst aktiv mit an der Zukunft Berlins, sind engagiert und sind bereit für mehr.

Es gibt aber auch Probleme. Die werden wir nur lösen können, wenn die Sorgen und Ängste wechselseitig ernst genommen werden und niemand auf reißerische Debattenbeiträge hereinfällt. Hindernisse der Integration gilt es gemeinsam abzuräumen, statt nur zu streiten, wer in der Vergangenheit

welche Verantwortung für mangelnde Integration getragen hat. Integration heißt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, damit alle gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben. Berlin will es sich nicht leisten, Einzelnen Chancen zu versagen. Und Berlin kann es sich nicht leisten, Potentiale von Migrantinnen und Migranten zu vergeuden. Jeder vierte Berliner und jede vierte Berlinerin hat migrantische Wurzeln, Tendenz steigend. Die Zukunft der Stadt hängt also maßgeblich davon ab, dass Integration gemeinsam gelingt. Das erfordert Anstrengungen und Respekt von allen Seiten.

Grüne sehen dabei nicht weg, sondern genauer hin, und wir betrachten die verschiedenen Milieus genau. Viele Migrantinnen und Migranten sind durch die Art und Weise der Debatte im letzten Jahr eher abgeschreckt. Sie finden sich zu Recht nicht wieder in dem Zerrbild, das durch Schlagworte wie verbrecherische Familienclans, so genannte Ehrenmorde, Drogenhandel und islamischer Fundamentalismus bestimmt ist. Wo immer solche Probleme bestehen, müssen sie konsequent angegangen werden – und zwar mit den Migrantinnen und Migranten, nicht gegen sie. Das gilt für alle Themen: vom Schulabbruch bis zur Gewalt, von der Arbeitslosigkeit bis zur Zwangsverheiratung.

Integrationsblockaden bestehen vor allem dort, wo sich soziale und rechtliche Ungleichheit, Bildungsarmut und Perspektivlosigkeit mit ethnischer Herkunft überlagern. Ausgrenzung und Abgrenzung verschärfen die Spaltung. Das wollen wir überwinden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Gruppen von Eingewanderten doppelt so häufig arbeitslos sind wie der Berliner Durchschnitt. Dass ihre Kinder deutlich häufiger mit niedrigem oder ohne Abschluss die Schule verlassen und für sie nur schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz bestehen, muss endlich ein Ende haben.

Integration durch Bildung

Bildung ist mehr denn je ein Schlüssel zum persönlichen Erfolg sowie zur gesellschaftlichen Integration. Darum brauchen wir eine Qualitätsoffensive an allen Bildungseinrichtungen, die den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht wird. Interkulturelle Erziehung und Bildung lässt Grenzen in den Köpfen erst gar nicht entstehen. Ganz im Gegenteil – sie schafft Begegnungen, baut Ängste ab und fördert den Dialog. Daher wollen wir die interkulturelle Erziehung und Bildung zum festen Bestandteil in den Bildungseinrichtungen machen. Gleiche Teilhabechancen erfordern gute Deutschkenntnisse, und zwar so früh wie möglich. Dafür ist eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher an den Kitas und der Lehrerinnen und Lehrer unverzichtbar. Interkulturell geschultes und möglichst mehrsprachiges Personal kann Brücken schlagen zu den Communities und den Familien. In die Sprachförderung müssen die Eltern einbezogen werden, durch konkrete Angebote wie Elternkurse und direkte Ansprache. Die Integrationskurse der Volkshochschulen sollten in den Kitas und Schulen stattfinden können. Schulen müssen sich öffnen, mit anderen Einrichtungen kooperieren und einen kurzen Draht schaffen.

Schulen, die in besonderer Weise Integrationsaufgaben übernehmen, brauchen dafür besondere Mittel und Kapazitäten, möglichst auch Personal mit eigenem Migrationshintergrund, das Vorbild und Mittler sein kann, das gilt auch für das Gymnasium. Neben der gezielten Deutschförderung müssen Kinder auch Zugang zu ihrer Kultur und Sprache bekommen. Lehrerinnen und Lehrer wollen wir unterstützen mit der Anerkennung dieser wichtigen Arbeit als Arbeitszeit, mit Fort- und Weiterbildung, mit Supervision und Trainings und mit dem Einsatz von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die ihnen zur Seite stehen.

Arbeitsmarkt für alle

Auch bei der Berufsvorbereitung, bei der Ausbildung und parallel zur Berufstätigkeit brauchen wir Maßnahmen zur Integrations- und Sprachförderung. Wir werden das Handwerk als Träger der beruflichen Integration mit seinen Problemen nicht weiter alleinlassen. Gerade im Übergang zwischen der schulischen und der beruflichen Bildung wollen wir sicherstellen, dass die Auszubildenden über die notwendigen Kenntnisse und sozialen Voraussetzungen verfügen, um eine Ausbildung erfolgreich abschließen zu können. Wir werden in Zusammenarbeit mit der HWK und IHK die Ausbildungs- und Integrationskompetenz der Betriebe stärken und gemeinsam Maßnahmen entwickeln, um einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Die Arbeitsvermittlung wollen wir weiter interkulturell öffnen und dafür sorgen, dass die Jobcenter zielgerichtete Angebote machen und Maßnahmen entwickeln, die Migrantinnen und Migranten weiterbringen.

Obwohl wir in Deutschland und Berlin dringend und zunehmend auf Fachkräfte angewiesen sind, verzeichnen wir derzeit mehr Abwanderung als Zuwanderung. So sehen immer mehr gut ausgebildete türkische Berlinerinnen und Berliner für sich bessere Perspektiven in der Türkei als hier. Das liegt auch an der Diskriminierung, die Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag und im Job erfahren – selbst bei gleicher Qualifikation. Wir wollen nicht, dass aus den Kindern der Einwanderer jetzt Auswanderer werden.

Nicht nur offenem Rassismus muss weiterhin entschieden entgegengetreten werden. In einer Stadt für alle muss jeder Form von struktureller Benachteiligung entgegengewirkt werden. Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Landes stärken, damit sie besser gegen ungerechtfertigte Benachteiligung vorgehen kann.

Anerkennungszentrum für ausländische Abschlüsse

Viele Berlinerinnen und Berliner können ihren Beruf nicht ausüben, weil ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse oder Qualifikationen nicht anerkannt werden. Nicht nur der Bund, sondern auch das Land ist in der Pflicht, diesen Missstand gründlich zu beheben. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle, die Unterstützung bietet bei den oft komplizierten und langwierigen Anerkennungsverfahren.

Das betrifft schulische, berufliche und universitäre Qualifikationen. Wenn eine volle Anerkennung der Abschlüsse nicht möglich ist, sollen Wege der Nachqualifikation und Prüfung aufgezeigt und vermittelt werden. Dazu müssen die anerkennenden Stellen eingebunden werden, von Hochschulen über Kammern bis zu Berufsschulen.

Öffentlicher Dienst – offen für alle

Benachteiligung gibt es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im staatlichen Bereich. Die Behörden von Berlin müssen für alle offen sein und ihr Personal soll der Vielfalt der Berliner Bevölkerung entsprechen. Um in dieser Stadt effektiv arbeiten zu können, braucht die Verwaltung schon heute die Fähigkeiten, das Wissen und die Kontakte von Migrantinnen und Migranten. Deren Kompetenzen werden künftig immer wichtiger werden. Darum ist es richtig, Migrantinnen und Migranten gezielt für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen, sie mit Bewerbungstrainings zu unterstützen und Mehrsprachigkeit als positives Einstellungskriterium zu berücksichtigen.

Integrationsverbote abschaffen, Teilhaberechte stärken

Das restriktive Ausländerrecht schafft mehr Probleme, als es löst. Arbeitsverbote für bestimmte Gruppen kommen staatlichen Integrationsverboten gleich, ein unsicherer Aufenthaltsstatus, die Unterbringung in Heimen sind weitere Hürden.

Die Residenzpflicht wollen wir abschaffen. Auch Menschen ohne Papiere brauchen zumindest Zugang zur Gesundheitsversorgung. Alle Kinder sollen ihr Recht auf Bildung ohne Angst vor Abschiebung wahrnehmen können. Dazu gehört, dass auch die Familien eine Aufenthaltsperspektive erhalten.

Wir wollen, dass Berlin alle rechtlichen Spielräume auf Landesebene im Sinne einer menschen- und integrationsfreundlichen Handhabung ausschöpft. Die Berliner Ausländerbehörde muss an den Menschen und an Ihren Bedürfnissen orientiert werden – etwa mit dezentralen Stellen.

Demokratische Beteiligung ausweiten

Derzeit sind über 16 Prozent der volljährigen Berlinerinnen und Berliner vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Das wollen wir ändern. Wer in Berlin lebt, soll das gemeinsame Leben mitgestalten. Darum wollen wir alle Spielräume zur Einbürgerung nutzen und uns im Bund für bessere Regelungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft einsetzen. Wir wollen zudem einen neuen Vorstoß unternehmen, um zumindest auf Bezirksebene ein Wahlrecht auch ohne deutschen Pass zu ermöglichen. Mit einer Änderung der Verfassung von Berlin wollen wir erreichen, dass nicht nur Deutsche und EU-Staatsangehörige die Bezirksverordnetenversammlung wählen können, sondern alle Berlinerinnen und Berliner, die dauerhaft hier leben.

Integration folgt gemeinsamen Regeln

Dazu gehören die Anerkennung unserer Verfassung wie auch das Recht jeder Person, sich frei zu entwickeln. Die Gleichheit ist ebenso unverhandelbar wie die Religionsfreiheit. Darum setzen wir uns ebenso gegen Zwangsverheiratungen ein wie für die Gleichbehandlung der Religionen und Weltanschauungen.

Der Islam gehört zu Berlin

Der Islam gehört längst zu Berlin, deshalb wollen wir seine verfassungsrechtlich gebotene Gleichbehandlung mit anderen Religionen und Weltanschauungen auch auf Landes- und Bezirksebene praktisch umsetzen. Das Recht der MuslimInnen auf die Errichtung von Moscheen, Cem- und Gebetshäusern ist für uns selbstverständlicher Teil muslimischer Religionsausübung. Dazu gehören für uns auch die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Theologie an einer Berliner Hochschule und die Weiterentwicklung der Curricula für islamischen Religionsunterricht mit VertreterInnen der muslimischen Glaubensgemeinschaften in Berlin. Außerdem setzen wir uns für den Abbau von Vorurteilen durch konkrete Aufklärungs- und Partizipationsinitiativen auf Bezirks- wie auf Landesebene ein.

1.6 Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik

Ein solidarisches Berlin kann es ohne eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik nicht geben. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, sie profitieren von sicheren Geldanlagemöglichkeiten und ihre Kinder erben Vermögen statt Schulden. Die weniger Wohlhabenden leiden dagegen schon heute – und noch mehr in der Zukunft – als Erstes unter den steigenden Zinskosten und der maroden Infrastruktur. Eine Stadt für alle – das heißt, durch Haushaltskonsolidierung und finanzpolitische Redlichkeit Gestaltungsspielräume für unsere Zukunftsaufgaben Bildung, Arbeit und Klima zu eröffnen. Nur ein handlungsfähiger Staat kann die Teilhabe aller ermöglichen und den Zusammenhalt unterstützen.

Eine Stadt für alle – das schließt unsere Kinder und Kinderkinder und geschlechtergerechtes Handeln mit ein. Wir dürfen

nicht weitere Lasten auf die Schultern künftiger Generationen häufen, sei es in Form von verfallenden Schulgebäuden, steigenden Schulden und damit Zinsen oder hohen Folgekosten, die aufgrund von Kürzungen an falschen Stellen entstehen. Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen wir uns um eine Entlastung des Landeshaushalts und Mehreinnahmen durch wirtschaftliche Dynamik bemühen. Da über viele Steuern auf Bundesebene entschieden wird, müssen wir uns zudem über den Bundesrat für ein Ende der Klientelgeschenke und eine nachhaltige Steuerpolitik auf Bundesebene einsetzen. Und wir müssen kreativ denken – wie können wir bürgerschaftliches Engagement auch im Bereich der Finanzen fördern?

Wir müssen aber auch sparen. Entscheidend ist dabei die Frage, wo wir sparen. Wir müssen künftig jeden Euro zwei Mal umdrehen und die öffentlichen Mittel sinnvoll, das bedeutet vor allem nachhaltig – sozial verträglich und ökologisch vernünftig – verwenden. Gleichzeitig dürfen wir nicht den Fehler machen, an Stellen zu kürzen, wo hohe Folgekosten entstehen. Uns geht es dabei nicht nur um den Abbau der finanziellen, sondern auch um den Abbau der sozialen und ökologischen Verschuldung Berlins. Grüne Haushalts- und Finanzpolitik hat das Ganze im Blick, investiert gezielt in die Zukunft und verändert Strukturen, um so langfristig Geld zu sparen, anstatt die Kosten einfach nur in die Zukunft zu schieben.

Schulden haben keine Zukunft – sozial-ökologisch investieren

Die Folgen der Wiedervereinigung, die Rekordarbeitslosigkeit Anfang dieses Jahrhunderts und zuletzt die Weltwirtschaftskrise haben tiefe Spuren im Berliner Haushalt hinterlassen. Und als wäre das nicht genug, hat sich Rot-Rot in der letzten Legislaturperiode den größten Ausgabenanstieg seit 1995 geleistet. Die neue Regierung wird eine schwere Erblast übernehmen müssen.

Zudem gilt seit 2011 die von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene und im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Unabhängig von der Schuldenbremse sind Schulden irgendwann ein Problem.

Das Land Berlin hat mehr als 60 Milliarden Euro Schulden. Daraus resultiert eine Zinslast von derzeit etwa 2,2 Milliarden Euro pro Jahr, das sind rund elf Prozent der jährlichen Einnahmen. Sollten die Zinssätze um nur ein Prozent steigen, würden dem Landeshaushalt weitere 600 Millionen Euro für staatliche Leistungen und Zukunftsinvestitionen fehlen. Die Uhr tickt – aber die rot-rote Koalition stellt sich schlafend. Dass der regierende Bürgermeister die Armut auch noch zum Label der Stadt macht, ist vor diesem Hintergrund besonders geschmacklos.

Dabei sind sich die Bürger und Bürgerinnen mehr als je zuvor der Risiken der enormen Staatsverschuldung bewusst. Wir nehmen das ernst und wollen das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit Berlins zurückerobern. In Berlin ist es daher höchste Zeit, die Schulden zu begrenzen. Haushaltskonsolidierung funktioniert aber nur, wenn es dafür einen politischen Willen gibt. Wir haben den Willen. Wir werden uns für Zukunftsinvestitionen einsetzen, die langfristig Geld einsparen, wie die energetische Gebäudesanierung, wir werden alle Ausgaben kritisch prüfen und dort, wo es möglich ist, Einsparungen vornehmen und wir werden uns in Berlin und vor allem über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand genügend Mittel hat, um ihre Aufgaben, wie gute Bildung für alle, erfüllen zu können.

Trotzdem wird es noch Jahre dauern, bis Berlin aus eigener Kraft den hohen Ausstattungsgrad der öffentlichen Hand und der Sozial-, Kultur- und Bildungsinstitutionen tragen kann. In der Zwischenzeit werden wir mit dem auskommen müssen, was wir heute haben.

Die Verfassung schreibt vor, das strukturelle Haushaltsdefizit in den nächsten zwei Legislaturperioden bis zum Jahr 2020 abzubauen. Obendrein muss Berlin den Abbau des Solidarpakts Ost in Höhe von jährlich etwa 150 Millionen Euro kompensieren. Der danach verbleibende Verteilungsspielraum ist derart gering, dass alle ausgabenwirksamen Maßnahmen unter dem Vorbehalt stehen, sie durch Umschichtung innerhalb des Haushalts zu finanzieren. Zudem ist der Haushalt steigenden Kosten ausgesetzt, die sich nicht vermeiden lassen. Dazu gehören Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen oder steigende Kosten durch erfreulicherweise wachsende Kinderzahlen in Kitas.

Alle Parteien in Berlin haben gerechnet und sind sich im Ergebnis einig: Wollen wir handlungsfähig sein, müssen wir in der kommenden Legislaturperiode angesichts der unvermeidlichen Kostensteigerungen mindestens 500 Millionen Euro effektiv einsparen. Eine Strukturbereinigung in diesem Umfang ist nicht einfach. Doch für einen zügigen, sozial und ökologisch gerechten Schuldenabbau braucht es uns Grüne!

Ausgabenkritik – wo können wir sparen?

Wir sind auch bereit, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Wahlgeschenke wird es keine geben und mit Ausnahme der Bildung werden wohl alle Politikbereiche von Budgetkürzungen betroffen sein. Dazu werden wir uns dem Ausgabenvergleich mit anderen Stadtstaaten stellen und unter dem Strich Subventionen in Höhe von rund 250 Millionen Euro einsparen müssen. Für uns stehen die Effizienzsteigerungen eindeutig vor der Streichung von Leistungen.

Ein weiteres Beispiel für Effizienzreserven ist die Erbringung und das Zustandekommen sozialer Leistungen Berlins. Dort herrscht ein Wildwuchs von Kostensätzen und intransparenten

Verwaltungsregelungen, die aus den sozialen Zielsetzungen nicht mehr zu erklären sind. Wenn es gelingt, die sozialen Leistungen in Zukunft zielgenau wirksam und bedarfsgerecht bereitzustellen und vergleichbare Leistungen auch gleich zu entgelten, könnten in diesem Sektor strukturelle Einsparungen erzielt werden, und dies nicht zu Lasten der Betroffenen. Ein Weg dahin wäre die flächendeckende Einführung von Leistungsverträgen im sozialen Bereich.

Es muss mehr Geld für Zukunftsgestaltung zur Verfügung stehen und dafür weniger für Verwaltung, Prestigeobjekte und Subventionen ausgegeben werden. Wir werden die Reserven aufdecken und Blockaden aufheben. An erster Stelle stehen Transparenz, die Abschaffung von Schattenhaushalten und eine detaillierte Analyse. Wo stecken Reserven, wo wird Energie und Potential verschleudert – sei es etwa durch schlechte Strukturen oder Doppelzuständigkeiten. Konsequenterweise müssen wir alle Ressorts auf den verschiedenen Ebenen der politischen Entscheidungsprozesse auf Effizienz, Einsparmöglichkeiten oder gar Überflüssiges durchleuchten.

Verwaltung der Verwaltung - schlanker und besser

Deutliche Effizienzreserven stecken in der sogenannten Querschnittsverwaltung – dazu gehören die Personalverwaltung, Gebäudebewirtschaftung und Informationstechnologie. Diese Bereiche verschlingen allein mit rund 2,5 Milliarden Euro ein Drittel der gesamten Personalkosten und über die Hälfte der Sachkosten. Die Pensionierungswelle bietet die einmalige Chance, in eine moderne Service-Architektur einzusteigen, statt die alten Strukturen aufzufüllen. Zehn Prozent der heutigen Kosten – also 250 Millionen Euro – dürften durch eine Reform der „Verwaltung der Verwaltung“ mindestens eingespart werden.

Stärkung der Habenseite

Bei der Sanierung des Haushaltes und der Eröffnung neuer Handlungsspielräume setzen wir auch auf höhere Einnahmen. Einnahmewachse entstehen vor allem durch eine Verbesserung der ökonomischen Basis Berlins, durch unseren grünen wirtschaftspolitischen Kurs. Hätte Berlin die bundesdurchschnittliche Wirtschaftskraft, hätten wir 500 Millionen Euro mehr an kommunalen Steuereinnahmen. Durch die Stärkung der Green Economy, die Ansiedlung grüner Industrie sowie die Unterstützung der Dienstleistungsunternehmen sorgen wir für wirtschaftliche Dynamik und schaffen 100.000 neue Arbeitsplätze. So kann Berlin eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen. Das bündelt Energien, macht die Stadt lebenswerter und schafft neue Einnahmen und Entlastungen bei den Sozialleistungen.

Wir werden uns zudem auf allen politischen Ebenen und insbesondere zusammen mit den anderen finanzschwachen Bundesländern weiter dafür einsetzen, dass die Bundespolitik endlich ihren Beitrag zur Konsolidierung der Länder- und Gemeindefinanzen leistet. Anstatt Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben gut erfüllen können, wurden die einkommensstärkeren Jahre der Vergangenheit dazu verwendet, bei Umsatz- und Abgeltungssteuer Steuergeschenke zu verteilen. Wer über die Steuerquote nicht reden will, sollte über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte lieber schweigen. Die neuen Mehrheiten im Bundesrat haben die Bedingungen verbessert, den finanzpolitischen Kurs der Steuergeschenke zu beenden.

Aber auch die wirtschaftlich Leistungsfähigen sollen einen Beitrag zu den öffentlichen Einnahmen und zum Lastenausgleich leisten. Daher wollen wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft erreichen, dass über die Gewerbesteuer 150 Millionen Euro zusätzlich fließen. In der Finanzsteuerverwaltung

wollen wir das Personal aufstocken. Es kann nicht sein, dass dem Land und damit den Bürgerinnen und Bürgern jedes Jahr Millionen durch Steuerhinterziehung entgehen. Zudem befürworten wir eine „City-Tax“ auf jede Übernachtung in Hotels und Pensionen, die für den einzelnen Touristen ein kleiner Beitrag ist, der Stadt und den Bezirken aber hilft, steigende Kosten durch das Anwachsen der Touristenströme zu begleichen und so die finanzielle Situation zu verbessern. Berlin könnte damit ungefähr 40 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen erzielen. Darüber hinaus streben wir eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer an, die nicht nur weitere Einnahmen erzielt, sondern auch die Spekulationswelle in Teilen des Berliner Wohnungsmarkts dämpft. Eine weitere Maßnahme zur Entlastung des Wohnungsmarkts und Einnahmensteigerung ist die Anhebung der Zweitwohnungssteuer.

Bürgerschaftliches Engagement – auch bei Finanzfragen!

Viele Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass Berlin angesichts der strukturellen Unterfinanzierung nicht mehr in der Lage ist, alle notwendigen kommunalen Strukturen aufrechtzuerhalten. Deshalb unterstützen wir die Bereitschaft vieler BürgerInnen, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu übernehmen. Unser Ziel ist dabei nicht, die Privatisierungsfehler der Vergangenheit zu wiederholen, sondern privates und öffentliches Geld miteinander zu versöhnen. Denkbar ist die Finanzierung ausgewählter Vorhaben in Form von privatwirtschaftlichen Organisationen wie Genossenschaften, Stiftungen oder Bürgerfonds. BürgerInnen stellen die Finanzierung im Tausch gegen inhaltliche Mitgestaltung bereit.

Öffentliche Ausgaben, die nicht der allgemeinen Daseinsvorsorge dienen, sollten stärker an den von Quartier zu Quartier unterschiedlichen Interessenlagen ausgerichtet sein. Daher

können wir uns vorstellen, die Gründung von BürgerInnenräten zu unterstützen und die öffentlichen Ausgaben in einer stadt-räumlichen Kleinregion (Quartier oder Stadtteil) zu überprüfen und zu beraten. Diese BürgerInnenräte wollen wir mit angemessenen Rechten und Pflichten ausstatten.

1.7 Teilhabe durch öffentliche Institutionen

Wir werden im Bereich der Daseinsvorsorge die politische Steuerung mit der Flexibilität des Marktes verbinden. Wo keine funktionierenden Märkte bestehen oder bestehen können, muss der Staat die Versorgung der Bevölkerung in die eigene Hand nehmen und zugleich für Kontrolle und Transparenz sorgen.

Öffentliche Daseinsvorsorge muss die Teilhabe aller an zentralen Gütern wie Bildung, Gesundheit oder Arbeit sicherstellen. Eine Stadt für alle – dafür brauchen wir einen Sozialstaat, der befähigt, der fördert und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet. Dazu müssen wir für eine ausreichende Finanzierung aber auch für effiziente Strukturen sorgen. Nur wenn die sozialen Leistungen zielgenau und bedarfsgerecht bereitgestellt werden, ist ein solidarisches Berlin möglich.

Die Landesunternehmen in den Dienst der Menschen stellen

Das Wirken und Zusammenwirken der 60 Berliner Landesunternehmen ist ein wichtiges Kapital für ein solidarisches und lebenswertes Berlin.

Die Landesunternehmen können aber nur dann gute Dienstleistungen für alle erbringen, wenn sie wirtschaftlich handeln. Viele Unternehmen des Landes Berlins weisen nach wie vor einen enormen Sanierungsbedarf auf und haben mit einer

hohen Verschuldung zu kämpfen. Die unzureichende Finanzkraft vieler bedeutender Landesunternehmen hat außerdem zur Folge, dass notwendige Investitionen Jahr für Jahr verschoben werden. Das führt letztlich dazu, dass auch bei öffentlicher Daseinsvorsorge Qualität oder Preis vielfach nicht stimmen in Berlin. Eine Gesamtschuldenlast der Landesunternehmen Berlins von ca. 11 Milliarden Euro ist zudem ein zusätzliches Risiko zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die im Widerspruch zur (Daseins)Vorsorge stehen. Um der öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht zu werden, ist eine weitere Sanierung der Landesunternehmen daher unverzichtbar. Leistungsfähig und zukunftsorientiert können die Unternehmen nur sein und bleiben, wenn sie eine nachhaltige Investitionsstrategie verfolgen.

Wir wollen die Verschwendung der Ressourcen in den öffentlichen Unternehmen – sei es durch ineffiziente Strukturen oder durch Vetterwirtschaft – beenden.

Sozial-ökologisches Leitbild, Transparenz und Kontrolle

Aussagen, Staatsunternehmen seien per se demokratischer und sozialer als jede Marktwirtschaft sind ebenso falsch, wie die Annahme, Private könnten sowieso alles besser. Auch die These der Linken, dass Staatsunternehmen geringere Risiken für die Steuerzahlenden bergen, ist irreführend. Nehmen wir die Berliner Bankengesellschaft – sie hat beim Finanzpoker deutlich verloren und Milliardenschulden zu Lasten der Berliner Bevölkerung hinterlassen.

Wir sprechen uns klar gegen eine weitere Privatisierung von Berliner Landesunternehmen aus dem Bereich der Daseinsvorsorge aus. Gleichzeitig lehnen wir die milliardenschweren, durch nichts gedeckten Rekommunalisierungsversprechen von Rot-Rot ab. Eine Verstaatlichung von Unternehmen kommt für uns nur dann in Frage, wenn das Kosten- und Nutzenverhältnis

stimmt, es finanzierbar ist und eine soziale und ökologische Verbesserung für die Berlinerinnen und Berlinern damit erreicht werden kann.

Berlin muss nicht alle Unternehmen besitzen, sondern klare Ziele setzen, Regeln formulieren und eine intelligente und professionelle Kontrolle über deren Wirtschaften ausüben. Wo wollen wir hin? Wem nützt was? Nur wenn wir diese Frage beantworten, können wir entscheiden, was dem sozialen Ausgleich dient, der Freiheit der Schwachen, deren Selbstbestimmung wir wollen. Unser Ziel für die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und jegliche Beteiligung an Unternehmen sind sozialere Preise sowie eine umweltbewusste Investitionstätigkeit. Wir wollen die staatlichen Unternehmen zu Vorbildern für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Wirtschaften entwickeln.

Um das zu steuern, wollen wir ein effizientes Beteiligungs- und Risikomanagement für alle Landesunternehmen Berlins schaffen. Grundlage dafür ist vor allem die Schaffung von mehr Transparenz. Gebühren und Tarife für Müll, Verkehr oder Wasser können erst dann als angemessen bewertet werden, wenn deren Entstehung nachvollziehbar belegt wird und sie einem Preisvergleich standhalten. Auch beim Management in öffentlichen Institutionen wollen wir durch die Offenlegung sämtlicher Bezüge für eine angemessenere Vergütung sorgen. Die Umsetzung von politischen Zielen in Beteiligungsunternehmen wollen wir durch die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Hand in die Aufsichtsräte oder Gewährträgerversammlungen sicherstellen.

Außerdem wollen wir die Rechnungshofbefugnisse des Parlaments stärken. In zwei Wahlperioden hat es Rot-Rot nicht geschafft, dass sich etwa der städtische Klinikbetreiber Vivantes einer solchen Prüfung stellt, die Unregelmäßigkeiten aufdecken kann.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stimmt für öffentliche Institutionen, die eine gute Versorgung für alle gewährleisten.
- stimmt für eine Arbeitsvermittlung, die Arbeitssuchenden auf Augenhöhe begegnet und sie in ihren Fähigkeiten und Interessen unterstützt.
- wählt ein solidarisches Gesundheitssystem und eine menschenwürdige Pflege.
- stimmt für eine Politik der Vielfalt, der Toleranz und der Anerkennung
- stimmt für eine Integrationspolitik, die alle Menschen teilhaben lässt – auf der Basis gleicher Rechte, Pflichten und Chancen.
- stimmt für bezahlbares Wohnen in allen Bezirken.
- weiß, dass eine Reduzierung der Neuverschuldung notwendig ist, weil jeder Euro für Zinsen eine Belastung für kommende Generationen und ein solidarisches Berlin darstellt.

*„Probleme kann man niemals mit denselben Denkweisen lösen, mit denen sie entstanden sind.“
(Albert Einstein)*

2. Prosperierendes Berlin Berlins Wirtschaft soll wachsen – aber richtig!

Wir stehen am Anfang der dritten – der grünen – industriellen Revolution. Klimawandel und Verknappung der natürlichen Ressourcen ziehen weltweit weitreichende Konsequenzen nach sich. Wollen wir unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen erhalten, müssen wir anders produzieren, anders transportieren, anders konsumieren und anders wachsen. Wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig. Wer energieeffiziente und verbrauchsarme Produkte herstellt, hat auch weltweit die Nase vorn. Und wer die Politik, die das erkennt, zu fördern und zu nutzen weiß, ist grün.

Nie waren die Chancen größer als heute, dass Berlin von dem enormen Wachstum der Umweltbranchen profitiert. Dafür werden wir Ressourcen und Potentiale – insbesondere Fachkräfte, das umfangreiche Flächenangebot und die Wissenschaftslandschaft Berlins – miteinander verknüpfen und für das neue Wirtschaften nutzbar machen. Unser Ziel: Berlin als Standort zukunftsweisender Produktion und grüner Industrie auszubauen. Diese Stadt soll ein Synonym für innovative und zukunftsfähige Wirtschaft sein. Neue und vorhandene Unternehmen werden

wir mit Wissenstransfer aus den Universitäten und gezielter Förderung unterstützen; Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft, nachhaltigen Tourismus und den Bereich der neuen Mobilität zu Aushängeschildern nachhaltigen Wirtschaftens machen. Die neue Marke Berlin wird verbreitet werden über grüne Produkte und Dienstleistungen, die in alle Welt exportiert werden.

Politik kommt die Rolle zu, wirtschaftliche Dynamik zu fördern und zu fordern sowie ökologische und soziale Leitplanken vorzugeben, z. B. durch ein Klimaschutzgesetz und Mindestlöhne. Sinnvolle Regulierung mit einer eindeutigen Werteorientierung in einem verbindlichen, klaren und transparenten Rahmen ist das, was grüne Wirtschaftspolitik ausmacht. Mit diesen Leitlinien wollen wir Berlins Wirtschaft zukünftig weiterentwickeln. Aufschwung braucht Dialog und konkrete Projekte. In Berlin wird außerordentlich viel gedacht, konzipiert, entworfen – und die Ergebnisse werden dann allzu oft einfach nicht umgesetzt. Das wollen wir ändern. Wir wollen mit der Berliner Wirtschaft einen Pakt für Wirtschaft und Arbeit transparent und offen aushandeln, in dem wir Ziele und Projekte vereinbaren und gegenseitige Verpflichtungen festhalten. Wir begreifen die Wirtschaft als Partner, mit dem wir gemeinsam Neues entwickeln. Wir wollen weg von „leeren“ Gesamtkonzepten, hin zu konkreten, fassbaren Projekten, die in der Verwaltung verankert und personell untersetzt sind. Wir laden alle ein, diese Projekte mit uns zu entwerfen und umzusetzen – die Berliner Wirtschaft, die Gewerkschaften, Verbände und die Berlinerinnen und Berliner. Gemeinsam machen wir die Zukunft für alle möglich.

In vielen Bereichen ist die Berliner Wirtschaft Weltklasse. Sei es die Kreativwirtschaft, der Tourismus, die Gesundheitswirtschaft oder die einzigartige Forschungs- und Hochschulandschaft. Das Berliner Handwerk genießt international einen guten Ruf. Die Produkte vieler Berliner Unternehmen sind

Spitzenreiter im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz. Berlins Wirtschaft ist international gut vernetzt. Wir haben die richtigen Zutaten für einen Berlin-Boom, wir könnten schon längst mehr Arbeitsplätze, höhere Löhne und Honorare haben. Dennoch haben wir immer noch eine der höchsten Arbeitslosenzahlen im Bundesvergleich. In Berlin wird immer noch weniger verdient als in München, Stuttgart oder Hamburg. Das wollen wir ändern.

„Eine Stadt für alle“, dafür brauchen wir Wirtschaftskraft und Wirtschaftswachstum, das nachhaltig und klimaschonend ist, denn nur so können wir nachhaltig Arbeit und soziale Sicherheit für alle schaffen. Wir wollen ein solidarisches Miteinander, ein Berlin der Arbeitsgerechtigkeit, wo jede und jeder Zugang zu guter Arbeit und einem angemessenen Einkommen hat. Und wir wollen ein Berlin, in dem unternehmerisches Handeln und wirtschaftliches Engagement willkommen sind. Berlin soll wieder zu einem Wirtschaftsstandort werden, von dem weltweit bekannt ist, dass es sich lohnt, hier zu investieren. Für Berlin als grünen Wirtschaftsstandort national wie international zu werben – das wird zu den ersten Amtshandlungen einer grünen Bürgermeisterin gehören. Berlin hat sich zu einem internationalen Magneten entwickelt. Aus aller Welt kommen die Menschen zu uns, weil Kreativität und Freiheit einladen, hier zu leben. Diese Kraft, die uns jährlich Millionen von Besuchern beschert, gilt es auch in anderen Branchen in Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze umzusetzen.

Unser Ziel: 100.000 neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze für Berlin und damit eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Das ist zu schaffen, wenn wir den bestehenden Berliner Unternehmen – ob im Konzern, als klein- und mittelständische Einzelunternehmen oder Handwerksbetrieb – ermöglichen zu wachsen. Wir wollen Unternehmen weltweit für Berlin als

Investitions- und industriellen Produktionsstandort begeistern. Neue Ideen aus Berlin sollen zu Unternehmungen werden. Wir wollen insbesondere wohnortnahe Arbeitsplätze fördern.

Für die wirtschaftliche Entwicklung wird entscheidend sein, ob in Berlin ausreichend Fachkräfte vorhanden sind. 237.000 sollen in den nächsten zehn Jahren fehlen. Das entspricht in etwa unserer Arbeitslosenzahl. Ein unhaltbarer Zustand. Niedriger Qualifikation von Erwerbslosen und mangelnder Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen wollen wir in Kooperation mit der Berliner Wirtschaft mit Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiativen begeben.

Eine Weltmetropole kann nur prosperieren, wenn sie gut erreichbar ist – mit allen Verkehrsmitteln. Ein leistungsstarker Flughafen BBI Willy Brandt mit interkontinentalen Verbindungen ist dafür unabdingbar. Auf kurzen Strecken hat die Bahn für uns Vorrang vor klimaschädlichem Flugverkehr. Das Recht der betroffenen Menschen in Berlin und Brandenburg auf Schutz vor Fluglärm und auf Erhalt der Nachtruhe – kurzum auf Gesundheit – setzt aber enge Grenzen. Das gilt auch für den Werterhalt von Grundstücken. Es ist Aufgabe der Politik, die wirtschaftlichen Interessen der Stadt, des neuen Flughafens und die Rechte der Betroffenen zum Ausgleich zu bringen. Bisher hat Klaus Wowereit dabei versagt. Die Diskussion um veränderte Flugrouten, die für den gesamten Standort schädlich ist, wäre vermeidbar gewesen, wenn der Senat von Anfang an mit offenen Karten gespielt hätte. Er hat bewusst verschwiegen, dass sich die Flugrouten und damit die Belastungen ändern werden. Alle Fakten auf den Tisch! Das ist der Ausgangspunkt, um über Lärmschutz und Nachtflugverbot zu reden. Ein transparentes Verfahren wird dafür sorgen, dass alle Akteure den BBI auch unter Betrieb akzeptieren. So wird der Flughafen ein Erfolg für Berlin.

2.1 Grüne industrielle Revolution

Produzierende Unternehmen sind Nachfrager und Schrittmacher für produktionsnahe und häufig wissensintensive Dienstleistungen, z. B. im Bereich der Datenverarbeitung oder Logistik. Jeder neue Industriearbeitsplatz zieht drei Dienstleistungsjobs nach sich. Die grüne industrielle Revolution schafft wichtige Impulse für die ökologische Ausrichtung der Dienstleistungen und nicht zuletzt die ökologische Fokussierung von Forschung und Entwicklung.

Berlin ist besser als andere Bundesländer durch die Krise gekommen. Doch das täuscht nicht über zwei Probleme hinweg: die geringe Industriebasis und das niedrige Level, auf dem sich die Wirtschaftskraft Berlins bewegt. Derzeit gibt es in Berlin nur noch ca. 100.000 Industriearbeitsplätze. Das sind etwa 30 Industriearbeitsplätze auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. In Hamburg ist diese Quote doppelt so hoch. Im deutschen Durchschnitt erbringt die Industrie etwa 20 Prozent der Wertschöpfung – in Berlin sind es nur elf Prozent. Die geringe Exportquote macht uns nicht krisenfest, sondern chancenlos. Mittelfristig müssen wir es schaffen, die Anzahl der Industriearbeitsplätze zu verdoppeln. Dabei setzen wir auf die Stärken Berlins: erneuerbare Energien, Energietechnik und Energieeffizienz; Wasserwirtschaft, Rohstoff- und Materialeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Mobilität, aber auch auf internationale Netzwerkbildungen, für die wir unsere Städtepartnerschaften, die Universitäten und andere Initiativen nutzen können.

Das wird nur gelingen, wenn wir den Aufbau industrieller Kapazitäten gezielt fördern und uns als Standort der Green Economy aufstellen – mit Know-how, wissenschaftlicher Begleitung und politischer Schirmherrschaft. Wir wollen den

Masterplan Industrie energisch fortführen. Seine Maßnahmen wollen wir auf die Förderung und den Ausbau grüner Industrien konzentrieren. Berlin soll zu dem Standort für energiesparende, ressourcenschonende industrielle Produktion werden. Solche Investitionen werden wir unterstützen.

Ökologie, die sich auszahlt – Rohstoff- und Energieeffizienz

Material- und Energiekosten verursachen nach aktuellen Studien rund die Hälfte der Kosten im produzierenden Gewerbe. Sie sind der größte Kostenblock, weit vor dem Personal (ein Fünftel). Ressourcen- und Energieeffizienz ist ein Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit. Gutachten gehen von einer Verdreifachung des Umsatzes im Leitmarkt Rohstoffeffizienz auf etwa 300 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren aus. Höchste Zeit, diesen Trend zu unterstützen und für ein prosperierendes Berlin zu nutzen. Zu diesem Zweck starten wir eine Innovationsoffensive, deren Herzstück der Aufbau von Netzwerken zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen wollen wir durch den Transfer von Wissenschaftsleistungen unterstützen.

Durch ambitionierte Produkt- bzw. Umweltstandards unter Beachtung der Produktlebenszyklen unterstützen wir die Akzeptanz und die Nachfrage in diesen Bereichen. Ferner möchten wir Berlin zur Modellregion für nachhaltige Lösungen und Technologien in der Wasserwirtschaft entwickeln. Dafür richten wir ein Zentrum für neue Wassertechnologien ein. Es vernetzt die Akteure der Branche, kooperiert mit den Lehrstühlen der Universitäten und Hochschulen und übernimmt die internationale Vermarktung.

Energie, die uns (vor)antreibt – energieeffiziente IT-Infrastrukturen fördern, fordern und mit gutem Beispiel vorangehen

Ob innovative Speicher, neue Netztechnologien oder optimierte Netzsteuerung – die Entwicklungspotentiale und der Bedarf nach neuen Technologien sind weltweit immens. Wir wollen Berlin zu einem führenden Standort in diesem Sektor entwickeln. Wir werden dafür sorgen, dass Wirtschaft und Wissenschaft in diesem Feld noch stärker vernetzt werden und Berlin zum attraktiven Standort für Unternehmen aus der Energietechnik wird. Ein Ansatzpunkt dafür ist Green IT. Green IT ist ein Innovationsmotor, der über reine Energieeffizienz/Ressourcenschonung hinausgeht und den gesamten Lebenszyklus vom Design der Systeme bis zur Produktion der Komponenten, über deren Verwendung bis zur Entsorgung bzw. zum Recycling der Geräte umfasst. Dieser Innovationsmotor sollte für die grüne Zukunft Berlins genutzt und ausgebaut werden.

Von der Mülltonne zur Klimatonne

Der beste Abfall ist der, der gar nicht entsteht. Wann immer möglich, sollten Produkte wiederverwertet werden. Müllverbrennung ist nur sinnvoll, wenn eine Wiederverwertbarkeit nicht möglich ist. Abfall ist Rohstoff. Gerade in den hochwertigen elektronischen Geräten finden sich viele wiederverwertbare Bestandteile, die immer seltener werden. Zu viele Wertstoffe landen heute noch im Hausmüll und können darum nicht hochwertig verwertet werden. Wir wollen die Anstrengungen verstärken, die wiederverwertbaren Stoffe zurückzugewinnen und die Wiederverwertbarkeit nachvollziehbar darzustellen. Wir wollen die Menge des getrennt gesammelten Bioabfalls verdoppeln, um in Zukunft durch die Erzeugung von Biogas das Klima zu schützen. Kunststoffmüll muss kundenfreundlich und haushaltsnah in einer Tonne eingesammelt werden.

Der Modellversuch des Sammelsystems „Gelbe Tonne plus“ zeigt, dass dies erfolgreich möglich ist. In Verbindung mit der Orange Box der BSR muss eine Wertstoffsammlung aus einer Hand berlinweit angeboten werden.

Standort des Verkehrsstroms

Elektromobilität ist einer der Wachstumsbereiche der näheren Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, in der Stadt nicht nur eine möglichst große elektrische Fahrzeugflotte zu haben, sondern einen Teil des Herstellungsprozesses aller Elektrofahrzeuge nach Berlin zu holen. Viele technische Probleme der E-Mobility sind ungelöst. Berlin bietet mit seiner guten wissenschaftlichen Struktur eine gute Basis, anwendungsorientierte Forschung, gekoppelt mit ersten Produktionsstandorten, zu betreiben. In Berlin wurde Ende des 19. Jahrhunderts die Batterie erfunden, jetzt soll Berlin wieder zum Standort für die Batterie werden, mit der die Elektromobilität der Zukunft realisiert wird. Wir wollen sicherstellen, dass in Berlin der Strom für Elektrofahrzeuge aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Darum müssen wir für den Aufbau der nötigen Infrastruktur private Investoren für Berlin gewinnen.

Um die Kompetenzen nicht nur virtuell zu bündeln, sprechen wir uns für den Flughafen Tegel als künftiges E-Mobility-Zentrum für Berlin aus. Dort gibt es genug Raum, um Wissenschaft und Wirtschaft an einem Standort zu bündeln und zugleich mit in den in der näheren Umgebung ansässigen Unternehmen Kooperationsbeziehungen aufzubauen. Zur Elektromobilität gehören für uns aber nicht nur Elektroautos, sondern auch Straßen- und Eisenbahnen. Die in diesem Bereich in Berlin vorhandenen Kompetenzen wollen wir ebenfalls stärken, denn öffentlicher Personennahverkehr benötigt innovative und zuverlässige Fahrzeuge, die Energie sparen und unsere Umwelt schonen.

2.2 Neue Qualität der Dienstleistungen

Bedarf an guter Arbeit gibt es aber nicht nur im industriellen Bereich, sondern auch bei den „Dienstleistungen“. Hier gibt es viel zu tun, also viel Arbeit, die den BürgerInnen zu Gute kommt. Wir wollen auch in diesem Bereich dafür sorgen, dass gute Arbeitsbedingungen herrschen und die Menschen von ihrem Einkommen leben können. Packen wir's an!

Hinzu kommt, dass Dienstleistungen und Produktion oftmals eng zusammenhängen. Dem Produkt folgt die Dienstleistung, aber die Dienstleistung formt das Produkt durch Ideen und Kreativität.

Viele Berliner Unternehmen setzen bereits erfolgreich auf Diversity-Management. Wir begrüßen diese Entwicklung und werden uns dafür einsetzen, dass sich noch mehr Berliner Firmen der Charta der Vielfalt anschließen. Auch die öffentlichen Unternehmen der Stadt wollen wir hierfür fit machen. Wir sind überzeugt: Das stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit und erhöht ihren wirtschaftlichen Erfolg.

An der Zukunft arbeiten: Betreuung und Bildung

Wir wollen Arbeitsplätze dort befördern, wo der gesellschaftliche Bedarf liegt. Deshalb werden wir für eine verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur sorgen, die die Eltern wirklich entlastet. Auch hier gibt es viel zu tun. Wir müssen weitere Erzieherinnen und Erzieher einstellen und Eigeninitiativ-Kitas bei ihrer Gründung unterstützen. Zudem wollen wir für eine bessere Verknüpfung von Arbeits- und Familienwelt sorgen, indem wir die vielfältigen Initiativen für familienfreundliche Unternehmen unterstützen. Dieses Thema muss beim Austausch zwischen Politik und Wirtschaft immer wieder auf der Agenda stehen.

Arbeit in der alternden Gesellschaft

Wir alle werden immer älter. Die durchschnittliche Alterserwartung steigt. Die Menschen sind auch im Alter gesünder und leistungsfähiger als frühere Generationen. Dies ist eine völlig neue Situation. Für einen erfolgreichen längeren Verbleib im Arbeitsmarkt ist der Gesundheitszustand ausschlaggebend. Deshalb müssen Arbeitsförderung und Gesundheitsförderung eng miteinander verzahnt werden. Insbesondere für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in gesundheitlich belastenden Berufen brauchen wir zudem sozialverträgliche Lösungen, die einen reibungslosen Berufswechsel, einen früheren Ausstieg oder einen fließenden Übergang in die Rente ermöglichen. Mit Investitionen in Qualifizierung, Gesundheitsförderung, altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine bessere Vermittlung älterer Arbeitsloser wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die ein längeres Berufsleben und eine tragfähige Kultur der Altersarbeit ermöglichen.

Gleichzeitig wird der Bedarf an Pflegekräften steigen. Alle Pflegekräfte müssen mehr Wertschätzung erfahren. Das schließt eine faire Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einen besseren Personalschlüssel und mehr Zeit für die zwischenmenschliche Begegnung ein. Pflegekräfte brauchen ein breiteres Angebot zur Fort- und Weiterbildung. Wir brauchen ein abgestuftes und durchlässiges Ausbildungssystem, in dem jede und jeder eine Chance bekommt. Dafür setzen wir uns ein.

Kreativ und produktiv

Die Medien-, Informations- und Kreativbranchen gehören zu Berlins größten Wirtschaftszweigen. Berlin ist die Stadt der Kreativen, hier entsteht Kreatives. Zur Kehrseite gehört auch der hohe Anteil der prekär Beschäftigten in dieser Branche.

Kreativität lebt von Experimenten, sie braucht Freiheit. Wir wollen die Kreativen unterstützen, ohne sie einzuengen. Nicht alle streben nach einer Festanstellung – aber viele nach einem guten Einkommen und sozialer Sicherheit. Dies wollen wir unterstützen, u. a. indem wir die Kreativität als treibende Kraft wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und sozialer Innovationen in Berlin nutzen. Dazu werden wir die Kreativwirtschaft als Produzent wissenschaftlicher, kreativer, designorientierter Waren und Dienstleistungen stärker mit der Industrie verknüpfen. Um sie auch als unerschöpfliche Ressource für die Green Economy zu mobilisieren, möchten wir Orte und Netzwerke schaffen, damit durch interdisziplinäre Kontakte die Industrie von den kreativen Impulsen im Hinblick auf Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit profitiert und die Märkte für die Kreativwirtschaft wachsen.

Im Übrigen plädieren wir für die Förderung auf Augenhöhe mit anderen Branchen. Berlin braucht einen Kreativwirtschaftsfonds, der diesen Namen verdient. Ein dazu installierter Kreativbeirat wird dafür Sorge tragen, kreative Dienstleistungen auch über die Kommunikations- und Informationstechnologien hinaus in ökonomische Sphären zu übersetzen. Ein weiterer Schritt ist der vereinfachte Zugang zu Mikrokrediten und Messerförderung. Wir möchten bestehende Netzwerke unterstützen, insbesondere durch eine Professionalisierung.

Wir schaffen gemeinsame Orte für Kreative, Freie und Selbstständige aus anderen Berufsfeldern. Gemeinsam mit den Förderinstitutionen für die Kreativwirtschaft und privaten Akteuren wollen wir Berlin als Standort für die Computerspiele-Industrie stärken. Gerade in Berlin bildet sich eine engagierte Szene aus erfolgreichen Unternehmen, Einrichtungen und Bildungsstätten. Wir wollen die Verbreitung der Verwendung von Creative-Commons-Lizenzen oder vergleichbarer Lizenzen fördern.

Im Mittelpunkt steht der Mensch – Gesundheitswirtschaft mit klaren Strukturen

Ein weiteres Zukunftsfeld ist für uns nach wie vor die Gesundheitswirtschaft. Eine große medizinische Versorgungsdichte, eine starke Grundlagen- und klinische Forschung, Hochleistungsmedizin der Charité, Pharmaunternehmen bis hin zur Medizintechnik und nicht zuletzt die Nähe zur Politik – Berlin ist als Standort für die Gesundheitswirtschaft außerordentlich attraktiv. Das spiegelt sich u. a. in der großen Anzahl der in diesem Feld tätigen Unternehmen sowie der Anzahl der Beschäftigten wider. Doch auch in diesem Sektor liegen Schätze vergraben. Wesentliche politische Weichenstellungen hat Rot-Rot bislang versäumt bzw. vertagt. Das Cluster „Gesundheit“ ist gut aufgestellt, aber es wird an Stabilität und Dynamik verlieren, wenn die wesentlichen Strukturfragen für die Charité und Vivantes nicht umgehend geklärt werden.

Der Senat ist nicht in der Lage, für das Land Berlin die Verantwortung als Eigentümer der beiden großen Krankenhausträger auszuüben. Er ist nicht in der Lage, eine eigene Strategie für beide Häuser zu entwickeln und sie in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Derzeit sind drei Senatsverwaltungen mit unterschiedlichen Interessen mit der Leitung und Steuerung befasst. Exzellente Forschung und eine gute klinische Versorgung unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit sind nur bei Steuerung aus einer Hand gewährleistet. Wir wollen mit den Betroffenen dazu ein Modell entwickeln. Neue Verwaltungsstrukturen gewährleisten zügige Entscheidungen für den Gesundheitsstandort – davon profitieren Unternehmen, die Wissenschaft und auch die Patientinnen und Patienten. Für uns Grüne gehören zur Gesundheitsstadt Berlin aber nicht nur neue Technologien, die Gesundheitstechnik und Krankenversorgung. Das Gesundheitscluster muss durch einen deutlichen

Schwerpunkt in den eher ganzheitlich orientierten Bereichen Public Health und Prävention ergänzt werden.

Die Reise nach Berlin

Immer mehr Menschen entscheiden sich für Berlin als Reiseziel. Davon profitiert nicht nur die klassische Tourismusindustrie, sondern die ganze Stadt insgesamt: Im vergangenen Jahr haben Berlins Touristen so viel ausgegeben, dass rund 200.000 BerlinerInnen davon ihr Einkommen bestreiten könnten. Tourismus ist ein wichtiger und vor allem breit wachsender Wirtschaftszweig in Berlin. Wir werden dafür sorgen, dass Berlin als Tourismusmagnet für alle attraktiv bleibt – für die, die hier leben, und für die, die es besuchen. Wir wollen gemeinsam mit den anderen Akteuren der Stadt ein Tourismuskonzept erarbeiten, mit dem wir auch das Entstehen weiterer Übernachtungsmöglichkeiten gezielt steuern wollen.

Ökosiegel für den Tourismus

Ein weiterer Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins ist der Tourismus. Auch für dieses Wirtschaftsfeld entwickeln wir unter dem grünen Leitbild eine Nachhaltigkeitsstrategie. Klimaschutz, Energieeffizienz und schonender Ressourcengebrauch sind ebenso Bestandteile eines nachhaltigen Tourismuskonzepts wie der Ausgleich zwischen berechtigten Interessen der Berlinerinnen und Berliner, die in den touristisch besonders attraktiven Teilen Berlins leben, und den Gästen unserer Stadt. Auch hier kann Berlin Vorreiter für eine neue Entwicklung werden. Besonders im Kongressgeschäft steigt die Nachfrage nach sogenannten „Green Meetings“. Im Bereich der An- und Abreise sowie bei der Fortbewegung in der Stadt setzen wir auf nachhaltige Verkehrssysteme und wollen auch hier den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität voranbringen. Nachhaltige Gastronomie, die auf regionale Produkte

setzt, nachhaltige Hotellerie, die an Ökologie mehr zu bieten hat als die Mehrfachnutzung der Handtücher, und nicht zuletzt die Messen, Kongresse etc. bieten viel Spielraum für ökologische Kreativität. Mit einem Ökosiegel, das sich an den von dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) mitentwickelten globalen Kriterien orientiert, wollen wir den Wert des nachhaltigen Tourismus über die Stadtgrenzen hinaus bekannt machen.

2.3 Kreative Berliner Wirtschaft braucht kreative Partner in der Verwaltung

Wir wollen nicht nur Touristen, sondern auch Investoren überzeugen, nach Berlin zu kommen. Dafür müssen wir unsere Ressourcen anpreisen und uns als verlässlichen Partner präsentieren. Die beste Imagepflege ist das Lob der bereits ansässigen Unternehmen. Deshalb müssen wir auch deren Vertrauen in die Berliner Wirtschaftspolitik und die Verwaltung stärken. Berlins Wirtschaft ist kreativ – wir wollen auch der Verwaltung ermöglichen kreativ zu sein. Moderne Wirtschaftsverwaltung räumt Hindernisse aus dem Weg und unterstützt Menschen und Unternehmen, die diese Stadt voranbringen wollen.

Dialog von Wirtschaft und Verwaltung

Unser Angebot für die Zukunftsfelder Berlins: intelligente und effiziente Strukturen, auf denen sie gründen und die sie intern und extern verknüpfen. Moderne Wirtschaftsverwaltung muss Dienstleistung aus einer Hand bieten. Egal, ob Unternehmen eine zentrale Anlaufstelle für die Stadt aufsuchen oder die lokalen Ansprechpartner im Bezirk vorziehen: Die gesamte Kompetenz der Verwaltung steht auf allen Zugangswegen zur Verfügung. Sie steuert, lenkt und setzt kreative Kräfte frei –

statt sie wie bisher zu blockieren. Es gilt, die vorhandenen Strukturen in unserer Stadt zu bündeln und an den Bedürfnissen der Wirtschaftsakteure auszurichten. Wir binden Wirtschaftsakteure von allen Ebenen – kleine Gewerbetreibende und Großunternehmen, Selbstständige und Mittelstand – in der Stadt in diesen Prozess ein. Der Dialog von Wirtschaft und Verwaltung ist bei uns kein Zufall, sondern Gesetz, und hat System. Nur durch einen regelmäßigen Austausch können wir gegenseitig Hilfe leisten und voneinander lernen.

Innovationsförderung ist die enge wissenschaftliche Verzahnung mit der Wirtschaft und deren Know-how. Hochschulabsolventinnen und -absolventen sollen in der Stadt gehalten werden – dazu müssen wir sie rechtzeitig auf ihre künftigen Arbeitsplätze und Gestaltungsräume aufmerksam machen.

Berlin wird Gründungshauptstadt

Berlin muss Gründungshauptstadt werden. Die grüne Revolution kann die öffentliche Hand nicht allein bewältigen. Eine Stadt für alle – dazu brauchen wir Menschen, die den Wandel unterstützen. Dazu gehören Mut und Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer. Die größten Gründungsquoten haben wir bereits unter den Migrantinnen und Migranten, doch es ist noch mehr drin. Kulturelle Vielfalt, alternative Modelle der Arbeitsorganisation und neue Unternehmensformen bereichern schon heute die Berliner Wirtschaft. Wir wollen dafür sorgen, dass durch besseren Zugang zu den Fördermöglichkeiten und Weiterbildungsmaßnahmen und nicht zuletzt durch eine aufgeklärte Verwaltung Hürden überwunden werden. Wir wollen unternehmerische Kompetenzen und Unternehmensgründungen von Frauen gezielt fördern. Allen Gründerinnen und Gründern, ob jung, ob alt – ob deutsch oder anderer Herkunft, öffnen wir die Türen, bieten Anerkennung und finanzielle Unterstützung. Es bedarf einer niedrigschwelligen

Anlaufstelle, die Kompetenzen bündelt und während der notwendigen administrativen Prozesse konstruktiv begleitet. Wir werden den Mentalitätswechsel vorantreiben – von der Schule über die Ausbildung bis zur Verwaltung.

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Ein weiterer Schlüssel liegt in der öffentlichen Beschaffung. Öffentliche Hand und landeseigene Unternehmen kaufen jährlich für etwa 4 Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen von Unternehmen ein. Mit unseren Anforderungen an ökologische Qualität und nachhaltige Produktion dieser Güter können wir gezielt einen Beitrag zum Umbau unserer Wirtschaft leisten und Vorbild sein. Wohnungsbaugesellschaften als Vorbilder für energetische Sanierung, die BSR als grüne Expertin der Kreislaufwirtschaft, die öffentliche Verwaltung als Umsetzer von Green IT, die BVG als ein Kernstück der neuen Mobilität – wir haben viele starke Akteure, die es zu nutzen gilt. Ergänzend dazu richten wir ein Monitoring für grüne Beschaffung ein, wodurch wir für Transparenz sorgen und handhabbare Anleitungen für die Unternehmen geben. Wir wollen prüfen, ob wir das sogenannte Schweizer Vergabemodell, bei dem das teuerste und billigste Angebot bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden, übernehmen.

Haus der Wirtschaft – Unternehmensservice an einem Ort

Stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmerin oder Unternehmer und suchen nach einem geeigneten Standort für Ihre Investition und nach finanzieller Unterstützung. Oder Sie möchten ein Unternehmen gründen, Sie brauchen eine bessere Verkehrsanbindung für Ihr Unternehmen, Sie suchen nach einem Partner für die nächste Messe, Ihr Umbau wirft Denkmalschutzfragen auf... Kein Problem – kommen Sie zu uns – ins Haus der Berliner Wirtschaft. Hier finden Sie offene Ohren, gebündelte

Beratungs- und Entscheidungskompetenz und moderne Datenverarbeitung. Mehrsprachigkeit ist selbstverständlich. Den Termin können Sie gern auch online buchen. Auf unserer Homepage können Sie sich gern vorab über freie Ansiedlungsflächen und deren Profile informieren.

Im Haus der Wirtschaft werden wir die Verantwortlichen der Wirtschaftsverwaltung aus den Bezirken und dem Senat, Berlin Partner, die Kundenberatung der IBB etc. an einem Ort bündeln. Investoren werden zeitnah, transparent und kompetent mit den wichtigsten Informationen versorgt und in ihren Bemühungen, Wirtschaftskraft in Berlin zu mehren, tatkräftig unterstützt.

2.4 100.000 neue Jobs

Eine Milliarde Euro an Investitionen bringt 25.000 neue Arbeitsplätze, ein neuer Arbeitsplatz in der Industrie zieht drei weitere im Dienstleistungsbereich nach sich, 1,5 Prozent Wachstum erhöhen die Zahl der Erwerbstätigen um 1 Prozent. In den nächsten zehn Jahren werden allein in Deutschland 235 Milliarden Euro in Anlagen zur Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien investiert werden. Davon muss einiges nach Berlin fließen. Berlin hat so viele Potentiale und Talente. Jede noch so erfolgreiche Wirtschaftsregion beneidet uns um mindestens zwei Dinge: unser außerordentliches Flächenangebot und die vielen kreativen Menschen, die in Berlin arbeiten wollen. Nicht nur riesige Flächen liegen brach – auch viele Talente.

Dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sind und die Umweltbranche – die Green Economy – längst Beschäftigungsmotor in Deutschland ist, hat sich schon herumgesprochen. In Berlin gibt es 42.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich, die

Branche wächst jedes Jahr um zehn Prozent. Allein in diesem Bereich könnten in den nächsten fünf Jahren 20.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstehen. Deshalb setzen wir auf die Green Economy als dauerhafte Verknüpfung von ökonomischem und ökologischem Erfolg.

Besondere Chancen sehen wir im Mobilitätssektor. Berlin bietet bereits Einzigartiges – ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem, nur ein Drittel der Bevölkerung nutzt ein eigenes Auto, Kompetenz und Produktionsstrukturen im Fahrzeugbau. Das sind einzigartige Voraussetzungen, um zum Leitmarkt für Elektromobilität zu werden. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien und Energietechnik sowie der Wasser- und Kreislaufwirtschaft stecken noch enorme Entwicklungspotentiale für Berlin.

Wenn Berlin seine Chancen ergreift, können wir zur Modellstadt der grünen Industrialisierung werden – dem Platz, an dem mit neuen, ressourcenschonenden Produktionsmethoden für Klimaschutz und mit den Technologien der Zukunft produziert wird. Wir sind überzeugt, dass sich dieses Ziel durch die grüne Industrialisierung und die Transformation bestehender Unternehmen erreichen lässt. Berlin braucht einen Innovations-schub und soll der Ort sein, an dem ökologische Modernisierung sichtbar wird. Hinzu kommt das große Potential an neuen Dienstleistungen, das wir entfalten wollen. Berlin ist international anerkannt, DIE Stadt der Kreativwirtschaft. Über 25.000 Unternehmen erwirtschafteten 2009 18,3 Milliarden Euro mit ca. 121.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Der Bereich wird weiter wachsen. Hier werden 10.000 weitere neue Arbeitsplätze entstehen.

Auch im Tourismus rechnen wir mit mindestens 10.000 neuen Arbeitsplätzen.

Gerade in den sozialen Dienstleistungen entscheidet sich, wie wir im zukünftigen Berlin zusammen leben werden.

In Bildung und Betreuung, Gesundheit und Pflege können weitere Arbeitsplätze entstehen. Die 100.000 sind machbar – qualifiziert und angemessen bezahlt.

Energetische Sanierung

Schon allein im öffentlichen Gebäudebestand besteht ein Investitionsbedarf für energetische Sanierung von mehreren Milliarden Euro – von der Wärmedämmung, der Umstellung auf Erdwärme bis zur Installation von Solardächern oder modernen Heizungsanlagen. Wir wollen Investitionsmittel bündeln. Bei einer Investition von einer Milliarde Euro entstehen ca. 25.000 Arbeitsplätze. Die Sanierung schafft Jobs bei Baufirmen, Dach-deckerbetrieben und Heizungsinstallationsfirmen – bietet aber auch Wachstumschancen für das produzierende Gewerbe, da in Berlin Solarmodule, Dämmstoffe und Heizungsanlagen hergestellt werden.

Wer in Berlin grün wählt ...

- stimmt für einen wirtschaftlichen Aufbruch zum Wohle aller, die hier leben.
- schafft 100.000 neue zukunftsfeste Jobs in Industrie und qualitativen Dienstleistungen.
- unterstützt die grüne industrielle Revolution, die Klimaschutz fördert und Arbeit schafft.
- stimmt für eine moderne Wirtschaftsverwaltung, die Wege öffnet, anstatt sie zu verbauen.
- macht die öffentliche Hand zum Vorbild für sozial verantwortliches und nachhaltiges Wirtschaften.

*„Städte lassen sich an ihrem
Gang erkennen wie Menschen.“
(Robert Musil)*

3. Lebenswertes Berlin

Gerechtigkeit geht weiter

„Eine Stadt für alle“ meint ein lebenswertes Berlin für alle. Eine Stadt, in der alle gut leben können, braucht eine neue Wohn- und Stadtentwicklungspolitik, braucht eine neue Politik des öffentlichen Raums als Orte des Zusammenlebens und der Teilhabe. Lebensqualität entscheidet sich an Mietpreisen, daran, wie wir wohnen, und an der Entwicklung unseres Viertels. Wir wollen ein Miteinander und keine soziale Verdrängung. Der Politik fehlte in den letzten Jahren der Kompass für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt. Es gab keine aktive und kreative Stadtplanung, keine Impulse in der Stadterneuerung und keine gezielte Wohnungspolitik. Wir wollen das ändern. Berlin braucht endlich eine umfassende Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Das Engagement für Lebensqualität, lebenswerte Umwelt und sozialen Zusammenhalt ist ein Markenzeichen grüner Stadtpolitik.

Ein lebenswertes Berlin braucht Umweltgerechtigkeit, nach der alle vor Lärm geschützt sind und Berliner Luft zum Atmen haben, die auch sauber ist. Umweltschutz ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Wenn wir in einigen Jahren endlich wieder in der Spree baden können – dann ist Berlins Umbruch in der Umweltpolitik gelungen. Und Berlin braucht eine aktive Politik für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Damit endlich Licht in den Dschungel der Produkte und Angebote kommt.

Ein lebenswertes Berlin braucht umweltverträgliche und barrierefreie Mobilität. Unser Ziel ist es, dass alle gut ans Ziel kommen – ohne das Klima zu zerstören oder andere zu belästigen. Eine lebenswerte Stadt braucht zudem Sicherheit vor Gewalt – und es sind gerade die Einkommensschwächeren, die darunter leiden. Hier zu echten Fortschritten zu kommen, statt aus der Angst vor Kriminalität politisches Kapital schlagen zu wollen, ist Ziel bündnisgrüner Politik.

3.1 Berlin bleibt zusammen: soziale Stadtentwicklung

Wir wollen Wohnungspolitik und Stadtentwicklung wieder in den Dienst der Menschen stellen, die hier leben. Dem sozialen Auseinanderfallen der Viertel werden wir nicht weiter tatenlos zusehen. Eine gestaltende Wohnungspolitik, die bezahlbare Wohnungen sichert und teilweise wieder neu schafft, ist in Berlin überfällig.

Das Programm „Soziale Stadt“ mit den Quartiersmanagements leistet für die soziale Stabilisierung und den Aufbau von nachbarschaftlichem Zusammenhalt einen wichtigen Beitrag. Es kann aber nicht allein die sozialen Probleme im Stadtteil lösen. Die vom Senat eingeführten „Aktionsräume Plus“ binden viel Geld ohne irgendein inhaltliches Konzept. Das wollen wir ändern. Wir werden die Bezirke mit sozialen Brennpunkten nicht allein lassen. Berlin braucht eine Gesamtstrategie zur sozialen Stärkung benachteiligter Stadtteile und eine verbindliche Zusammenarbeit der zuständigen Senatsverwaltungen. Mit einer verbindlichen Sozialraumorientierung, einer präzisen Sozialplanung und einer verlässlichen Finanzierungsstruktur können wir dies erreichen. Damit kann auch auf kleinteilige soziale Verwerfungen in Wohnquartieren und Nachbarschaften angemessen reagiert werden.

Berlin nachhaltig gestalten heißt: unsere Stadt zukunftsfähig machen

Unser Leitbild heißt „Soziale Stadt im Klimawandel“. Berlin hat gute Voraussetzungen, die Stadt gleichermaßen sozial und barrierefrei wie klima- und umweltverträglich zu entwickeln. Wir wollen urbane Dichte mit viel Grün verbinden, soziale Vielfalt, Barrierefreiheit und eine gute Nutzungsmischung in unseren Stadtteilen erhalten und schaffen. Es gilt, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen und gleichzeitig die Stadt attraktiv für junge Familien und Kinder zu machen. Daher unterstützen wir den Trend zum Wohnen in der Innenstadt. Für uns gilt: Auch in zentralen Lagen brauchen wir Wohnquartiere.

Wir wollen öffentliche Räume zu Orten der Begegnung und des Zusammenlebens machen. Lebensqualität entscheidet sich auf den Plätzen und Straßen, in Parks und auf Spielplätzen, in Jugend- und Kultureinrichtungen. Aktiver Denkmalschutz, gute Architektur und Stadtbildpflege gehören dazu.

Grüne Politik achtet und fördert die Anliegen des Denkmalschutzes und bewahrt unser baukulturelles Erbe. Im Konflikt mit der notwendigen energetischen Modernisierung unseres Gebäudebestandes sind neue Lösungsansätze zu entwickeln. Berlin wird mit uns der Vielfalt der Stadtteile, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern sowie dem kleinteiligen Gewerbe neue Zukunft geben. Wir werden die Städtebauförderung räumlich stärker konzentrieren, ökologisch ausrichten und auch für die Förderung von einzelnen, besonders sozialen und ökologischen Wohnprojekten einsetzen. Berlin kann so zum Modell für sozial verträgliche, barrierefreie, energetische Quartierserneuerung gemacht werden. Mit vorbildlich modernisierten Schulen und Kitas und konzentrierter energetischer Gebäudesanierung können wir eine soziale Klimahauptstadt werden.

Planungs- und Baukultur neu beleben

An zu vielen Ecken und Enden planen Senat und Bezirke gleichzeitig neue Quartiere, Einkaufszentren, Hotels, Büro- und Gewerbeflächen. Leerstand und Überangebote an Bauflächen am Alex und am Hauptbahnhof, an der Heidestraße, im Mediaspree-Gebiet und in der Luisenstadt behindern sich gegenseitig. Die Ödnis um den Hauptbahnhof ist ein erschreckendes Beispiel. Sie ist eine schlechte Begrüßung für alle Besucherinnen und Besucher Berlins.

Wir setzen auf eine Planungskultur, die einen klugen Interessensausgleich von Gemeinwohl und Investitionswünschen sucht. Die gewachsenen Einkaufsstraßen dürfen nicht geschwächt, Nachbarschaftsrechte nicht ausgehebelt, kleinteiliges Gewerbe darf nicht verdrängt werden. Der aktuellen Flut von Spielhallen in unseren Kiezen müssen Grenzen gesetzt werden.

Klare städtebauliche Prioritäten setzen

Der Alex ist als Zentrum des Ostens zu stärken. Er soll aber nicht länger auf unrealistische Hochhausbauten warten. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir Wege suchen, die Plätze und Platzräume der Berliner Altstadt, den Spittelmarkt, Petriplatz und Molkenmarkt wieder sichtbar zu machen. Das Rathausforum, die Fläche zwischen Fernsehturm und Spree, soll unbebaut bleiben. Eine neue Flächengestaltung soll an den Altstadtgrundriss erinnern. Die City West ist mehr als Shopping. Wir wollen sie auch als Standort für Dienstleistungen und Kultur, Wohnen, Freizeit und nachhaltigen Tourismus stärken. Für das Tempelhofer Flughafengebäude suchen wir eine tragfähige Nachnutzung. Tegel wird ein guter Standort für Zukunftstechnologien. Aber die unversiegelten Freiflächen wollen wir für Grünanlagen und Klimaschutz erhalten.

Stadtverträgliche Grundstückspolitik

Unter Rot-Rot hat der Liegenschaftsfonds eine einseitig auf Höchstgebote zielende Grundstücksvergabe betrieben. Das wollen wir ändern. Beim Verkauf öffentlicher Grundstücke wollen wir Infrastruktur und Wohnungsbedarf in den Vordergrund stellen. Die Vergabe muss verknüpft werden mit sozialen, wohnungspolitischen, ökologischen und baukulturellen Zielen. Um die Wirtschafts- und Eigentümergeviertel unserer Stadt zu stärken, sollen bei Wohnungsbaugrundstücken auch differenzierte Erbpachtmodelle genutzt werden.

Einmischung erwünscht

Eine Stadt für alle heißt auch, dass alle mitgestalten können. Ob Mediaspree, Autobahnbau oder Landwehrkanal: Die BerlinerInnen haben die rein formale Bürgerbeteiligung satt, die alle unbequemen Forderungen sofort beiseite schiebt. Gute Bürgerbeteiligung braucht gleiche Augenhöhe. Wir werden in allen Bezirken für rechtzeitige und wiederholte umfassende Informationen sorgen. Ein Bürgerdialog funktioniert nur, wenn er vor Ort stattfindet. Ob Mediationen, runde Tische oder Sonderausschüsse: Wir Bündnisgrüne haben in der Vergangenheit viele neue Beteiligungsformen angestoßen und werden dies auch in Zukunft weiter tun. Verhandlungen über die Gestaltung des Mediaspree-Gebiets, über den Gendarmenmarkt oder die Oderbergerstraße zeigen, dass eine ernsthafte Einbeziehung der Zivilgesellschaft oft ein steiniger Weg ist. Aber er lohnt sich!

Internationale Bauausstellung „Soziale Stadt im Klimawandel“

Das Tempelhofer Feld hat sich zu einem Park der tausend Möglichkeiten entwickelt. Der Senat plant am Rand des Tempelhofer Feldes eine Internationale Bauausstellung (IBA). Diese darf aber nicht wie ein Ufo auf der Fläche landen. Das Tempelhofer

Feld soll im Wesentlichen eine große Parklandschaft werden und darf keinesfalls innerhalb des existierenden Parkway-Rings bebaut werden. Die IBA soll den Schwerpunkt auf die Quartiere im angrenzenden Nord-Neukölln legen und zukunftsweisende Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen der großen Städte geben. Dazu zählen Klimawandel, Bildung und Jugendpolitik, Integration und sozialer Zusammenhalt. Eine ökologisch und sozial ausgerichtete IBA bietet die Chance, die Aufwertung, die durch die Öffnung des Tempelhofer Parks ausgelöst wurde, zu steuern und die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung zu verhindern. Die Lösungen müssen gemeinsam mit den angrenzenden Bezirken und den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Wir wollen hier beispielhaft Berlin als soziale Stadt im Klimawandel gestalten.

3.2 Umwelt gemeinsam schützen: ökologische Stadtentwicklung

Gute Umweltpolitik ist eine Frage von Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner. Die billigsten Wohnungen und der höchste Wohnungsleerstand finden sich häufig an Hauptverkehrsstraßen. Damit sind gerade Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen Lärm und Schadstoffen ausgesetzt. Berlin gilt als grünste Hauptstadt Europas und ist auch deshalb Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt. Damit das so bleibt, müssen wir unser Grün besser schützen und die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Vermeidung von Lärm und Feinstaub

„Berliner Luft jibt's nich in Tüten“, tönte früher der Leierkastenmann. Das können auch wir nicht versprechen, aber wir

versprechen, alles zu tun, damit die Berliner Luft sauberer wird. Die EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide werden in Berlin regelmäßig überschritten. Zehn Prozent der Berliner Bevölkerung sind in der Nacht von gesundheitsschädlichem Lärm betroffen – in den allermeisten Fällen Verkehrslärm. An Wohnstraßen mit hoher Lärm- und Feinstaubbelastung benötigen wir deshalb Durchfahrtsverbote für LKWs und Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Fahrzeugflotte der BVG muss vollständig auf den höchsten europäischen Abgasstandard umgestellt werden, der öffentliche Fuhrpark und die Fahrgastschiffe müssen endlich vollständig mit Dieselpartikelfiltern ausgestattet werden. Indem wir umweltfreundlichen Verkehrsmitteln den Vorrang gewähren, verringern wir den Energieverbrauch, die Lärmbelastung und die Luftverschmutzung. Feinstaub entsteht jedoch nicht nur im Verkehr, auch an Baustellen müssen Reduktionsmaßnahmen umgesetzt werden.

Auch im Umfeld der Flughäfen setzen wir uns für konsequenten Lärmschutz ein. Ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr gehört dazu. Um einen ökonomischen Anreiz für einen anwohnerfreundlichen Flugbetrieb zu setzen, sollen die Start- und Landegeühren wie in Frankfurt am Main tageszeitabhängig gestaffelt werden. Der Umgang mit den „neuen“ Flugrouten und die entsprechende Kommunikation waren ein Skandal. Auch über den Wahltag hinaus werden wir nicht lockerlassen und aufklären, wer wann was wusste und ob womöglich wir Berlinerinnen und Berliner und unsere brandenburgischen Nachbarn belogen wurden. Davon unabhängig wollen wir mehr Transparenz und die Einbeziehung der Betroffenen bei der Festlegung der Flugrouten. Dabei muss an erster Stelle die Verkehrssicherheit stehen, dann aber auch der Lärmschutz und somit die Gesundheit der betroffenen BürgerInnen. Gesundheitsgefährdende Belastungen müssen minimiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Flugrouten Berlin und

bewohnte Gebiete in Brandenburg so weit wie möglich umgehen, um die Anzahl betroffener Anwohnerinnen und Anwohner zu minimieren.

Berlin wird grüner werden

Ein Drittel der Gesamtfläche Berlins sind Grünflächen. Das ist das Sinnbild für die hohe Lebensqualität in der Stadt. In Zukunft werden sie wegen des Klimawandels weiter an Bedeutung gewinnen. Grün- und Freiflächen sind die Frischluftschneisen einer großen Stadt. Deshalb wollen wir im Flächennutzungsplan und in der Bauleitplanung Flächen für Grün und Natur auf Dauer freigehalten. Dazu zählen auch die dauerhafte Sicherung der Kleingärten und die stärkere Verankerung des Baumschutzes im Baurecht. Die Bauordnung werden wir ökologisch ausrichten.

Wir setzen uns für eine umfassende Strategie der biologischen Vielfalt, für Arten- und Naturschutz überall in der Stadt ein. Dafür wollen wir Grünzüge sowie Naturflächen in einem Biotopverbund miteinander vernetzen. Wir unterstützen urbane Landwirtschaft, die wachsende Bewegung für Gemeinschaftsgärten und interkulturelle Gartenprojekte. Wir engagieren uns für die Verwirklichung der sieben mit Brandenburg vereinbarten Regionalparks und den Aufbau eines Grüngürtels rund um die Stadt. Unser Ziel ist, im Rahmen einer zukunftsweisenden Planung die zusätzliche Flächeninanspruchnahme schrittweise zu reduzieren.

Wir wollen öffentlichen Raum zum Flanieren, für Spiel und Erholung zurückgewinnen. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger stärker in zukünftige Planungen mit einbeziehen und in ihrem Engagement für ein grünes Berlin unterstützen und fördern. Hierzu sind die Ämter als Partner nötig. Wir setzen uns daher gleichzeitig für eine bessere Personalausstattung in den Ämtern ein.

Neue Bäume für Berlin

Wir werden dem jährlichen Verlust von tausenden von Straßenbäumen ein Ende bereiten und endlich wieder mehr Straßenbäume pflanzen als gefällt werden. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern hierbei wollen wir unterstützen und nicht mit bürokratischen Vorschriften behindern. Dazu gehört eine transparente und frühzeitige Information über geplante Pflege- und Fällmaßnahmen. Gleichzeitig wollen wir eine Grünflächenberatung in den Ämtern installieren, die den Bürgerinnen und Bürgern in der gemeinsamen Pflege und dem Erhalt von Parks, Gartenanlagen, Straßenbäumen und Baumscheiben Hilfestellung bietet.

Uferloses Berlin – nein danke!

Havel, Dahme, Spree: Berlin ist von Gewässern durchzogen. Gerade in der Innenstadt sind die Ufer auch 20 Jahre nach dem Mauerfall auf weiten Strecken nicht überall zugänglich. Wir wollen an Berlins Wasseradern entlang spazieren. In einer Stadt für alle dürfen öffentliche Zugänge zum Wasser nicht verbaut werden. Die 20 grünen Wege durch die Stadt wollen wir aktiv ausbauen, zuallererst die Wege am Spreeufer. Wir wollen die Anstrengungen der Bezirke nicht blockieren, sondern diese darin unterstützen, Berlin zur Wasserstadt zu machen. Mediaspree und die Luisenstadt müssen so gestaltet werden, dass wir im Grünen am Wasser entlang ins Herz der Stadt laufen können.

Baden in der Spree

Keine andere deutsche Stadt verfügt über ein so dichtes Netz an Flüssen und Seen innerhalb und im nahen Umfeld der Stadt. Berlins Gewässer sorgen für ein gutes Stadtklima, sind Lebensraum vieler Tiere und nicht zuletzt wichtig für die Attraktivität der innerstädtischen Erholungsgebiete. Wer möchte nicht auch in der Berliner Innenstadt in eine klare, saubere Spree springen

können? Bisher noch ein Traum, könnte dies durch eine konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Laufe der Jahre Wirklichkeit werden.

Bisher läuft bei starken Regenfällen regelmäßig die Mischwasserkanalisation über und das Abwasser verschmutzt Spree und Kanäle. Rückhaltebecken können kurzfristig das Problem verringern. Langfristig muss jedoch das alte System der Mischkanalisation sukzessive rückgebaut und getrennt werden. Statt Abwasserkanäle und Klärwerke mit dem relativ sauberen Regenwasser zu belasten, wollen wir innovative Konzepte zum Regenwassermanagement und zur Entsiegelung von Flächen fördern.

Berlin hat Trinkwasser von hoher Qualität, weil es direkt vor Ort gewonnen wird. Damit dies so bleibt, ist ein sparsamer Umgang mit Wasser geboten, insbesondere wenn sich in der Region durch den Rückgang von Niederschlägen die Folgen des Klimawandels verschärfen. Wir wollen die Höchstmenge für die Grundwasserförderung regional so festlegen, dass Keller nicht volllaufen und empfindliche Naturräume geschützt sind.

Bärenstark für den Tierschutz

„Eine Stadt für alle“ heißt auch, die Bedürfnisse und Lebensräume von Tieren in unserer Stadt ernst zu nehmen. Auch in Zukunft werden wir uns in enger Zusammenarbeit mit Tierschutzinitiativen und Experten für einen besseren und umfassenderen Tierschutz starkmachen. Wir fördern tierversuchsfreie Forschung und kämpfen für ein Verbot der Wildtierhaltung in Zirkussen. Wir wollen den Berliner Zoo familien- und tierfreundlicher gestalten. Ebenso kämpfen wir gegen Massentierhaltung in der Nutztierindustrie. Schon bevor es ein bundesweit einheitliches Heimtiergesetz gibt, wollen wir in Berlin verbindliche Tierschutzmaßnahmen für Haustiere.

Wie in allen anderen Politikfeldern heißt es auch im Tierschutz: Nur gemeinsam sind wir stark und alle gemeinsam wollen wir den Tieren eine starke Stimme geben. Deswegen fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen.

3.3 Stadt der Verbraucherinnen und Verbraucher

Die Lebensqualität in einer Stadt hängt auch davon ab, was Menschen in ihrem Konsumalltag erleben. Ist in einem Produkt drin, was draufsteht? Wo bekomme ich unabhängige Informationen? Wie kann ich mich gegen Übervorteilung zur Wehr setzen? Berlinerinnen und Berliner mussten sich in den vergangenen Jahren häufig ärgern – über unappetitliche Restaurantküchen, Einschränkungen beim S-Bahn-Verkehr, lästige Werbeanrufe oder überhöhte Energie- und Wasserpreise. Das muss sich ändern! Wer beim Kauf stärker auf ökologische und soziale Kriterien achten will, braucht dafür mehr Informationen und Angebote.

Zurzeit blockieren Geldnot und Verwaltungswirrwarr Fortschritte in der Verbraucherpolitik. Wir wollen eine starke Verbraucherpolitik im Berliner Senat mit Rückhalt in allen Ressorts. Seien Sie sicher: Mit uns Bündnisgrünen kommt die politische Stimme der Verbraucherinnen und Verbraucher ins Rote Rathaus.

Bitte lächeln – Smileys für ganz Berlin

Was grüne Politik auch bei angespannter Haushaltslage erreichen kann, zeigt Pankow mit dem Smiley-Modell: Der Bezirk veröffentlicht das Ergebnis von Hygienekontrollen in Restaurants im Internet und stärkt damit Transparenz, Aufklärung und Wahlfreiheit. Das Smiley-Modell muss schleunigst in einheitlicher Form in ganz Berlin umgesetzt und auf weitere Bereiche auch über den Lebensmittelbereich hinaus ausgedehnt

werden. Die Ergebnisse und Rohdaten müssen für alle öffentlich im Internet zugänglich gemacht werden. Nicht nur, wenn es um Lebensmittel geht, müssen grundsätzlich mehr Kontrollen stattfinden. Dafür ist mehr Personal, aber auch ein besser abgestimmtes Vorgehen der einzelnen Bezirke nötig.

Bei der Neuvergabe von Pachtverträgen für öffentliche Mensen und Kantinen und bei der Ausschreibung von Schulernährung wollen wir den Anteil von biologisch angebauten und fair gehandelten Produkten erhöhen. Ebenfalls wollen wir das Angebot veganer und vegetarischer Kost erweitern. Wir setzen uns für die Vermarktung von Produkten aus der Region, der ökologischen Landwirtschaft und dem fairen Handel ein.

Wir streiten auf allen politischen Ebenen für eine bessere Lebensmittelkennzeichnung – z. B. durch die Nährwertampel – sowie für gentechnikfreie Produkte und eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen eine länderübergreifende Initiative starten, damit Berlin und andere Bundesländer dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beitreten.

Städteinitiative „Kühlschrank ohne Gentechnik“

Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher will kein Genfood auf dem Teller – auch nicht in Berlin. Deshalb starten wir die Städteinitiative „Kühlschrank ohne Gentechnik“. Gemeinsam mit anderen Großstädten stärken wir die Nachfrage nach gentechnikfreien Produkten, z. B. durch eine Selbstverpflichtung, in städtischen Einrichtungen wie Kitas oder Kantinen und bei städtischen Veranstaltungen nur gentechnikfreie Lebensmittel zu verwenden.

Gut informiert und beraten – von Finanzen bis Gesundheit

Gute Verbraucherpolitik zeichnet sich durch unabhängige Information und gute Beratung aus. Wir wollen Beratungsangebote wie z. B. die Schlichtungsstelle Nahverkehr oder die

Behördenrufnummer 115 bekannter machen. Zugleich muss die Finanzierung von Verbraucherverbänden und anderen unabhängigen Beratungsangeboten sichergestellt werden. Wir wollen die Daten wie jene der Lebensmittel-, der Gesundheits- und der Gewässerkontrollen sowie die Fahrpläne der Verkehrsbetriebe computerlesbar veröffentlichen, damit kreative Menschen mit diesen Daten zum Beispiel Fahrplananwendungen oder Badensee-Orientierungshilfen zum Nutzen aller programmieren können. Behörden- und Landesbetriebsdaten sind nämlich Daten aller Berliner. Daher sollten beispielsweise auch Kita-Qualitätsberichte und ähnliche Statistiken grundsätzlich veröffentlicht werden.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich für eine Stärkung der Rechtsdurchsetzung, Verbraucherberatung und –aufklärung bei den Themen Datenschutz, Informationsgesellschaft und Internet ein. Wir fordern, dass die Aufsichtsbehörden, aber auch die Verbraucherzentrale Berlin in diesen Fragen eine stärkere Rolle übernehmen.

Immer mehr Berlinerinnen und Berliner sind tief verschuldet und gehen in die Verbraucherinsolvenz. So weit muss es nicht kommen. Wir wollen frühzeitig Wege aus der Überschuldung anbieten und die Schulden- und Insolvenzberatungsstellen bedarfsgerecht ausbauen.

Größere Aufmerksamkeit verdienen auch die Rechte von Patientinnen und Patienten. Viele wissen nicht, dass sich die medizinische Versorgung an ihren Interessen ausrichten muss. Um die Rechte der Berlinerinnen und Berliner im Falle einer Erkrankung zu stärken, wollen wir Patientenberatungsstellen angemessen fördern und das Amt von Patientenbeauftragten stärken. Die Anforderungen an Patientenfürsprecher und -fürsprecherinnen in Krankenhäusern sollen so konkret sein, dass sie ihre Funktion zielgerichtet ausüben können.

3.4 Mobile Stadt

Nachhaltige Mobilität für alle

Wir Grüne wollen Berlin zu einer Vorzeigemetropole für klimafreundliche Mobilität entwickeln und eine Mobilität für alle ermöglichen, mit der die Zahl der Unfälle mit Toten und Verletzten auf null sinkt.

Wir wollen ein Mobilitätsangebot, das sicher, verlässlich und ohne Angst genutzt werden kann. Wir werben dabei für eine Mobilitätskultur der gegenseitigen Achtsamkeit im Verkehr. Die Autonutzung insbesondere in der Innenstadt ist seit Jahren rückläufig, denn viele Berlinerinnen und Berliner sind in den letzten Jahren auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad umgestiegen. Diesen Trend wollen wir weiter stärken. Denn weniger Autoverkehr in der Innenstadt heißt bessere Luft, weniger Lärm und mehr Platz für alle. Das ist auch eine soziale Frage: Unter lauten, gesundheitsschädlichen Hauptstraßen und Autobahnen leiden viele Berlinerinnen und Berliner, insbesondere die mit geringem Einkommen. Mobilität ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Dennoch sind die notwendigen Kosten der Mobilität für viele Menschen nicht aufzubringen. Der Preis des Berliner Sozialtickets übersteigt beispielsweise die Regelleistungen für Mobilität. Daran muss sich etwas ändern – auf Bundesebene streiten wir Bündnisgrüne für eine angemessene Erhöhung der Regelsätze, z. B. beim Arbeitslosengeld II (ALG II). Auch in Berlin suchen wir nach einem Ausgleich, um für alle Menschen ausreichende Mobilitätsangebote zu ermöglichen. Daher wollen wir als ersten Schritt verschiedene Maßnahmen prüfen, wie etwa kostenlose Fahrten für ALG-II-EmpfängerInnen und ihre Kinder in eingeschränkten Geltungszeiträumen außerhalb des Berufsverkehrs. Außerdem soll der Preis des „Schülertickets“ für diese Kinder gesenkt werden. Angesichts der großen Kinderarmut in

Berlin ist eine rasche Lösung für Kinder und Jugendliche besonders dringend, um die Teilnahme an schulischen, aber gerade auch außerschulischen Aktivitäten sicherzustellen. Aber auch für Menschen mit geringem Einkommen, etwa Personen mit Anspruch auf Wohngeld, wollen wir Teilhabe durch Mobilität ermöglichen und prüfen daher die Vergünstigungen des „berlinpasses“.

Wir wollen die Alternativen zum Privatauto attraktiver machen, um noch mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen. Vor allem wollen wir den Berlinerinnen und Berlinern ein noch besseres öffentliches Mobilitätsangebot machen. Der Schlüssel dazu liegt in der optimalen Verknüpfung aller Verkehrsarten: Busse und Bahnen, Radfahren und Zufußgehen, Auto, Taxi und Car-Sharing-Netze. Wir wollen bessere und einfachere Übergänge zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln schaffen.

Moderne Verkehrspolitik hat klare Ziele

Wir wollen eine verträglichere Mobilität, die das Klima schont, die leiser und gesünder ist und die den Verkehr weg vom Öl hin zu erneuerbaren Energien bringt. Wir wollen den Stadtraum für die Nahmobilität behutsam entwickeln und dem Rad- und dem Fußverkehr entsprechend seiner gestiegenen Bedeutung mehr Platz einräumen. Straßen und Plätze sollen wieder mehr zu Orten der nachbarschaftlichen Begegnung werden. Wir möchten die öffentliche Diskussion über autofreies Leben führen. Für Berlinerinnen und Berliner, die autofrei leben wollen, möchten wir entsprechende Projekte vorantreiben.

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, des Rad- und Fußverkehrs sowie die Instandhaltung von Straßen haben Vorrang. Die ohnehin knappen Landesmittel, die für den Bau der sogenannten Tangentialverbindung Ost und die Ost-West-Trasse oder die Verlängerung der Autobahn A100

notwendig wären, brauchen wir an anderer Stelle dringender. Neuinvestitionen im Straßenneubau sind nur noch im Ausnahmefall zu rechtfertigen. Auch europäische Infrastrukturmittel sollen für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und der Fahrradinfrastruktur verwendet werden.

Ein gutes Klima im Verkehr

Geredet wird viel über Klimaschutz, faktisch spielte er bisher in der Verkehrspolitik nur eine geringe Rolle. Wir wollen konkrete Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich festlegen. Bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen des Verkehrs gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent senken. Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität bis 2050. Alle Maßnahmen des Stadtentwicklungsplans Verkehr müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Klimaschutz überprüft werden.

Mobil kombiniert – die Mobilitätskarte

Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen optimal miteinander kombinierbar werden. Umsteigemöglichkeiten müssen verbessert werden. Für einen einfachen Übergang zwischen den Verkehrsmitteln wollen wir eine Mobilitätskarte entwickeln, die im ersten Schritt als zum Umwelt-Abo zubuchbares Mobilitätspaket angeboten wird. Dieses könnte etwa neben einer Bahn-Card Vergünstigungen für Leihfahrräder, Car-Sharing, Mietwagen und Taxifahrten bieten. Die Mobilitätskarte wird damit zum Schlüssel zur Stadt. Daten zur Bewegung im ÖPNV dürfen nicht gespeichert werden. Sparsamkeit bei personenbezogenen Daten hat für uns oberste Priorität.

Eine Stadt für alle – mehr Platz für alle

Eine lebenswerte Stadt braucht Straßen, auf denen alle gleichberechtigt sind und rücksichtsvoll miteinander umgehen. Dafür wollen wir Modelle nach dem Prinzip des Shared Space oder

Begegnungszonen erproben. Gewinner sind wir dabei alle: FußgängerInnen und Radfahrende kommen sicherer und erholter ans Ziel, Umsätze der Geschäfte steigen, denn der Schaufensterbummel wird attraktiver, und wer Auto fährt, steckt weniger im Stau.

Die Erfahrungen mit den zahlreichen Parkraumbewirtschaftungszonen in Berlin zeigen, dass diese in Gebieten, in denen ein großer Parkplatzmangel herrscht, zusätzliche Freiräume schaffen. Sie ermöglichen Anwohnerinnen und Anwohnern, stressfrei einen Parkplatz vor der Haustür zu finden. Nerviger Parksuchverkehr im Kiez ist damit Geschichte. Wir werden daher den Ausbau von Parkraumbewirtschaftungszonen in allen Gebieten mit großem Parkdruck weiter vorantreiben. Bei Zielkonflikten wollen wir im Dialog mit allen Betroffenen faire Lösungen erarbeiten.

Mobilität für alle barrierefrei

Eine Stadt für alle heißt auch: Mobilität muss für alle möglich sein. Ein Drittel aller Fahrgäste sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, sei es aufgrund des Alters, einer körperlichen Einschränkung oder der Mitnahme eines Kinderwagens.

U- und S-Bahnhöfe sowie Bus- und Tram-Haltestellen müssen deutlich schneller als bisher geplant barrierefrei sein. Darüber hinaus sollen Automaten für Fahrscheine und Informationen barrierefrei gestaltet werden. Neben Blindenschrift helfen zum Beispiel Piktogramme für eine einfache und rasche Orientierung über Sprachbarrieren hinweg.

Fahr Rad!

In Berlin ist das Fahrrad auf kurzen Strecken meist zeitlich unschlagbar! Dazu spart es Platz, schon das Klima und hält gesund. Deshalb ist es wenig erstaunlich, dass sich die Anzahl

der Fahrradfahrerinnen und -fahrern in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat. Die Infrastruktur konnte bei diesem Wachstum nicht mithalten. Mehr Fahrradstreifen auf der Fahrbahn und Fahrradstraßen machen das Leben von Radfahrerinnen und Radfahrern sicherer und stressfreier. Fahrradfahren im Alltag muss einfacher werden. Wir benötigen dazu ein attraktives Netz von Haupt- und Nebenrouten und Radfernwegen in ganz Berlin. Der Ausbau von Fahrradstellplätzen – vor allem an Haltestellen – und unkomplizierte Mietradssysteme tragen dazu bei, dass Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel leichter kombiniert werden können. Für den Neubau und die Instandhaltung der Fahrradwege muss dringend mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Damit wollen wir den Radverkehrsanteil bis 2020 verdoppeln.

Die Zukunft fährt Tram

Paris, Barcelona und London machen es vor: Die Tram ist eines der Verkehrsmittel der Zukunft! Auf eigenem (Rasen-)Gleiskörper ist die Tram eine schnelle, staufreie, komfortable Alternative zum Auto – besser noch, sie lässt sich vergleichsweise kostengünstig realisieren.

Wir werden einen Masterplan „Berliner Tramnetz“ entwickeln. Dafür schaffen wir Planungsrecht für neue Linien, die wir schrittweise realisieren wollen. Vordringlich ist für uns die Verlängerung der M10 vom Nordbahnhof zum Hauptbahnhof und weiter zur Turmstraße und der Linien vom Alexanderplatz über den Potsdamer Platz und weiterführend bis zum Rathaus Steglitz. Danach sollen die Straßenbahn von Rosenthal durch das Märkische Viertel nach Wittenau sowie die Verlängerung von der Warschauer Straße zum Hermannplatz entstehen. Damit die Tram nicht im Stau steckt, wollen wir wirkungsvolle Vorrangschaltungen.

S-Bahn für Berlin fit machen

Die Bewältigung der S-Bahn-Krise wird eine Erblast des rot-roten Senats für viele Jahre sein. Die Ursache liegt in einem miserabel ausgehandelten Vertrag zwischen dem Land Berlin und der S-Bahn Berlin GmbH, der zu den jetzt von Klaus Wowereit beklagten Missständen geradezu einlud. Mit der Operation S-Bahn wurde im Hinblick auf den geplanten Börsengang der Bahn systematisch daran gearbeitet, die Gewinne zu maximieren, koste es, was es wolle: Mitarbeiter wurden entlassen, Werkstätten geschlossen, Wartungen nicht eingehalten und es wurde ohne Reserve auf Verschleiß gefahren.

Leidtragende waren die Fahrgäste, die horrende Verspätungen und überfüllte Züge ertragen mussten. Den Höhepunkt erlebte die S-Bahn-Krise im Winter 2010/2011 als zeitweise ganze S-Bahn-Strecken stillgelegt werden mussten, weil die Wagen nicht zur Verfügung standen.

Der regierende Bürgermeister saß das S-Bahn-Chaos aus, anstatt kurzfristige Maßnahmen zu erarbeiten und die notwendigen Entscheidungen für die Anschaffung von neuen Zügen für den Aufbau eines landeseigenen Fuhrparks zu treffen.

Berlin braucht eine S-Bahn, die qualitativ und quantitativ einer Metropole würdig ist. Die Verantwortung für Züge und Werkstätten gehört in öffentliche Hand. Deshalb wollen wir schnellstmöglich mit dem Aufbau eines landeseigenen S-Bahn-Fuhrparks beginnen. Außerdem soll Berlin im Bundesrat eine Initiative starten, mit der das S-Bahn-Netz aus der Deutschen Bahn AG herausgelöst und mit einem finanziellen Ausgleich für die Unterhaltung an das Land übertragen wird. Eine Direktvergabe ist inzwischen auch durch den Bundesgerichtshof ausgeschlossen worden. Wir wollen in Ausschreibungen klare Vorgaben zur Qualität des Angebots und Strafen bei Nichteinhaltung vertraglich festlegen. Unter dieser Maßgabe soll der Betrieb der S-Bahn stufenweise ausgeschrieben werden, wobei

die S-Bahn sich auf diese Ausschreibung genauso bewerben kann wie andere Anbieter auch. Einen Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten und der Umwelt schließen wir aus, indem wir tarifliche und ökologische Standards garantieren, wie es etwa das rot-grün regierte Bremen bei der Vergabe seines S-Bahn-Netzes gemacht hat.

Gute Mobilität – nicht nur für die Innenstadt!

In einer Stadt für alle muss es auch für die Außenbezirke eine gute Anbindung geben. Öffentlicher Nahverkehr kann sinnvoll ergänzt werden. Nicht nur in den Nachtstunden schließen taxiähnliche Rufbusse, Kiezbushlinien oder Sammeltaxi-Angebotslücken. Park-and-ride-Parkplätze an ÖPNV-Halten am Stadtrand – wie in Buch und Heinersdorf – ermöglichen es auch Pendlern mit schlechter ÖPNV-Anbindung, die Berliner Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Kurzfristig wollen wir die Ostbezirke durch eine neue Regionalbahnlinie über Hohenschönhausen, Lichtenberg, Ostkreuz und Schöneweide an den Flughafen BBI anbinden. Ein Umsteigebahnhof Karower Kreuz soll die Angebotslücke für die nördlichen Bezirke schließen. Die Realisierung der sogenannten „Nahverkehrstangente“ zwischen Springpfuhl und BBI über den Außenring wollen wir in der nächsten Legislatur mit Priorität planerisch vorbereiten. Das ist Teil unserer Alternative zur A100-Verlängerung und zur geplanten Tangentialverbindung Ost. Wir treten für den Neubau des Regionalbahnhofs Köpenick ein. Ein gut funktionierendes System von kurzfristig und unkompliziert zu mietenden Autos in ganz Berlin ergänzt das Angebot der Öffentlichen.

Dass auf Straßen in Wohngebieten, im Umfeld von Krankenhäusern, Seniorenheimen, Kitas und Schulen Tempo 30 üblich ist, sichert dort Lebensqualität und sorgt für Sicherheit. Dies betrifft schon heute etwa 70 Prozent unserer Straßen. Auf den

großen Magistralen gilt Tempo 50. In der Realität ist Tempo 30 die Regel und Tempo 50 schon heute die Ausnahme. Wir wollen das Gesetz der Realität anpassen – das spart Verwaltungsaufwand und auch eine Menge Verkehrsschilder.

Die Wirtschaft zieht mit

Der Berliner Güterverkehr umfasst derzeit ein Drittel des Gesamtverkehrs, verursacht aber rund zwei Drittel Lärm- und Schadstoffemissionen. Diese Belastungen zu verringern, ist eine Herausforderung. Dazu brauchen wir ein integriertes Wirtschaftsverkehrskonzept, das innovative Technologien und bestehende Infrastruktur einbindet. Durch eine bessere Einbindung der bestehenden Güterverkehrszentren in die Stadtlogistik können Mehrfachanfahrten zu einem Ziel vermieden und kann unnötiger Verkehr reduziert werden.

Eine bessere Ausnutzung von Schiene und Binnenschiff bietet ein großes Verlagerungspotential. Damit der Warenumschlag von der Straße auf die Schiene funktioniert, ist die planungsrechtliche Sicherung von Bahnflächen dringend geboten. Dem Ausverkauf von strategisch bedeutsamen Flächen, etwa entlang dem S-Bahn-Ring, muss Einhalt geboten werden!

BBI-Anschluss statt A100-Weiterbau

Der Weiterbau der A100 wird zu mehr Verkehr in der Innenstadt führen. Verkehrschaos an der Eisenbrücke ist vorprogrammiert. Anwohnerinnen und Anwohner werden unter mehr Lärm- und Schadstoffbelastung leiden. In einer Stadt für alle sind Straßen dazu da, Quartiere zu verbinden, statt sie zu zerschneiden. Wir lehnen daher den Weiterbau der A100 ab. Wir werden alle rechtlichen und politischen Mittel dafür einsetzen, den Weiterbau der A100 zu verhindern. Den Planfeststellungsbeschluss wollen wir aufheben. Stattdessen werden wir mit der Bundesregierung verhandeln, um die Bundesmittel

für einen optimalen Lärmschutz an den bestehenden Berliner Autobahnen und an der Dresdner Bahn zu verwenden. So wird eine gute Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg International nicht weiter verzögert.

3.5 Berlin - sichere Stadt der Freiheit

„Eine Stadt für alle“ erfordert auch Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Soziale Sicherheit, aber auch Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Es sind in der Regel nicht die Wohlhabenden, die unter Gewalt und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums leiden, sondern gerade diejenigen, die in Gegenden mit sozialen Problemen wohnen und arbeiten. Dafür brauchen wir eine besser geschulte und ausgestattete, bürgernahe Polizei. Alles, was diese Viertel sozial stärkt, trägt zur Verbesserung bei. Durch eine gezielte soziale Quartiers- und Mietenpolitik und eine gezielte Bildungs- und Arbeitspolitik verhindern wir die Verdrängung der Schwächeren aus dem Viertel und fördern ein gutes, solidarisches Zusammenleben im Kiez.

Kaum etwas beeinträchtigt die Lebensqualität so unmittelbar wie das Opfer einer Gewalttat zu werden. Aber schon die Angst vor Kriminalität kann Beschränkungen bedeuten. Unterschiedliche Bereiche der Stadt können für unterschiedliche Menschen Angsträume sein. Eine Stadt für alle bedeutet, dass sich alle überall hinreichend sicher fühlen können, unabhängig vom Einkommen, vom Bezirk, von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht, Alter oder der sexuellen Identität. Die Angst vor Straftaten nehmen wir ernst, auch wenn die Polizeistatistik einen Rückgang der Kriminalität verzeichnet. Niemand kann absolute Sicherheit versprechen, aber manches kann besser gemacht werden.

Grüne Sicherheitspolitik setzt auf Besonnenheit, Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe. Unser oberster Wert bleibt die Freiheit. Grüne Sicherheitspolitik dient immer der Sicherung der Freiheit des Einzelnen. Deshalb darf sie auch nie die Rechte jedes Menschen übergehen oder rechtsstaatliche Standards in Frage stellen. Wir wollen die Freiheit aller schützen, gegen Terrorismus und Kriminalität, gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht und gegen unzulässige Eingriffe des Staates. Freiheit kann man nicht verteidigen, indem man sie aufgibt. Wir wollen neue Akzente einbringen, entschieden auf Prävention und die Vermeidung von Verbrechen setzen und die unterschiedlichen Institutionen, die für die öffentliche Sicherheit relevant sind, besser miteinander vernetzen.

Wachsamkeit statt Panik

Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss wachsam und besonnen der Möglichkeit ins Auge blicken, dass Terrororganisationen versuchen, auch in Berlin Anschläge zu verüben. Terrorwarnungen kann niemand auf die leichte Schulter nehmen. Andererseits ist Panik genau das, was die Terroristen erreichen wollen. Dem wollen wir ein klares Signal entgegensetzen:

Berlin lässt sich seine freiheitliche Lebensweise nicht nehmen, weder durch Bombendrohungen noch durch vorausseilende Aushöhlung des Rechtsstaates. Bestehende Befugnisse der Sicherheitsbehörden sind mehr als ausreichend, um den Gefährdungen zu begegnen. Wir streben die Evaluation aller Berliner Sicherheitsgesetze an, um ihre Wirksamkeit und Angemessenheit zu überprüfen und die Bürgerrechte zu stärken, gegebenenfalls auch durch die Zurücknahme einzelner Regelungen oder Gesetze. Teil der Verantwortung für die Sicherheit der Stadt sind lückenlose Vorsorge und Planung beim Katastrophenschutz.

Öffentliche Plätze gemeinsam sicher und lebenswert gestalten

Manche öffentliche Plätze und Orte lösen Ängste aus und miteinander gibt es Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzern. Um hier zu vermitteln und gemeinsam Lösungen zu finden, wollen wir lokale Präventionsstrukturen stärken, die unterschiedliche Akteurinnen und Akteure zusammenbringen: an erster Stelle die Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch z. B. Jugend- und Sozialarbeit, Quartiersmanagement, Stadtplanung, Polizei und auch Respektspersonen aus unterschiedlichen Communities. Wenn Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen, ist das effektiver als der Einsatz von Videokameras, die bestenfalls Straftaten aufzeichnen, wenn es zu spät ist. Auch private Sicherheitsunternehmen, die zuallererst dem Eigentumsschutz ihrer Auftraggeber verpflichtet sind, sind keine Lösung für Räume, die allen gehören.

Videoüberwachung auf den Prüfstand

Unter Rot-Rot hat sich die Zahl der Videokameras in Berlin vervielfacht. Die BVG filmt inzwischen flächendeckend auf U-Bahnhöfen und ist dabei, alle Waggonen, Trams und Busse mit Kameras auszustatten. Das mag das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern, Hilfe leisten können jedoch nur Menschen. Doch die schauen sich die Aufzeichnungen allenfalls an, wenn es zu spät ist. Was die Kameras überhaupt bringen, muss dringend geklärt werden. Eine Evaluation brach die BVG mit Billigung des Senats ab, als sich abzeichnete, dass sich keine Hinweise auf eine tatsächliche Verringerung der Kriminalität ergaben. Das wollen wir nicht hinnehmen. Wir fordern eine echte wissenschaftliche Überprüfung des Nutzens und der Nebenwirkung der Videoüberwachung und bis dahin zumindest ein Moratorium ihrer ständigen Ausweitung. Wir sind gegen eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher

Plätze und lehnen das anlasslose polizeiliche Filmen von Demonstrationen ab.

Für eine bürgernahe Polizei

Wir brauchen nicht immer mehr Polizei, aber mehr Polizistinnen und Polizisten auf den Bürgersteigen. Um das zu erreichen, gehört die Polizeistruktur auf den Prüfstand. Hier müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden und gute Arbeitsbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten herrschen. Unser Leitbild ist eine moderne, offene, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei, die den Herausforderungen einer vielfältigen Großstadt gerecht wird. So wird etwa bei Gewalt an der Schule die Polizei inzwischen stärker einbezogen. Das ist gut und richtig. Damit sich die Polizei auf wichtige Aufgaben konzentrieren kann, wollen wir auch prüfen, wo sie entlastet werden kann. Um das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei zu verbessern, soll es einen unabhängigen Polizeibeauftragten geben. An diese Stelle können sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Beschwerden wenden, hier können Polizistinnen und Polizisten ihre Anliegen vorbringen und können strukturelle Defizite zur Sprache gebracht werden. Wir wollen das von uns lange betriebene Vorhaben, alle Beamtinnen und Beamten im Einsatz mit einer eindeutigen Kennzeichnung zu versehen, in der Praxis erfolgreich machen.

Berlins Polizei und Justiz internationaler machen

Was in Ländern wie Großbritannien oder den USA schon fast selbstverständlich ist, ist in Berlin immer noch schwer – der Zugang von Migrantinnen und Migranten zu Polizei, Justiz und den Finanzbehörden. In einer Stadt für alle ist dies zwingend erforderlich: vom Polizeidirektor zur Vorsitzenden einer Großen Strafkammer.

Für eine effektive Justiz

Die Berlinerinnen und Berliner müssen die Gewissheit haben, dass sie in angemessener Zeit ihre Rechte auch gerichtlich durchsetzen können. Zügige und schnelle Gerichtsverfahren sind Zeichen eines demokratischen Rechtsstaates. Wir wollen, dass die Justiz in der Hauptstadt zu einem Modell für bürgerInnenfreundliche, moderne und weltoffene Justiz wird. Justiz ist kein wohlfeiles Gut und nicht billig zu haben.

Bei der Berliner Justiz müssen erhebliche Ausstattungsdefizite wettgemacht werden. Verbesserungen wollen wir über eine effizientere Organisation in der Justiz erreichen, die Verwaltungsautonomie der Gerichte wollen wir weiter stärken. Sie müssen auch Personalverantwortung im nichtrichterlichen Bereich bekommen.

Wir wollen die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Jugendämtern zur Verstärkung von Präventionsarbeit verbessern. Wir wollen helfen, die Jugendgerichtsverfahren zu beschleunigen, und Wege finden, um erzieherische Maßnahmen schneller wirksam werden zu lassen. Eine Absenkung des Alters für die Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts lehnen wir ab.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit muss ebenso beschleunigt werden. Denn im Durchschnitt über ein Jahr auf eine Entscheidung in erster Instanz zu warten, ist für die BürgerInnen nicht zumutbar.

Junge Straftäter: Prävention, Intervention und schnellere Verfahren

Eine besondere Herausforderung – nicht nur für die Polizei – sind Straftaten von Jugendlichen. Lebensperspektiven zu bieten und Bildungschancen zu eröffnen ist die beste Prävention und kann helfen, dass aus Kindern keine Straftäter werden. Auch wenn die Statistik auf einen Rückgang der Jugendkriminalität hinweist, sind einige junge, zumeist männliche Täter für eine

Vielzahl von Straftaten verantwortlich. Für Prävention, Intervention und rasche Ahndung wollen wir die unterschiedlichen Stellen noch besser vernetzen. Die Jugendstaatsanwaltschaften müssen endlich dezentralisiert werden, damit sie besser und schneller vor Ort vernetzt sind mit Polizei, Jugendämtern und anderen. Intensivtäter brauchen intensive Betreuung. Aber nicht nur die Täter brauchen Betreuung, vor allem brauchen die Opfer Hilfe. Die Berliner Opferhilfen wollen wir stärken und Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs weiter ausbauen.

Resozialisierung statt Beton

Eine Kriminalpolitik, die vor allem auf Gefängnisstrafen setzt, ist kurzfristig. Niemandem ist geholfen, wenn Menschen wegen Schwarzfahrens hinter Gittern landen, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen können. Für die täglich über 200 Menschen, die so eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, sind Programme wie „Schwitzen statt sitzen“ sinnvoller – und kostengünstiger. Gerade im Bagatellbereich wollen wir Haft vermeiden. Die Justizvollzugsanstalten sollen sich darauf konzentrieren, die wegen schwerer Verbrechen Verurteilten auf ein künftiges Leben ohne Straftaten vorzubereiten, und zwar von Anfang an. In Haft begonnene Therapien müssen nach der Haft ambulant fortgesetzt werden können. Statt in Beton wollen wir in Resozialisierung investieren. Besonders wichtig sind Therapie, Unterstützung bei der Resozialisierung und Führungsaufsicht bei den Tätern, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden.

Rückfallrisiken senken

Nachhaltige Sicherheitspolitik blickt auch hinter die Gefängnismauern. Wenn in der Haft vor allem Verwahrung und Verrohung stattgefunden haben oder das Umfeld und die Perspektiven nach der Entlassung sehr schwierig sind, ist das Rückfallrisiko besonders hoch. Viel zu häufig werden in

Berlin Straftäter ohne ausreichende Vorbereitung entlassen. Das werden wir ändern. Berlin braucht ein Konzept für den geregelten Übergang von der Haft in die Freiheit. Eine vorzeitige Entlassung kann nach genauer Prüfung des Einzelfalls und nach intensiver Vorbereitung unter Auflagen stattfinden. Bereits vorher muss die Bewährungshilfe einbezogen werden, die anschließend zusammen mit der Polizei die Einhaltung der Auflagen kontrolliert.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stimmt für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung.
- wählt eine gute Umwelt mit weniger Lärm und mehr Grün, stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- fördert ökologische Mobilität für alle statt A 100.
- macht unsere Stadt sicherer, anstatt Ängste auszunutzen.

*„Der Mensch ist ständig in Gefahr,
das nie Dagewesene für undenkbar zu halten.“
(Al Gore)*

4. Klimahauptstadt Berlin Neue Energie für die Stadt

„Eine Stadt für alle“ braucht Umweltgerechtigkeit. Während in unserer Stadt die Folgen des Klimawandels langsam spürbar werden, sind sie vielerorts schon längst zur existentiellen Bedrohung geworden: Aber Berlin will nicht auf Kosten anderer leben.

Verkehr, Ernährung, Produktion, Konsum, Wohnen und Energieverbrauch beeinflussen auf vielfältige Weise das Klima und den Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Und unsere Energieversorgung wird zunehmend zum sozialen Problem: Steigende Energiekosten verteuern die Warmmiete; schlecht gedämmte Wohnungen und Büros werden im Sommer zum Backofen. Berlin steht in der Verantwortung, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir haben gemeinsam die Chance, Berlin zur Klimahauptstadt zu machen. Alles andere wäre zu kurz gesprungen. Das bedeutet einen Schub auszulösen für Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbarer Energie von den Endverbrauchern bis zur Produktion.

In Berlin versuchen viele Menschen längst, ihren Alltag entsprechend zu verändern. Zahlreiche Unternehmen haben sich auf den Wandel eingelassen. Aber systematisch wurde diese Aufgabe in Berlin bisher nicht angepackt. – Das wollen wir ändern. Die Berliner Energieversorgung basiert fast

ausschließlich auf klimaschädlichen fossilen Rohstoffen: Wir verbrennen für unseren Energiebedarf zum größten Teil Braunkohle aus der Lausitz, Steinkohle aus Kolumbien und Gas aus Russland. Rot-Rot hat diese Herausforderung bisher jedoch ignoriert und so rangiert Berlin im bundesweiten Vergleich beim Einsatz erneuerbarer Energie und Energieeffizienz auf dem letzten Platz. Deshalb wollen wir, dass Berlin Schritt für Schritt umsteigt. Berlin braucht ein schlüssiges Energiekonzept mit Energieeffizienz, Energieeinsparung und neuer, erneuerbarer Energie – so schützen wir das Klima, senken die Energiepreise und schaffen viele neue Arbeitsplätze.

Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien sind nicht nur die Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung, sie bergen auch ein enormes wirtschaftliches – bisher kaum genutztes – Potential für unsere Stadt. Allein durch die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude mit einem Investitionsvolumen von ca. einer Milliarde Euro können wir etwa 25.000 Arbeitsplätze im Jahr neu schaffen – und für die Zukunft Ausgaben einsparen.

Linke und Sozialdemokraten haben ihren löchrigen Entwurf eines Klimaschutzgesetzes gerade wieder zu den Akten gelegt, obwohl vom Mieterverein bis zur Berliner Wirtschaft alle darauf warten. Wir wollen ein umfassendes Klimaschutzgesetz, das verbindliche Klimaschutzziele festschreibt: Berlins Treibhausgasemissionen müssen bis 2050 um 95 Prozent verringert werden.

Mit unserem Klimaschutzgesetz verpflichtet sich der zukünftige Senat, dem Abgeordnetenhaus Klimaschutzaktionspläne für alle relevanten Bereiche wie Gebäude, Verkehr, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung vorzulegen, in denen aufgezeigt wird, wie qualifizierte und quantifizierte Zwischenziele erreicht werden können. Wir beenden damit den derzeitigen Unsinn, dass in den verschiedenen Ressorts Konzepte zum

Klimaschutz parallel und ohne Absprache mit den betroffenen Bereichen erarbeitet werden.

Mit uns Grünen wird das Land Berlin der Atompolitik und der schwarz-gelben Bundesregierung entschieden entgegentreten und konsequent den Umstieg auf erneuerbare Energien fördern.

4.1 Der erneuerbare Schatz der Stadt

Berlin hat große innerstädtische Potentiale für die Nutzung erneuerbarer Energien. Der bundesweite Boom ist an unserer Stadt bisher jedoch nahezu spurlos vorbeigegangen; nicht einmal ein Prozent der in Berlin verbrauchten Energie wird aus erneuerbaren Energien gewonnen – bundesweit liegt der Anteil beim Strom im Durchschnitt schon bei etwa 17 Prozent.

Im bundesweiten Vergleich im Bereich erneuerbarer Energien liegt Berlin seit Jahren konsequent auf dem letzten Platz. Grund dafür ist nicht der Mangel an Fläche, sondern vor allem das fehlende Engagement des Senats, wie ein Blick auf Bremen zeigt: Bremen erreicht in der Gesamtwertung Platz neun. Der Stadtstaat gehört bei den Forschungsausgaben und Studiengängen zu den führenden Bundesländern und liegt auf Platz eins bei den industrie- und technologiepolitischen Maßnahmen.

Um Berlins Energieversorgung Schritt für Schritt auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, wollen wir unsere großen städtischen Potentiale für die nachhaltige Energiegewinnung jetzt erschließen: die konsequente Nutzung von Abfällen und Abwässern, Erdwärme und Solarenergie.

Keine Landesregierung in Deutschland legt Menschen, die erneuerbare Energien nutzen wollen, mehr bürokratische und rechtliche Hindernisse in den Weg als der Berliner Senat. Wir wollen die Genehmigungen vereinfachen und Engagement unterstützen, nicht behindern.

Für Berlin gibt es zwar inzwischen einen Solaratlas, in dem sich gebäudescharf sehen lässt, ob ein Haus vom Sonneneinfall her für die Nutzung von Solarenergie geeignet ist. Diese Informationen wurden bisher jedoch nicht genutzt, um tatsächlich Solaranlagen zu installieren. Und die öffentliche Hand versagt als Vorbild. Wir wollen Solardächer auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden. Sofern das Land Berlin nicht selbst investiert, sollen die Dächer kostenfrei privaten Initiativen für den Bau von Solaranlagen überlassen werden. Die großen städtebaulichen Entwicklungsgebiete der Stadt wollen wir gezielt mit innovativen regenerativen Energiekonzepten entwickeln.

Alle Energiequellen nutzen

Klimafreundliche Energie lässt sich nicht nur aus Sonne, Wind und Wasser gewinnen, sondern auch aus Bioabfall aus der Biotonne, Deponiegas, Klärschlamm, Speiseresten oder Grünschnitt. Überall in unserer Stadt schlummern Potentiale, die für die Energiegewinnung nutzbar gemacht werden müssen.

Aus den tagtäglich anfallenden Unmengen von Abfällen und Reststoffen können Gas, Strom, Kraftstoff und Wärme erzeugt werden. Diese Potentiale wollen wir endlich effizient nutzen.

Berlin und Brandenburg gemeinsam

Unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten, bedeutet auch, Berlin und Brandenburg zusammenzudenken und hierfür gemeinsame, konkrete Ziele und Umsetzungsstrategien zu entwickeln und zu vereinbaren. Die gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg besteht im Bereich Energie jedoch derzeit lediglich darin, die jeweiligen Planungen nicht abgestimmt und unabhängig voneinander fortzuschreiben. Diese Praxis dient weder der Wertschöpfung der Region als Ganzes noch dem Klimaschutz und steht auch der gemeinsamen Landesentwicklung diametral entgegen.

Im Rahmen der bestehenden gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg setzen wir uns für einen schnellstmöglichen Braunkohleausstieg ein und werden der Vattenfallstrategie, mit unterirdischen CO₂-Speichern ihre Kohlepolitik fortzusetzen, entschieden entgegentreten.

Unser Ziel ist es, bis 2050 den Gesamtenergiebedarf Berlins und Brandenburgs zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Dafür bedarf es bei Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien einer gemeinsamen Anstrengung – der Länder, der Wissenschaft, der Wirtschaft und vieler BürgerInnen.

Biomasse ist nicht per se der beste Weg

Die energetische Nutzung von Biomasse bietet eine Chance, schneller von Kohle und Öl unabhängig zu werden. Sie setzt zugleich verstärkte Anstrengungen der Energieeinsparung und Energieeffizienz voraus. Die Nutzung von Biomasse darf für die Energiegewinnung nur bei Einhaltung strenger Nachhaltigkeits- und Sozialstandards erfolgen und soweit ihr Import entwicklungspolitische Ziele nicht gefährdet, sondern befördert. Es ist weiterhin umstritten, ob in Zukunft tragfähige Nachhaltigkeitskriterien, insbesondere im internationalen und weltweiten Rahmen, überhaupt erreichbar sind und zuverlässig überwacht und eingehalten werden können.

Die energetische Biomassenutzung, die Vattenfall derzeit in Form zweier Holzheizkraftwerke und der Holzzufeuerung in Berlin plant, muss sich an den verfügbaren Potentialen ausrichten. Wir werden einem Import von Energieholz nicht zustimmen, wenn es nicht nachprüfbar nachhaltig, sozial verantwortbar und entwicklungspolitisch fair erzeugt und gehandelt wird. Biomasseimporte aus Ländern mit hoher Sozial- und Energiearmut, starken Demokratiedefiziten und korruptionsanfälliger Wirtschaft werden diesen Anforderungen in der Regel nicht gerecht.

4.2 Energetische Sanierung voranbringen

Die letzten Winter sind uns allen noch in lebhafter – frostiger – Erinnerung. Auch die Hitzeperiode des Sommers, in der es in vielen Wohnungen und Büros fast unerträglich warm war, haben wir noch gut im Gedächtnis. Aufgrund des Klimawandels ist zu erwarten, dass Extremwitterungen dieser Art zunehmen werden. Wir müssen die Wohn- und Bürohäuser Berlins energetisch sanieren. Denn: Wir wollen in Zukunft die Wohnungen beheizen, nicht die Straßen.

Der rot-rote Senat hat die Bürgerinnen und Bürger mit diesem Problem alleingelassen. Über zwei Jahre lang hat er einen nahezu wirkungslosen Gesetzentwurf zur Gebäudesanierung kursieren und dann wieder in der Schublade verschwinden lassen. Und das, obgleich es eine große Bereitschaft in der Stadt gibt, diese Herausforderung jetzt anzugehen. Wir werden uns dieser Aufgabe stellen, denn schlecht gedämmte Häuser und wenig effiziente Heizungen sind nicht nur ein Klimaproblem, sondern auch ein enormes soziales Problem. Schließlich sind die Einkommensschwächsten durch Energiepreiserhöhungen besonders betroffen.

Ohne eine schrittweise energetische Sanierung des Gebäudebestands auf hohem Niveau, zum Beispiel mit Wärmedämmung, modernen Heizungsanlagen und Thermofenstern, werden wir die notwendigen Energie- und Emissionseinsparungen nicht erreichen können. Für uns steht an vorderster Stelle, die Sanierung der Gebäude ökologisch, sozialverträglich und wirtschaftlich in Angriff zu nehmen.

Investitionen in den Klimaschutz an Gebäuden führen langfristig zu niedrigeren Warmmieten, zunächst aber oft zu einem Mietanstieg. Wir wollen diese Mehrkosten gerecht verteilen und insbesondere für einkommensschwache Haushalte abfedern. Wir betreiben Klimaschutz mit den Berlinerinnen und

Berlinern und nicht gegen sie. Damit jede und jeder mitmachen kann, haben wir die sozialen Grundlagen im Blick.

Im ersten Schritt wollen wir da, wo besonders hoher Energieverbrauch anfällt, die Eigentümerinnen und Eigentümer der Gebäude zum Einsatz von Klimaschutzmaßnahmen verpflichten. Die Sanierung ist hier besonders wirtschaftlich und weniger belastend für die Mieterinnen und Mieter, da hohe Energie- und damit auch Kosteneinsparungen zu erwarten sind. Bis 2050 soll der gesamte Berliner Gebäudebestand stufenweise auf Niedrigenergiehaus-Standard saniert werden.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Berliner Mieterverein und die Industrie- und Handelskammer haben hierfür einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet. Wir wollen dieses Stufenmodell aufgreifen und damit das Wohnen und Arbeiten in unserer Stadt zukünftig wetterfest und bezahlbar werden lassen.

Um unsere Klimapolitik mit den Menschen und nicht gegen sie zu betreiben, werden wir behutsam und zugleich konsequent vorgehen. Das ist eine Herausforderung. Wir können uns aber nicht vorstellen nichts zu tun.

Informationen und Beratung für alle

Die Umsetzung von Klimaschutz in unserer Stadt braucht nicht nur den gemeinsamen Willen, sondern auch Informationen und vor allem konkrete Unterstützung. Deshalb wollen wir eine Informationsoffensive in Sachen Klimaschutz für die Stadt starten.

Insbesondere Eigentümerinnen und Eigentümer mit kleinem und mittelgroßem Wohneigentum nutzen bisher die Förderkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Marktanzreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich nur wenig. Wir wollen eine Koordinierungsstelle

einrichten, die private Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer mit den bestehenden Netzwerken und Institutionen zusammenbringt. So werden wir den Zugang zu unabhängigen Informationen über finanzielle und technische Möglichkeiten bei der energetischen Sanierung bündeln und verbessern.

4.3 Klimaschutz sozial gestalten

Gebäude zu sanieren bedeutet langfristig Entlastung bei kurzfristiger Belastung. Klar ist, dass das Nichtstun die schlechteste Sozialpolitik wäre. Angesichts steigender Energiepreise werden die Heizkosten ohne energetische Sanierung noch viel stärker steigen – betroffen sind davon allein die Mieterinnen und Mieter. Zentral ist daher, die Investitionen für die notwendige energetische Sanierung und Modernisierung schnell anzuschieben und gerecht zu verteilen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von EigentümerInnen, MieterInnen und der öffentlichen Hand, die insbesondere die Kosten für die sozial Schwächeren abfedern muss.

Wir wollen Verdrängungen und Mietpreisexlosionen vermeiden. Mit einem innovativen Fördermodell unterstützen wir Klimaschutzinvestitionen, ohne den Landeshaushalt zu belasten: Mit unserem Bürgerschaftsmodell bei der Klimaschutzförderung geben wir den Zinsvorteil des Landes für Klimaschutzinvestitionen weiter. Damit Haushalte mit geringem Einkommen nicht in energetisch schlecht saniertem Wohnraum leben müssen, machen wir uns auf Bundesebene stark für ein „Klimawohn-geld“ für einkommensschwache Haushalte. Für Menschen im Arbeitslosengeld-II-Bezug soll dies durch eine Anpassung der Mietkostenübernahme bei energetischer Sanierung erfolgen. Die Modernisierungsumlage wollen wir mit einer Bundratsinitiative im Umlagesatz deutlich reduzieren und auf Investitionen

für Klimaschutz und Barrierefreiheit beschränken; Luxusmodernisierungen gegen die Zustimmung der Mieter wollen wir verhindern. Ins Klimaschutzgesetz werden wir eine Härtefall-Klausel aufnehmen, wie sie der Berliner Mieterverein vorgeschlagen hat. Damit das Klimaschutzgesetz trotzdem seine volle Wirksamkeit entfalten kann, setzen wir uns für eine Rücknahme der schwarzgelben Kürzungen bei der Klimaschutzförderung ein.

Mit der Stadt beginnen

Dass Berlin hoch verschuldet ist, wissen alle. Warum der Senat in den vergangenen Jahren nichts zur Senkung der landeseigenen Energiekosten getan hat, versteht jedoch niemand. Und dabei hatte sich Wowereits Senat sogar vorgenommen, ein Finanzierungskonzept für die Sanierung öffentlicher Gebäude zu entwickeln – bis heute liegt jedoch noch nicht einmal ein Überblick über die zu sanierenden Gebäude vor, geschweige denn ein Finanzierungsplan.

Wenn MieterInnen und VermieterInnen für die klimafreundliche Sanierung ihrer Häuser gewonnen werden sollen, muss das Land Berlin bei seinen landeseigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen. Das Land Berlin besitzt viele Gebäude: schöne, alte, hässliche, moderne – und eines ist fast allen gemein: Sie sind Energieschleudern, und das wollen wir ändern. Es kann nicht sein, dass private Hauseigentümerinnen und -eigentümer hohe energetische Standards erfüllen müssen, die landeseigenen Gebäude davon jedoch unberührt bleiben.

Kräfte bündeln – Stadtwerk gründen

Berlin braucht ein Unternehmen, das mit wirtschaftlichem Eigeninteresse die Aufgabe, Berlin klimafreundlich zu gestalten, in Angriff nimmt. Dieses Stadtwerk für den Klimaschutz – das die Ressourcen des Landes Berlin für die Energiewende hin zu den Erneuerbaren nutzt – wollen wir initiieren.

Der Schwerpunkt soll zunächst darauf liegen, die Energieeffizienzpotentiale öffentlicher Gebäude zu nutzen und den Ausbau der Gewinnung erneuerbarer Energie in landeseigenen Gebäuden sowie den Liegenschaften Berlins und auf den Stadtgütern voranzutreiben. Konkret heißt das etwa, dass öffentliche Gebäude eine vernünftige Dämmung und moderne Heizungsanlagen erhalten. Photovoltaikanlagen kommen aufs Dach und in den Keller gasbetriebene Blockheizkraftwerke, die die Nachbarhäuser mit Wärme versorgen.

Dieses Klimastadtwerk „Berlin Energie“, das unter anderem viele kleine Energieerzeuger so koordiniert, dass ein großes Kraftwerk ersetzt wird, soll schrittweise mit einem Eigenkapital von 500 Millionen Euro ausgestattet werden, indem ihm jährlich im Haushalt vorhandene Mittel der baulichen Unterhaltung zugeführt werden. Bei einer gering veranschlagten Eigenkapitalrendite können so erstmals auch Klimaschutzinvestitionen angeschoben werden, die sich erst nach längerer Zeit refinanzieren. Um auch darüber hinaus wirtschaftliche Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und hocheffiziente Blockheizkraftwerke anzuschieben, wollen wir auch Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ermöglichen, sich finanziell bei entsprechenden Projekten des Klimastadtwerks zu engagieren. So kann das Klimastadtwerk Energieversorgungsstrukturen in Bürgerhand aufbauen helfen.

4.4 Netze in unabhängige Hände geben

Fast zehn Prozent der Berliner Bevölkerung beziehen privat inzwischen Ökostrom – die einen aus Überzeugung, andere, weil Ökostrom zum Teil inzwischen weniger kostet als Strom aus Kohle und Atomkraft. Als Vattenfall und der Senat in Berlin-Rummelsburg ein neues Kohlekraftwerk bauen wollten, waren

es vor allem die Berlinerinnen und Berliner, die – oft angestoßen durch unsere Stromwechsellkampagne – Vattenfall die Rote Karte zeigten und das Kohlekraftwerk 2009 endgültig gestoppt haben. Zehntausende kleine Entscheidungen für Ökostrom haben mächtige Wirkungen, und auch das Land Berlin könnte durch gute Entscheidungen die Energiewirtschaft zu mehr Klimaschutz zwingen.

2013 und 2014 laufen die Konzessionsverträge aus. Wir werden den Klimaschutz zum zentralen Kriterium bei der anstehenden Entscheidung über den Betrieb der Energienetze für Gas, Strom und Fernwärme machen. Außerdem wollen wir mit der Konzessionsvergabe die nötigen Investitionen in die Netze sicherstellen. Dafür kann es notwendig sein, den Netzbetrieb von den Hauptversorgern der Stadt zu trennen und unabhängig zu führen oder dem neuen Klimastadtwerk „Berlin Energie“ zuzuordnen. Wir setzen uns für die Belange der durch einen möglichen Betreiberwechsel betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein und suchen nach Möglichkeiten, den Bürgerinnen und Bürgern auf eigenes Risiko eine Beteiligung am Stromnetz zu ermöglichen.

4.5 Klimahauptstadt werden wir nur gemeinsam

2010 war Freiburg im Breisgau Hauptstadt Deutschlands – und zwar „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“. Ausgezeichnet wurde die Stadt für ihr vorbildliches Engagement für den Klimaschutz. Berlin hat sich für diesen Wettbewerb noch nicht einmal beworben.

Wir wollen, dass Berlin die Klimahauptstadt wird – aber das können wir nur gemeinsam erreichen. Unsere Stadt braucht dafür eine umfassende und langfristig wirkende Strategie der

zukunftsreichen Entwicklung, die ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Lebensfähigkeit und kulturelle Kreativität sinnvoll verbindet.

Wir unterstützen dafür das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Berlin und deren Vernetzung mit den Bezirken und Brandenburg. Ein vorbildliches Projekt in diesem Sinne ist der „Stadtvertrag Klimaschutz“. Von uns initiiert haben sich Handwerkskammer, IHK, BUND und DGB unter diesem Namen zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, das Beschäftigte, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in Berlin zur konkreten Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten inspirieren und motivieren möchte.

Wir wollen zukünftig das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure bündeln und zum Wohle der Region einen Nachhaltigkeitsrat für Berlin-Brandenburg einsetzen.

Grüne Bildung für nachhaltige Entwicklung

Klimahauptstadt werden wir nur, wenn alle Menschen mitmachen und nachhaltige Entwicklung auch in der Bildung und Ausbildung einen Platz bekommt. Kindertagesstätten, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildungszentren müssen dabei unterstützt werden, die Ziele der Bildung für nachhaltige Entwicklung endlich in die Tat umzusetzen. Diese schreibt unter anderem der Orientierungsrahmen der Kultusministerkonferenz fest. Nur so können neue Lebensstile und Verantwortungsbewusstsein für das eigene Handeln langfristig entwickelt und gefestigt werden. Wir wollen dafür unter anderem die Zusammenarbeit von Schulen mit bestehenden Initiativen und Vereinen der Bildung für nachhaltige Entwicklung erleichtern und verbessern. Die energetische Modernisierung von Schulen wollen wir im Unterricht umweltpädagogisch begleiten.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- macht den Weg frei für mehr erneuerbare Energien in Berlin.
- stellt sich der Herausforderung, Berlins Gebäude energetisch zu modernisieren.
- stimmt für eine sozial gerechte Verteilung der Klimaschutzinvestitionen.
- setzt auf ein Klimastadtwerk „Berlin Energie“ statt auf teure Energiemonopole.
- setzt sich mit uns gegen die schwarz-gelbe Atompolitik ein.
- macht Berlin zur Klimahauptstadt.

*„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“
(John F. Kennedy)*

5. Lernfähiges Berlin Gute Bildung für alle

„Eine Stadt für alle“ gibt es nur in einem lernfähigen Berlin mit besseren Kitas, besseren Schulen, besserer Aus- und Weiterbildung sowie besseren Hochschulen für alle. Gute Bildung ist die Zukunft der gesamten Stadt. Unser Anspruch ist hoch: In einer Stadt für alle muss es bestmögliche Bildung für alle geben – von der Kita über die Schule bis zu Ausbildung, Weiterbildung und Hochschule. Denn Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, Integration, demokratisches Mitwirken und wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Stadt.

In Berlin richten sich die Bildungschancen noch viel zu oft nach Herkunft und Geldbeutel. Besonders ungerecht ist, dass Kinder aus armen oder Migrantenfamilien überdurchschnittlich häufig in der Schule scheitern, obwohl sie nachweislich nicht weniger Talente und Begabungen mitbringen. Wir brauchen die besten Schulen gerade für die Kinder mit dem größten Förderbedarf! Doch auch Kinder mit besseren Startbedingungen werden zu oft ausgebremst – von Personalmangel, Unterrichtsausfall, maroden Gebäuden, schlechter Ganztagsbetreuung oder anspruchslosem Unterricht.

Bildung ist eine vorrangige Länderaufgabe. Rot-rot ist dieser Aufgabe nicht gewachsen. Alleine das ist schon ein Grund für

ihre Abwahl. Zu viele schlecht umgesetzte Reformen, leere Versprechen und Vertrauensbrüche haben Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrende und Eltern ausgezehrt. Wir brauchen ein neues Bildungsklima – geprägt von Vertrauen, Verlässlichkeit und Beteiligung. Wir wollen Menschen von Veränderungen überzeugen, statt ihnen Reformen überstülpen. Dazu gehören eine dialogbereite Verwaltung, transparente Entscheidungen und die Bereitschaft, eigene Positionen zu hinterfragen. Wir wollen Bildungseinrichtungen mehr Freiheit in ihrer täglichen Arbeit geben, verlangen aber auch, dass sie dann bestimmte Bildungsziele und Standards erreichen. Bildungseinrichtungen sind Lern- und Lebensorte, die sich stärker in ihre Umgebung hinein öffnen müssen. Das fängt bei der Kita an, die mit der örtlichen Musikschule kooperiert, und geht bis zur Hochschule, die neue Weiterbildungsangebote für Ältere konzipiert. Kulturelle Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind wichtige Pfeiler des Lernens, die wir gezielt fördern und ausbauen wollen.

Bestmögliche Bildung für alle und eine entsprechende Qualitätsoffensive werden nicht kostenneutral zu haben sein. Geld, das durch sinkende SchülerInnenzahlen oder Bildungsgutscheine des Bundes eingespart wird, muss im System bleiben. Insbesondere werden wir für eine klare Unterstützung der Reform in den Schulen sorgen. Wir wollen, dass die neuen Sekundar- und Gemeinschaftsschulen erfolgreich sind. Zugleich müssen Mittel effizienter eingesetzt, Ausgaben überprüft und brachliegende Ressourcen genutzt werden. Unser Ziel ist es, die Potentiale Berlins als Stadt des Wissens und der Kreativität zu nutzen. Wir wollen Kinder früh fördern, alles für die Qualität unserer allgemeinbildenden und beruflichen Schulen tun, die Chancen auf eine gute Ausbildung erhöhen und die Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken.

5.1 Auf den Anfang kommt es an

Kitas können mehr als Betreuung – Kitas können Bildung. Hier können alle Kinder ihre Potentiale entfalten. In Berlin wächst mehr als ein Drittel der Mädchen und Jungen in armen Familien mit oft geringeren Teilhabechancen auf. Umso bedeutsamer ist eine frühe Förderung. In Kitas ist der Kontakt zu den Eltern noch eng, weshalb sie der ideale Ort sind, um Familien aus allen gesellschaftlichen Milieus früh mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen.

Wir haben einen hohen Qualitätsanspruch an Kitas. Ziel muss sein, in jedem Kind die Neugier, die Lust am Lernen und den Entdeckergeist zu wecken. Kinder mit und ohne Behinderungen, Kinder unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft sollen gemeinsam spielen und lernen sowie individuell gefördert werden. Wir dürfen kein Kind zurücklassen. Grüne Bildungspolitik orientiert sich an den Stärken eines Kindes, weil es aus ihnen heraus Selbstvertrauen gewinnt. Kinder sollen mit Kopf, Herz und Hand lernen, mitgestalten, sich mit Kunst und Kultur genauso auseinandersetzen wie mit Naturphänomenen. Es ist für uns wichtig, sowohl für die vorschulische als auch für die schulische Bildung Naturerlebnisräume in der Stadt zu schaffen.

Familienzentren in jedem Bezirk

Wir bauen Kitas zu Familienzentren aus. Über den Kita-Betrieb hinaus werden hier familienorientierte Angebote gebündelt, die den sozialen Austausch und die Elternkompetenz stärken. Das kann von Geburtsvorbereitung bis Erziehungsberatung, von Kochkursen bis Schuldnerberatung und Integrationskursen reichen. Ziel ist es, frühe und leicht erreichbare Angebote zu schaffen, die besonders Familien mit vielfältigen Problemlagen helfen, aus dem Teufelskreis von Armut und schlechter Bildung

auszubrechen. Familienzentren sind Treffpunkte für alle Eltern. Hier wird bürgerschaftliches Engagement gelebt. Die bestehenden Familienzentren dienen als Vorbild und werden verstetigt.

Sprache ist der Schlüssel

Von immenser Bedeutung ist die Sprachkompetenz, weil sie stark über Bildungschancen entscheidet. Kinder lernen sprechen beim Sprechen. Deshalb ist Sprachförderung nicht mit ein paar Extra-Förderstunden abgehandelt. Viel entscheidender ist es, im Kita-Alltag stetig Sprachanlässe zu schaffen und vorhandene Instrumente wie das Sprachlerntagebuch besser zu nutzen. In der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss die Sprachförderung eine stärkere Rolle spielen. Weil Sprache lernen mit Unterstützung der Eltern noch viel besser funktioniert, wollen wir das Modell der Elternkurse für noch mehr Mütter und Väter anbieten. Bei Kindern mit festgestelltem Sprachförderbedarf wollen wir verbindliche Bildungsvereinbarungen zwischen Eltern und Kita bzw. Schulen anregen, damit alle Beteiligten zum Sprachlernerfolg beitragen können. Kitas sind nur so gut wie ihr Personal. Deshalb brauchen wir ausreichend und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, Möglichkeiten zum Quereinstieg sowie attraktive Fortbildungsangebote. Die Ausbildung muss Sprachförderung, interkulturelle und auch naturwissenschaftliche Inhalte behandeln. Um vielfältigere Rollenvorbilder in Kitas zu verankern, wollen wir mehr Männer und mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den ErzieherInnenberuf gewinnen. Perspektivisch wollen wir die Weichen dafür stellen, dass Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau ausgebildet werden.

Auch auf grünen Druck hin wurden Qualitätsverbesserungen wie ein höherer Personalschlüssel durchgesetzt. Dafür muss

nun tatsächlich auch genug Geld bereitgestellt werden. Zur Qualität von Kitas gehören für uns auch ansprechende Räume, Bewegung und gesundes Essen.

Platz da!

Die Kita kann Bildungsungerechtigkeit nur abmildern, wenn möglichst viele hingehen. Tatsächlich besuchen aber gerade jene Kinder, die besonders auf die Bildungsstätte Kita angewiesen wären, diese viel zu oft gar nicht oder nur für kurze Zeit. Wir wollen jedem Kind zum dritten Geburtstag einen Kita-Gutschein für sieben Stunden Bildungszeit am Tag zuschicken – das heißt Kita-Zugang ohne Bedarfsprüfung, unbürokratisch und mit einem verständlichen Begleitschreiben, das auch in der Herkunftssprache der Eltern verfasst ist. Außerdem wollen wir in Kooperation mit Stadtteilmüttern, Elternlotsen, KinderärztInnen und anderen AkteurInnen bei Eltern mit Migrationshintergrund verstärkt auf die Vorteile eines Kita-Besuchs hinweisen. Angesichts der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt haben für uns die Qualität von frühkindlicher Bildung, ein besserer Personalschlüssel und ein ausreichendes wohnortnahes Angebot an Kita-Plätzen Vorrang vor weiterer Beitragsfreiheit.

Bildungsbrücken bauen

Ein durchlässiges Bildungssystem braucht funktionierende Übergänge. Deshalb wollen wir die Kooperation zwischen Kita und Grundschule verbindlicher gestalten und mehr zeitliche Ressourcen dafür geben. Jedem Kind hilft es, wenn Elemente wie die Sprachförderung systematisch aufeinander abgestimmt sind und ein Übergangsgespräch zwischen Eltern, Kindern, ErzieherIn und LehrerIn stattfindet. Gemeinsame Fortbildungen sollen dazu beitragen, dass sich Fachkräfte aus Kita und Schule auf Augenhöhe austauschen und gemeinsam Konzepte für „ihre“ Kinder entwickeln.

5.2 Schulkonsens für Qualität

Berliner Schulen haben in den letzten Jahren etliche Reformen verkräften müssen. Es ist gut, dass die perspektivlose Hauptschule abgeschafft wurde und Jugendliche auf der neuen Sekundarschule unter besseren Bedingungen länger gemeinsam lernen können – bis zum Abitur. Wir sehen aber mit Sorge, dass der rot-rote Senat bei der konkreten Umsetzung von Reformen schlampft.

Schulen brauchen jetzt vor allem Zeit und die nötigen Ressourcen, um sich zu konsolidieren und die Reformen auszugestalten. Wir Grüne wollen die Schulen bei diesem Prozess begleiten und unterstützen, Reformen evaluieren und bei Bedarf notwendige Anpassungen vornehmen – immer mit dem Ziel einer besseren Förderung von Kindern und Jugendlichen und unter Beteiligung von Eltern und SchülerInnen. Jetzt geht es darum, Qualität an Schulen zu sichern und Freude am Lernen und Eigenaktivität der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Wir wollen gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Verbänden, Betrieben und Parteien über Qualitätsziele sprechen, um uns mit allen Beteiligten auf einen „Berliner Schulkonsens“ zu verständigen. Das demokratische Mitwirken aller Beteiligten ist dabei selbstverständlich. Wir wollen Erfolg an den Schulen. Dafür brauchen wir ein Lernklima, das so motivierend und unterstützend ist, dass die Schülerinnen und Schüler es schaffen, auch hohe Leistungen zu erbringen. Das heißt im Klartext: Es muss uns gelingen, die viel zu hohe Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss in der kommenden Legislaturperiode deutlich zu senken. Langfristig soll keine Schülerin und kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir wollen mehr Schülerinnen und Schüler zu besseren Abschlüssen bringen. Beides gelingt nur, wenn alle Kinder bei Schuleintritt ausreichend gut sprechen können. Dafür wollen wir sorgen.

Gute Schulen werden im Kiez gemacht – den ganzen Tag

Schulen sollen ein offenes Bildungszentrum für den ganzen Stadtteil sein – am besten ganztägig. Ganztagschulen bieten mehr Raum für die individuelle Förderung von Kindern und unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel ist, dass die Ganztagschule in Berlin zum Standard wird.

Lebensort des Lernens

Wir werden dafür sorgen, dass alle Grundschul Kinder an offenen Ganztagschulen Zugang zu den Nachmittagsangeboten bekommen, also die derzeitige Betreuungslücke in den Klassen 5 und 6 sofort geschlossen wird. Alle Kinder sollen an Schulen ein gesundes und ökologisches Mittagessen erhalten, für Jungen und Mädchen aus einkommensschwachen Familien muss es kostenlos sein. Sprach- und Leseförderung müssen Schwerpunkt an allen Grundschulen werden.

Musik, Theater, Sport, aber auch Technik, Handwerk, Schülerfirmen oder soziales Engagement sind wichtige Felder des Lernens und der Anerkennung. Sie brauchen einen starken Platz in jeder Schule. Insbesondere bei den neuen Sekundarschulen kommt es darauf an, das duale Lernen attraktiv für alle zu machen. Praxis- bzw. berufsbezogene Leistungen müssen als gleichwertig neben klassischen schulischen Bildungsinhalten anerkannt werden. Unsere Kinder werden für den Frieden erzogen. Unterrichtsinhalte und Lehrmaterialien sollten an Konfliktprävention und friedlicher Konfliktlösung ausgerichtet sein. Wenn Bundeswehrvertreter zur politischen Bildung eingeladen werden, dann nur zusammen mit geeigneten Fachkräften für zivile Konfliktbewältigung oder FriedensforscherInnen. Werbung für den Eintritt in die Streitkräfte darf an Schulen nicht stattfinden.

An einer guten Schule sind viele beteiligt, doch manchmal hapert es an der Zusammenarbeit. Schule und Jugendhilfe

haben viele gemeinsame Aufgaben, suchen jedoch zu selten gemeinsame Lösungen. Wir wollen das Verhältnis von Schule und außerschulischen Partnern neu austarieren – auf Augenhöhe und mit gegenseitiger Wertschätzung. Die Häufung von Missbrauchsfällen, zunehmende Konflikte, Mobbingfälle und Diskriminierungen unter Schülerinnen und Schülern, zwischen den Eltern und den Schulen legen nahe, nach neuen Lösungen zu suchen. Kooperationen müssen organisatorisch, personell und finanziell besser abgesichert werden.

Bisher wird Unterschiedlichkeit zu oft als Störfaktor und zu selten als Bereicherung wahrgenommen. Dabei ist die Vielfalt Berlins seine Chance. Individuell fördern heißt dabei nicht nur, sich um die Schwachen zu kümmern, sondern auch, den Starken anspruchsvolle Angebote zu machen. Wir wollen eine Pädagogik, die es allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, sich frei von Vorurteilen und Rassismus zu entfalten. Wir möchten Schulen zu einem Ort des Respekts und der gegenseitigen Anerkennung machen. Lesbische, schwule, intersexuelle und transidente Jugendliche sollen dort angstfrei ihr Coming-out haben können. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Freiräume eröffnet. Die Auseinandersetzung mit der Unterschiedlichkeit der Menschen gehört fächerübergreifend in den Unterricht und in die Schulbücher. Wir werben dafür, Schulprofile – wie etwa bei dem Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage – entsprechend anzupassen. Die Gemeinschaftsschule hat einen festen Platz in der Berliner Bildungslandschaft, den wir nachhaltig sichern wollen. In ihrem Anspruch, Ernst zu machen mit der individuellen Förderung von Kindern und längerem gemeinsamen Lernen, hat sie für uns eine Vorbildfunktion. Gemeinsames Lernen von Anfang an fördert den sozialen Zusammenhalt und erhöht die Chancengerechtigkeit. Dieses gemeinsame Lernen darf aber

nicht schon nach der 4. Klasse aufhören. Deshalb wollen wir erreichen, dass durch eine attraktive Grundschule alle SchülerInnen bis zur 6. Klasse gemeinsam lernen. Eine für alle ist auch unser Ziel für das Berliner Schulsystem.

Kein Kind zurücklassen – die inklusive Schule

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss endlich auch im Berliner Bildungssystem ankommen. Alle Kinder brauchen den gleichberechtigten Zugang zur allgemeinbildenden Schule. Wir bauen in allen Berliner Bezirken schrittweise mehr inklusive Schulplätze in allen Schulformen auf und Plätze an Förderzentren ab. Förderzentren mit den Schwerpunkten emotional-soziale Entwicklung und Lernen werden sukzessive geschlossen. Beim Umbau zur inklusiven Schule muss jederzeit eine adäquate personelle und sächliche Ausstattung gewährleistet sein. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, deren Eltern und die Schulen müssen sich in Zukunft auf ausreichende Unterstützung verlassen können. Weiterhin wollen wir Kompetenzzentren und Anlaufstellen für Eltern und Kinder mit Behinderungen aufbauen. Es braucht Beratungsstellen, an die sich Eltern mit ihren Sorgen wenden können, um Informationen sowie kompetente fachliche Unterstützung und individuelle Förderung für ihr behindertes Kind erhalten zu können.

Keine Schule zurücklassen

Viele Schulen sind erfolgreich und auf einem guten Weg – in allen Teilen der Stadt. Allerdings hat Berlin auch Bildungseinrichtungen, deren Erfolge zu wünschen übrig lassen. Auf diese Schulen müssen wir unser Handeln und die bestehenden Fördermittel konzentrieren, damit kein Kind zurückbleibt. Alle Kinder haben Anspruch auf eine gute Schule. Bildung braucht qualitativ hochwertige Lehrmaterialien, die wir durch die

Förderung lizenzfreier Materialien, auch bekannt als Open Educational Resources, stärken und in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Bildungsarbeit in Berlin gemeinsam weiterentwickeln wollen. Insbesondere die Versorgung mit Räumen muss sich endlich stärker an pädagogischen Kriterien und den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Wir brauchen Schulgebäude, in denen das Lernen Spaß macht und die den Anforderungen einer inklusiven Schule genügen.

Sofortprogramm für Schulen mit besonderen Problemlagen

Schulen, die aufgrund vielfältiger Problemlagen die Mindeststandards guter Bildung verfehlen, brauchen umgehend schulaufsichtliche Begleitung und Unterstützung. Auf der Basis konkreter Zielvereinbarungen sollen sie zusätzliche Mittel erhalten, die sie für sozialpädagogische Projekte, zur Sprachförderung, zur Profilbildung oder zur Vernetzung mit bezirklichen Strukturen einsetzen können. Zwischen Schule, beteiligten Institutionen und freien Trägern wird eine förmliche „Verantwortungsgemeinschaft“ gegründet, um ein frühzeitiges und abgestimmtes Vorgehen bei Problemfällen zu gewährleisten. Zur Vermeidung von Schulschwänzen ist die aufsuchende Eltern- und Jugendarbeit zu stärken. Neue Formen der Elternbeteiligung sollen ebenso erprobt werden wie verpflichtende Bildungsvereinbarungen zwischen der Schule und den Familien. Nötig sind außerdem mehr Coaching-Angebote für Lehrkräfte sowie Unterstützung der Schulleitung durch Schulentwicklungsberatung und gegebenenfalls Austausch von Personal möglichst auf freiwilliger Basis.

Gut ein- und umsteigen

Unser Ziel ist es, bildungsbewusste Familien in sogenannten „Problemkiezen“ durch eine bessere Schulqualität zu halten.

Dafür wollen wir die Schulen besser ausstatten und sie dabei unterstützen, besondere Schulprofile auszubilden. Die Verankerung der Grundschulen in ihrem „Kiez“ ist im Grundsatz richtig. Um aber die jährliche Lostrommel zu vermeiden und das Problem mit Scheinanmeldungen abzumildern, sollen Grundschulen über ein Fünftel ihrer Plätze selbst entscheiden können. Das stärkt die Eigenverantwortung und Profilbildung von Schulen und macht möglich, dass eine gewachsene soziale Gruppe von Kita-Kindern gemeinsam an „ihre Schule“ geht. Mehr individuelle Förderung und messbare Erfolge durch die flexible Schulanfangsphase (SAPh) und das jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) setzen voraus, dass alle Beteiligten hinter dem Konzept stehen. Um das zu erreichen, werden wir eine Aufklärungs- und Weiterbildungsoffensive starten.

Beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule zählt für uns, dass Kinder möglichst auf der Schule bleiben können, auf der sie aufgenommen wurden, dass sie dort optimal gefördert werden und einen Abschluss erreichen. Das gilt auch für Kinder an Gymnasien, weshalb wir auch dort das Sitzenbleiben abschaffen wollen. Um die Gleichwertigkeit von integrierter Sekundarschule und Gymnasium zu sichern, wollen wir das Probejahr auf den Prüfstand stellen und Modelle für Alternativen entwickeln. Eine andere Lehr- und Lernkultur und individuelle Förderung müssen auch am Gymnasium von der Ausnahme zur Regel werden.

Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen

Wir meinen es ernst mit einem anderen Regierungsstil. Insbesondere zwischen Schulen, Bildungsverwaltung und Bezirksämtern brauchen wir eine neue politische Kultur. Berliner Schulen haben zu wenig Spielraum und werden zu oft gegängelt. Die Stärkung der Eigenverantwortung muss zu einer Entbürokratisierung der Bildung führen. Die verkrusteten Verwaltungsstrukturen sind oft

ein Hindernis für Bildungsinnovationen. Unser Leitbild ist die eigenverantwortliche Schule, die ein eigenes Schulbudget für Personal, Projekte, kulturelle Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie für Fortbildung verwaltet. Eingesparte Mittel bleiben bei den Schulen. Wichtig ist auch, dass die Schulleitung ihre Managementaufgaben bewältigen kann und dafür in jeder Schulform angemessene Ressourcen bekommt. Durch eine zeitgemäße Softwarelösung werden wir Schulen bei ihrer Verwaltungsarbeit und der Erfüllung ihrer Berichtspflichten entlasten. Wir werden sie bei der Beschaffung und Aufrechterhaltung einer zeitgemäßen IT-Infrastruktur unterstützen. Eine zentrale Schülerdatei mit umfangreichen Sozialindikatoren und Zugriffsrechten für eine Vielzahl von Behörden lehnen wir aus datenschutzrechtlichen Gründen ab. Schulen sollten bestehende Instrumente der Qualitätsprüfung und -sicherung für ihre Weiterentwicklung nutzen und transparent damit umgehen. Eltern und Schülerschaft müssen im Sinne einer demokratischen Schule stärker einbezogen werden. Die Verwaltung wiederum hat die Bringschuld, die Versorgung mit Räumen, Personal sowie Lehr- und Lernmitteln vom ersten Schultag an sicherzustellen und die Qualität von Schulen zu kontrollieren.

Gute Schule – eine saubere Sache

Kinder haben ein Recht darauf, in sauberen und freundlichen Schulen zu lernen. In viel zu vielen Schulen ist das seit Jahren nicht der Fall. Wir wollen dieses Recht durch ein nachhaltiges Schulanlagen-Sanierungsprogramm schrittweise für alle Schulen umsetzen. Dafür müssen die Zuständigkeiten zwischen Bezirks- und Hauptverwaltung geklärt werden.

Gemeinnützige Schulen in freier Trägerschaft sind auch Ausdruck eines aktiven BürgerInnen-Engagements in der Stadt und ein Stück gelebte Demokratie. Wir wollen diesen Schulen nicht

das Wasser abgraben, sondern Planungssicherheit geben. Wir halten eine ein- bis dreijährige Wartefrist, in der festgestellt wird, ob der Träger einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb aufnehmen und dauerhaft gewährleisten kann, für angemessen. Beim Ausbau einer Schule durch einen bewährten Schulträger kann die Wartepflicht ganz entfallen. Die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft muss transparent sein und für Planungssicherheit sorgen. Grundsätzlich erwarten wir einen angemessenen finanziellen Beitrag des Trägers.

Wir wollen ein Modell prüfen, bei dem eine Erhöhung der Finanzierung der gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft nur dann möglich ist, wenn sie eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten. Eine pauschale Erhöhung der Zuschüsse zu Schulen in freier Trägerschaft wollen wir nicht. Eine ausreichende Finanzierung und Gewährleistung eines für alle zugänglichen, breiten und qualitativ hochwertigen öffentlichen Bildungsangebots hat selbstverständlich Priorität bei der Neugestaltung der Zuschussregelung für Schulen in freier Trägerschaft.

Neue Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land

Schulreformen bleiben Papiertiger, wenn das, was inhaltlich dahintersteht, nicht im Denken und Handeln der Lehrenden ankommt. Die individuelle Förderung von Kindern, der produktive Umgang mit Vielfalt oder das duale Lernen an den neuen Sekundarschulen erfordern eine grundlegend andere Lehreraus- und -fortbildung. Deshalb wollen wir das Lehrerbildungsgesetz in Abstimmung mit Brandenburg novellieren. Grünes Leitbild ist, die Lehrerbildung nicht länger an Schularten, sondern an Schulstufen auszurichten. Lehramtsstudierende müssen viel früher Praxiserfahrung sammeln können und eine hochwertige pädagogische und fachdidaktische Ausbildung bekommen, die LehrerInnen auf den Umgang mit Heterogenität und inklusive

Bildung und Erziehung vorbereitet. Alle Lehramtsstudiengänge sollen künftig mit dem zweijährigen Masterstudium abschließen. Das Referendariat soll für alle Lehrämter gleich lang dauern und im Bedarfsfall auch Teilzeitregelungen ermöglichen. Initiativen für mehr Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund wollen wir stärken und weiterentwickeln. Berlin steht vor einem dramatischen Lehrkräftemangel. Eine Stadt, die mit anderen im Wettbewerb um die besten Köpfe steht, muss den angehenden Lehrerinnen und Lehrern mehr bieten. Bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten sind wichtige Instrumente dafür. Einstellungsverfahren müssen früher starten und schneller vonstattengehen, Einstellungszusagen frühzeitig ausgesprochen und viel mehr unbefristete Stellen vergeben werden. Zu diskutieren ist auch eine Reduzierung der Wochenstundenzahl für Lehrkräfte in den ersten beiden Berufsjahren. Generell halten wir eine Neuregelung der Lehrerarbeitszeit für sinnvoll, die alle Aufgaben und Tätigkeiten der jeweiligen Lehrkräfte sowie individuelle Belastungen angemessen berücksichtigt. Zur Absicherung eines qualitativ guten Unterrichts brauchen wir eine verlässliche Lehrkräftebedarfsplanung mit klar definiertem Einstellungskorridor bis 2017.

5.3 Aktiv für Ausbildung

Für fast zwei Drittel der Berliner Schülerinnen und Schüler beginnt die eigentliche Bildungsherausforderung erst nach der Schulzeit. Jede und jeder hat das Recht auf eine gute Ausbildung. Aber Berliner Unternehmen bilden deutschlandweit am wenigsten aus, die Schule entlässt zu viele nicht ausbildungsreife Jugendliche und etliche „Qualifizierungs“-Maßnahmen entpuppen sich als Sackgasse ohne Anschlussperspektive. Absurd: auf der einen Seite ein Geflecht aus teuren ausbildungs-

und berufsvorbereitenden Kursen, in denen mehr als 20.000 Jugendliche „feststecken“ – auf der anderen Seite Unternehmen, die händeringend Fachkräfte und Azubis suchen.

Diese Vergeudung von Potentialen und Geld können wir uns nicht leisten. Eine kluge Stadt braucht alle Talente! Aufstieg durch Bildung kann nur gelingen, wenn Schule, Politik und Wirtschaft ihrer Verantwortung für ein durchlässiges Bildungssystem endlich nachkommen. Notwendig ist dafür auch die Stärkung und Weiterentwicklung der beruflichen Schulen als duale Partner. Wir sehen Berufsbildung als gleichwertig mit der allgemeinen Bildung an.

Ausbildung geht alle an

Zuallererst müssen die Unternehmen die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen und deutlich mehr Ausbildungsplätze schaffen – in ihrem Interesse und im Interesse der ganzen Stadt. Es darf nicht sein, dass eine Bewerberin wegen ihres ausländisch klingenden Namens abgelehnt wird oder ein Schulabgänger keine Chance bekommt, weil sein Abschluss zwei Jahre zurückliegt.

Unser Ziel ist es, mit der Berliner Wirtschaft zu einer Vereinbarung zu kommen, dass jene 50 Prozent der Berliner Betriebe, die ausbilden könnten, dies auch wirklich tun! Unternehmen müssen zumindest Abschnitte einer beruflichen Ausbildung bei sich anbieten – in Arbeitsteilung mit anderen Betrieben oder Bildungsträgern. Diese Verbundausbildung wollen wir ausbauen. Für landeseigene Unternehmen soll eine Ausbildungsquote von sieben Prozent gelten, der Anteil von Azubis mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst muss steigen, besonders im pädagogischen Bereich, aber auch bei Polizei und Feuerwehr. Unternehmen bilden eher aus, wenn sie wissen, was auf sie zukommt und welche Hilfen es für Auszubildende gibt, z.B. Sprachförderung, Kinderbetreuung oder auch Arbeitsassistenten

für junge Menschen mit Behinderung. Deshalb wollen wir die Begleitung und Beratung von Betrieben stärken.

Darüber hinaus wollen wir die beruflichen Schulen stärken und weiterentwickeln, weil sie mit ihren vielfältigen Ausbildungsangeboten einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit Berlins und zur beruflichen Integration junger Menschen leisten. Die vollschulischen Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote wollen wir als dauerhafte Aufgabe des öffentlichen Bildungssektors sichern und die Oberstufenzentren (OSZ) zu Kompetenzzentren für Berufsbildung und Nachhaltigkeit entwickeln. Sie sollen eine qualifizierte Ausbildung für alle SchulabgängerInnen anbieten, die sonst in Warteschleifen landen würden. Diese Ausbildungen müssen zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Der Zugang zur Berufsbildung darf weder von konjunkturellen Entwicklungen noch vom Ausbildungsinteresse einzelner Unternehmen abhängig sein.

Unser Ziel, 100.000 neue Jobs in Zukunftsbranchen wie Umwelttechnik, erneuerbare Energien oder personennahe Dienstleistungen zu schaffen, muss auch mit Veränderungen in der Ausbildung einhergehen. Wir brauchen z. B. im Energiebereich neue Berufsbilder für die niedrig qualifizierte und Facharbeiter-Innenebene. In der Gastronomie könnten mit einem zusätzlichen Berufsschultag mehr Qualifikationen für innovative Verfahren, nachhaltiges Wirtschaften und gesunde, biologische Ernährung vermittelt werden.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Wir wollen den Dschungel aus Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Beruf lichten und klare Förderstrukturen schaffen. Kurse ohne verwertbares Zertifikat werden abgeschafft. Das spart Geld für anderes. Jugendliche mit

Schulabschluss, die keine betriebliche Lehrstelle bekommen haben, können eine öffentlich geförderte, hochwertige schulische Berufsausbildung erhalten, die sich am regionalen Arbeitsmarkt orientieren muss und die Möglichkeit eines Wechsels in eine betriebliche Ausbildung offen hält. Zusätzlich findet an allen Schulen eine frühere Berufsorientierung statt, die viel Praxis außerhalb der Schule einschließt und jenseits von Geschlechterklischees Raum zum Ausprobieren gibt. Dafür braucht es eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Betrieben, Bildungsträgern, Arbeitsagentur usw. Jede und jeder Jugendliche bekommt eine feste Ansprechperson, die sie bzw. ihn über das Ende der Schulzeit hinaus bis in den nächsten Ausbildungsschritt begleitet.

Weiterbilden – weiterkommen

Wer es mit dem Schlagwort vom lebenslangen Lernen ernst meint, muss es endlich aus den Sonntagsreden in den Alltag holen und für flächendeckende qualitativ gute Angebote sorgen. Eine wichtige Aufgabe von Weiterbildung ist es, den Weg in zukunftsfähige Branchen zu erleichtern. Wir wollen u.a. in enger Abstimmung mit den beruflichen Schulen Quereinsteigerprogramme unterstützen, um Menschen neue Jobs in den Feldern erneuerbare Energien, neue Mobilität, Umweltschutz und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege, frühkindliche Bildung, nachhaltiger Tourismus und Kreativwirtschaft zu ermöglichen.

Alle brauchen eine zweite Chance – deshalb gilt unser Augenmerk auch den Angeboten zur Alphabetisierung und zum Nachholen von Schulabschlüssen. Wir dürfen Menschen nicht am Lernen und Weiterkommen hindern. Deshalb fordern wir die zügige Prüfung von ausländischen Abschlüssen, verbunden mit einer Beratung für maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote. Außerdem brauchen wir genügend Plätze in Integrationskursen.

5.4 Hochschule neu denken

„Eine Stadt für alle“ braucht Zugangsgerechtigkeit für alle Hochschulbewerberinnen und -bewerber, eine gute Qualität der Lehre und gute Bedingungen für Forschung. Überfüllte Hörsäle, schlechte Betreuung und überforderte Lehrende müssen der Vergangenheit angehören. Wir lehnen Studiengebühren ab, weil sie sozial ungerecht sind. Gebühren haben eine abschreckende Wirkung auf diejenigen, die nicht aus bildungsnahen oder ökonomisch abgesicherten Verhältnissen kommen. Ein leistungsfähiges Studentenwerk, das Wohnheimplätze, Essensversorgung, Kita-Plätze und vielfältige Beratungsangebote vorhält, ist das A und O, damit Studieren auch ohne dickes Portemonnaie gelingt. Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen sind zudem nicht nur Orte der Ausbildung und Wissensspeicher. Sie müssen auch Ort des Nachdenkens über aktuelle gesellschaftliche Fragen sein und bei Themen wie Demokratie, Klimawandel, Wirtschaft oder Integration vorausdenken.

Bachelor und Master studierbar machen

Auch die Studierendenproteste haben gezeigt: Bachelor- und Masterstudiengänge in Berlin müssen flächendeckend überarbeitet und verbessert werden. Die Curricula müssen wieder individuelle Schwerpunktsetzung ermöglichen und überfachliche Qualifikationen fördern. Ebenso müssen die Studiengänge wieder den Lebensrealitäten der Studierenden wie Teilzeitstudium, Nebenjob, Familie, gesundheitliche Beeinträchtigungen etc. angepasst werden. Die Durchlässigkeit der Studiengänge zwischen den Berliner Hochschulen muss wieder deutlich verbessert und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden. Auch dazu wollen wir das Berliner Hochschulgesetz ändern, denn die rot-rote Novelle verschlimmert das Problem eher,

als es zu verbessern. Studium darf kein Elitenprojekt sein. Der Hochschulzugang muss offener gestaltet und die Übergangsquote vom Bachelor zum Master von nur 50 Prozent deutlich erhöht werden. Wir lehnen die weitere Absenkung der Studienqualität zugunsten billig gerechneter Studienplätze ab und fordern eine grundlegende Überarbeitung des Finanzierungsmodells („Preismodell“) und seiner Kriterien. Hochschulen dürfen beispielsweise nicht bestraft werden, wenn sie Fachwechsler aufnehmen oder Studierende in Teilzeit studieren. Dies muss in den nächsten Hochschulverträgen geregelt werden. Die Verhandlungen über die notwendigen Veränderungen wollen wir frühzeitig aufnehmen.

Gute Lehre als Karriereschub!

Für uns ist es entscheidend, dass gute Lehre endlich belohnt wird: Die Hochschullehre muss aus dem Schatten der Forschung und Drittmittelwerbung treten und als Karriereschub etabliert werden, um die Qualität der Lehre dauerhaft zu verbessern. Wir fordern daher den Ausbau des Weiterbildungsangebots speziell für Hochschullehrer. Wer nicht lehren kann, kann nicht Professor oder Professorin sein. Außerdem wollen wir ein neues Programm zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre für die Hochschulen. Wir wollen, dass gute Hochschullehre endlich belohnt wird. Mit seinen Exzellenzclustern, Sonderforschungsbereichen und Instituten verfügt Berlin über eine herausragende Forschungslandschaft, die wir weiter stärken wollen. Auch hier muss eine bessere Verzahnung mit der Lehre stattfinden, so dass sich Forschungsqualität auch in der Qualität der Lehre niederschlägt.

Hochschulen wollen solide finanziert sein

Berlin ist gefragt: Auf einen Studienplatz in Berlin kommen in der Regel mehr als fünf Bewerbungen. Dabei haben allzu oft die

eigenen Landeskinder das Nachsehen. Wir wollen den Hochschulen helfen, ehrlich finanzierte Studienplätze bis zum Master aufzubauen, anstatt die unterfinanzierten „Studierchancen“ des Senats zu dulden. Das lohnt sich: Jeder Zuschuss-Euro für die Hochschulen schafft eine dreimal höhere Nachfrage in der Stadt und bringt Mittel aus dem Länderfinanzausgleich.

Die Berliner Hochschulen brauchen eine transparente, zuverlässige und vor allem ausreichende Finanzierung für Forschung und Lehre. Dazu gehören bis zum Masterabschluss ausfinanzierte Studienplätze, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Landes- und Projektfinanzierung sowie eine ehrliche Neuberechnung des Bedarfs an Studienplätzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedarfe der Hochschulen von Grund auf neu berechnet werden und alte Probleme wie die Pensionslasten oder aufgeschobene Investitionen endlich gelöst werden. Wir wollen Schattenhaushalte und Parallelstrukturen wie die Einsteinstiftung auflösen und die frei werdenden Gelder direkt der Forschung und Lehre zukommen lassen. Das Land Berlin muss den Hochschulen eine solide Grundfinanzierung bieten und die Kofinanzierung bei Drittmittelprojekten auf sichere Beine stellen. Dabei geht es auch darum, die Hochschulen in die Lage zu versetzen, den doppelten Abiturjahrgang 2012 aufzunehmen.

Vertrauen und Transparenz wiederherstellen

Das Berliner Hochschulsystem zeigte sich zuletzt an vielen Stellen blockiert – sowohl im Verhältnis zwischen Land und Hochschulen als auch innerhalb der Hochschulen und ihrer Personalgruppen. Wir wollen wieder ein Klima des Vertrauens und der Verlässlichkeit schaffen, damit die Akteure nicht weiter gegeneinander agieren, sondern gemeinsam die Zukunftsaufgaben anpacken. Für uns braucht es daher neue Formen der Beteiligung aller Hochschulmitglieder an wichtigen Entscheidungen.

Eine moderne Hochschule definiert Hochschulautonomie nicht als Präsidialdiktatur, sondern sorgt für mehr Demokratie und moderne „partizipative“ Entscheidungsverfahren. Ziel ist, dass sich alle Mitglieder einer Hochschule an der Selbstverwaltung beteiligen können. Um der Vielfalt und Autonomie unserer Hochschulen Rechnung zu tragen, treten wir für ein von allen Statusgruppen paritätisch besetztes Grundordnungsgremium ein, das die Struktur der internen Entscheidungswege unabhängig festlegt.

Für uns gehört eine ehrliche mittel- und langfristige Entwicklungsplanung der Berliner Hochschulen zur Grundvoraussetzung, damit das Land Berlin sie effektiv in ihren Aufgaben unterstützen kann. Wir setzen dabei auf klar formulierte Ziele, transparente Entscheidungen und ehrliche Zahlen. Wir bekennen uns zu einem guten Hochschulvertragssystem mit klaren Zielvereinbarungen – ohne einseitige Ausstiegsklauseln – anstelle des jetzt eingeführten Preismodells und der kleinteiligen Detailsteuerung. Zusammen mit den Beteiligten aus Hochschulen und Forschung planen wir, ein neues, modernes Berliner Hochschulgesetz zu verfassen.

Berliner Hochschulgesetz modernisieren

Wir wollen das Berliner Hochschulsystem zusammen mit den Hochschulen grundlegend modernisieren. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Studierbarkeit und der Bedingungen in der Lehre. Wir wollen flexible und durchlässige Personalstrukturen schaffen, die vielfältige Karrierewege bieten. Ebenso wird die Gremienstruktur den Bedürfnissen der einzelnen Hochschulen angepasst und die Demokratisierung vorangetrieben. Die Modernisierung des Berliner Hochschulgesetzes ist ein wichtiger Schritt, um den tiefgreifenden und dringend notwendigen Kulturwandel an den Berliner Hochschulen zu unterstützen.

Vielfalt schließt Geschlechtergerechtigkeit ein

Geschlechtergerechtigkeit ist für uns ein selbstverständliches und grundlegendes Ziel, das überall in Forschung, Wissenschaft und Lehre ausdrücklich gefördert werden muss. Doch die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in den Hochschulen noch lange nicht erreicht. Wir unterstützen Hochschulen in ihrem Bemühen um die Anwerbung von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen und setzen uns für offene und transparente Personalauswahlverfahren ein, die wir gesetzlich etablieren wollen. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass die Potentiale und Qualifikationen von Frauen auch in männlich dominierten Fachkulturen als eine Bereicherung begriffen werden. Nur mit einem so gestalteten Kulturwandel werden die Hochschulen im 21. Jahrhundert zukunftsorientiert ihre gesellschaftlichen Aufgaben wahrnehmen können.

Draht zur Stadt

Die Gesellschaft braucht einen direkten Draht zur Hochschule. Und wir brauchen immer mehr hochqualifizierte Fachkräfte, also einen breiteren Zugang zu höherer Bildung. Nicht zuletzt deshalb müssen Hochschulen sich stärker öffnen, flexibler werden und ihre Angebote überarbeiten. Mehr Menschen aus migrantischen oder bildungsfernen Familien, mehr Berufstätige ohne Abitur, mehr Männer und Frauen auf dem sogenannten zweiten oder dritten Bildungsweg und mehr Ältere sollen an die Hochschulen kommen. Dafür sind unterschiedliche Hochschultypen und Profile, wie sie in der Berliner Hochschullandschaft zu finden sind, gut und richtig. Und damit keine Akademikerin und kein Akademiker auf der Straße sitzt, werden wir auch für eine zügigere Anerkennung von im Ausland erworbenen akademischen Abschlüssen einschließlich der Umwandlung in entsprechende deutsche Grade und Titel sorgen.

Europaweites Lernen und Studieren

Berlins Universitäten und Forschungseinrichtungen, sein lässiges Lebensgefühl und seine scheinbar grenzenlosen Potentiale laden junge Menschen aus der Welt ein, mit ihren Ideen und Potentialen hierherzukommen, unsere Stadt bunter und ideenreicher und damit chancenreicher zu machen.

Wir bekennen uns zu den ursprünglichen Zielen des Bologna-Prozesses: der Schaffung des gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes, in dem Hochschulabschlüsse auf der Grundlage der Gleichwertigkeit anerkannt werden. Internationale Mobilität, Freiheit und akademischer Austausch sollten verbessert werden. Wir wollen alles tun, um diese Ziele endlich mit den Berliner Hochschulen zu erreichen. Und das, ohne die Berliner Landeskinder weiter durch den Verdrängungsprozess zu benachteiligen, denn Mobilität ist ein Recht und keine Pflicht. Wir wollen die internationale Vernetzung und Strahlkraft der Berliner Hochschulen fördern. Unser Ziel ist es, Studierenden in Berlin beste Bedingungen zu bieten und ihnen jede Menge Gründe zu liefern, auch nach dem Studium hier in Berlin ihre Potentiale auszuleben – zu unser aller Gewinn.

An den Hochschulen wollen wir den internationalen Austausch von Studierenden als auch von Lehrenden intensivieren. Ebenso wollen wir den Austausch über Lehrinhalte und Forschung anregen. Auch an Schulen muss das Erlernen globaler und europäischer Zusammenhänge eine höhere Priorität bekommen und die Europa-Kompetenz gestärkt werden.

5.5 Wissenschaft und Forschung in und für Berlin

Berlin ist mit seinen vielfältigen Hochschulen und Forschungsinstitutionen einer der wichtigsten Wissenschaftsstandorte in

Deutschland und Europa. Mit diesem Pfund wollen wir wuchern – zum Wohle der ganzen Stadt.

Forschung für die Gesellschaft

Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken und Zusammenhänge verstehen zu wollen. Das brauchen wir, um Antworten auf soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Fragestellungen zu finden. Dabei müssen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft eng zusammenarbeiten. Ebenso braucht es eine bessere Verzahnung zwischen Bund und Land. Der interdisziplinäre Austausch zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss gestärkt und verlässliche Zukunftsperspektiven für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen geschaffen werden.

Wissenschaft und Forschung spielen eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins, durch den Wissenstransfer oder die Kooperation mit großen, kleinen und mittelständischen Betrieben, durch die Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften oder durch die Wirtschaftskraft, die Studierende und Forschende mit nach Berlin bringen. Deshalb werden wir die Sicherung und den Ausbau des Instituts für Angewandte Forschung vorantreiben.

Von der Öffentlichkeit geförderte Forschung muss ihre wissenschaftlichen Publikationen und die ihnen zugrundeliegende Daten der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stellen (Open Access). Die bisherigen Publikationsstrukturen stellen eine Privatisierung des von der Allgemeinheit finanzierten Wissens dar. Durch Open Access soll verhindert werden, dass dieses Wissen erneut von der Allgemeinheit finanziert bzw. von den Verlagen zurückgekauft werden muss, die durch die Publikation die Nutzungsrechte erhalten haben. So wird auch die digitale Kluft

verringert: Unter anderem können so WissenschaftlerInnen mit geringem Budget an wissenschaftliche Ergebnisse gelangen und am Diskurs teilnehmen. Wir wollen Berlin als Vorbild für die Umsetzung des Open-Access-Prinzips etablieren.

Undank ist der Welten Lohn? – Wissenschaft als Beruf

Wissenschaft als Beruf muss endlich wieder attraktiver werden! Akademische Laufbahnen erweisen sich als kaum planbar, kennen lange Phasen prekärer Beschäftigung und sind häufig nicht familienkompatibel. Wir brauchen berechenbare, familienfreundliche und durchlässige Personalstrukturen, die auch den Wechsel zwischen Wissenschaft und anderen Berufen möglich machen.

Berliner Hochschulen sollen Arbeitgeber sein, die attraktive Aufgabenprofile bieten. Wir setzen uns für eine gute Mischung aus befristeten und unbefristeten Stellen im wissenschaftlichen „Mittelbau“ ein. Der Flaschenhals der regulären Professur ist schädlich für Berlins Hochschullandschaft, da zu viele Wissenschaftskarrieren im Aus enden. Die Verbeamtung der Professuren schafft mehr Probleme als Vorteile und gehört daher abgeschafft. Auch für das nicht wissenschaftliche Personal müssen Hochschulen ein attraktiver Arbeitgeber sein.

Vielfalt der Forschung

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, verlangen vielfältige Antworten, die manchmal auch in neuen oder risikoreichen Forschungsthemen liegen.

Zentrale Basis für Innovationen und Fortschritt ist die Grundlagenforschung. Sie bildet den Nährboden für gesellschaftliche Reflexion und für erfolgreiche anwendungsorientierte Forschung. Grundlagenforschung muss daher eine wesentliche Säule der öffentlichen Forschungsförderung bleiben.

Wer Innovation erzwingen will, versteht nicht, wie Wissenschaft funktioniert. Wir wollen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen wieder eine Kultur des Austausches und der „Fehlerfreundlichkeit“ etablieren. Viele Ideen müssen gedacht und diskutiert oder auch verworfen werden, auch über disziplinäre Grenzen hinweg, ehe ein anwendungsfähiges Ergebnis entsteht. Kooperation zwischen verschiedenen Fachkulturen ist dabei das Schlüsselwort. Wir wollen interdisziplinäre Vorbildprojekte, wie das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, sowie andere Vordenker fördern und sichtbar machen, um Berlin als Ganzes voranzubringen.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stimmt für frühe Sprachförderung für alle Kita-Kinder.
- sorgt für gute Schulen mit Perspektiven für alle.
- schafft Ausbildungsplätze für alle und sorgt für beruflichen Anschluss.
- sagt Nein zu Studiengebühren und stärkt die Lehre.
- schafft Studienplätze statt nur Studierchancen.
- fördert Forschung, die allen zugutekommt.

*„Und ein Junge fegt den Flur
Weil er das am besten kann
Wollen wir das?
Wollen wir das?“
(Beatsteaks/Turbostaat)*

6. Familiengerechtes Berlin Ein neuer Generationenvertrag für die Stadt

„Eine Stadt für alle“ bedeutet ein generationengerechtes Berlin, in dem Jung und Alt in Solidarität zusammenleben. Berlin wird demografisch gesehen zugleich jünger und älter, die Lebensentwürfe werden vielfältiger. Das verändert Bedürfnisse und Ansprüche. Gerade Junge und Alte erleben unsere Gesellschaft häufig als blockiert. Kinder erhalten nicht die Förderung und die Spielräume, die sie brauchen. Menschen, die sich um andere kümmern – um kleine Kinder genauso wie um Alte oder Pflegebedürftige –, werden mit dieser Aufgabe alleingelassen. Jugendliche bekommen zu wenige Chancen auf echte Teilhabe und Beteiligung. Ältere Menschen fürchten, nicht mehr gebraucht oder gefragt zu werden. Es ist an der Zeit, diese Blockaden aufzubrechen und die Potentiale aller Generationen für Berlin und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu nutzen.

Zur Wahl steht ein neuer Generationenvertrag für Berlin, der Kindern den Platz einräumt, den sie brauchen, Eltern nicht im Stich lässt, jungen Menschen Gehör gibt und ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglicht.

6.1 Ein neuer Generationenvertrag für Berlin

Wir müssen uns neu darüber verständigen, was Alt und Jung in Berlin zusammenhält. Wir wollen eine Stadt der kulturellen Vielfalt, in der Kinder sich willkommen und Jugendliche sich akzeptiert fühlen. In der Familien gut leben und ältere Menschen aktiv mitgestalten können – aber auch im Pflegefall gut versorgt sind. Ein neuer Generationenvertrag bedeutet eine Vereinbarung darüber, wie und wo Raum für Begegnungen zwischen den Generationen entstehen und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden kann. Und er steht für eine Gesellschaft, die der nachfolgenden Generation noch Spielraum für Entscheidungen lässt. Deshalb heißt generationengerechtes Handeln in Berlin auch, die Stadt nicht tiefer in den Schulden-sumpf zu treiben.

Bist du dabei?

Gemeinsam ist alten und jungen Menschen in Berlin, dass sehr viele von ihnen bereits in prekären Verhältnissen gelebt haben oder immer noch leben. Entsprechend groß ist die Angst, den sozialen Anschluss zu verpassen. Das ist nicht unbedingt eine Frage von Arbeitslosigkeit oder Bildungsferne, ein Leben kann schon ins Wanken geraten, wenn im nahen Umfeld jemand stirbt oder das Geld trotz Arbeit nur reicht, solange nichts Unvorhergesehenes passiert. Wir kämpfen gegen soziale Exklusion. Es kommt in unserer Stadt auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an!

Richtig organisiert und ausreichend unterstützt können Junge und Alte, Frauen und Männer, Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft noch viel mehr voneinander profitieren und lernen, etwa bei der gemeinsamen Gestaltung ihres Stadtviertels, in neuen generationsübergreifenden Wohnformen

oder in Unternehmen, wenn sich Erfahrungsschatz und Ideenreichtum der Einen mit Risikobereitschaft und Kreativität der Anderen verbinden.

Wir wollen das Zusammenleben der verschiedenen Generationen fördern und dafür auch die nötige Infrastruktur in den Stadtteilen bereitstellen. Wenn Menschen sich repräsentiert und von öffentlichen Institutionen ernst genommen fühlen, wenn sie beteiligt werden und selbstbestimmt entscheiden können, stärkt dies auch das Vertrauen in die Demokratie und vermeidet Diskriminierung.

6.2 Eine Stadt für alle Kinder

Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen – ob verwandt oder nicht – verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen, insbesondere für Kinder. Dazu gehören in Berlin gerade auch viele Alleinerziehende, Patchwork- sowie Regenbogenfamilien. Die Vielfalt der unterschiedlichen Familienmodelle muss endlich als Normalität wahrgenommen werden. Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Stadt mit echten Teilhabechancen für alle Mädchen und Jungen. Eine Stadt, in der diejenigen, die sich um Kinder, Ältere oder Pflegebedürftige kümmern, Anerkennung erfahren und ihr Engagement mit einer Berufstätigkeit verbinden können.

Kinder und Jugendliche haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung und Betreuung, und sie haben ein Recht darauf, zu spielen. Sie brauchen die liebevolle Zuwendung ihrer Eltern, haben aber gleichzeitig auch Anspruch auf Unterstützung und Förderung durch den Staat. Es ist ein Erfolg grüner Politik, dass Kinderrechte in der

Berliner Landesverfassung verankert wurden. Wir verstehen dies als starken Auftrag an die Politik, Prioritäten zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu setzen.

Arm sein ist überhaupt nicht sexy

Berlin ist bei der Kinderarmut trauriger Spitzenreiter in Deutschland. Für die betroffenen Kinder heißt das weniger Chancen auf Teilhabe, auf Gesundheit, auf einen Schulabschluss. An erster Stelle muss deshalb stehen: echte Teilhabe für Kinder aus armen Familien schaffen – egal, ob sie ALG II bekommen oder mit ihrem Einkommen knapp darüberliegen. Wir müssen die gesamte Infrastruktur für Familien, wie z. B. Kindertagesstätten, Familienbildung, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, konsequent am Bedarf armer und sozial benachteiligter Kinder ausrichten.

Ein Strauß Hilfe

Der beste Schutz gegen Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Eltern. Deshalb braucht Berlin eine gut aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu kommt die Bildungsinfrastruktur: Kitas und Schulen müssen früher, individuell und ganzheitlich fördern. Wir wollen stärker für einen frühen Kita-Besuch werben und mit einem Kita-Gutschein dafür sorgen, dass alle Kinder ab drei Jahren für sieben Stunden pro Tag ohne Bedarfsprüfung die Kita besuchen können. Und natürlich müssen Kinder sozial abgesichert sein, weshalb wir am tatsächlichen Bedarf orientierte Regelsätze brauchen und gezielte Sachleistungen wie ein gesundes Mittagessen.

Kinder haben ein Recht darauf, sich unabhängig von den Möglichkeiten, die ihnen ihre Familien geben können, zu entwickeln. Wir wollen alles dafür tun, dass der Zugang zu Sport-, Musik- und Kulturangeboten nicht vom Geldbeutel der Eltern,

sondern von den Interessen der Kinder abhängt.

Im Interesse der Kinder müssen Leistungen des Bildungspaketes der Bundesregierung möglichst unbürokratisch eingelöst werden können. Es ist sicherzustellen, dass vorhandene Angebote in der Stadt nicht abgebaut oder plötzlich kostenpflichtig werden, sondern dass sie effizient und unentgeltlich erhalten werden.

Frühe Hilfe statt später Hilflosigkeit

Täglich setzen Eltern alles daran, ihre Kinder zu selbstständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu erziehen. Den allermeisten gelingt diese beachtliche Leistung. Es gibt aber auch Eltern, die grundsätzlich überfordert sind und Schwierigkeiten mit der Erziehung ihrer Kinder haben. Diese Familien wollen wir mit niedrigschwelligen Angeboten möglichst früh und präventiv erreichen, am besten schon in gut organisierten bezirklichen Netzwerken rund um die Geburt.

Dazu gehören ein wertschätzender Begrüßungsbesuch aller Neugeborenen durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und der Einsatz von Familienhebammen und Elternbriefen. Das verbindliche Einladungswesen zu den Vorsorgeuntersuchungen ist auf seine Wirksamkeit hin zu prüfen und ggf. zugunsten verbesserter Förderangebote und Hilfen für Familien aufzugeben. Wir wollen außerdem aus Kitas interkulturelle Familienzentren machen, die Beratungsangebote für Eltern verzahnen und ihnen in vielfältigen Lebenslagen Unterstützung und Bildung bieten.

Auch Gesundheitsförderung sowie präventiver und reaktiver Kinderschutz müssen als Querschnittsaufgabe und im unmittelbaren Lebensumfeld von Kindern, also in Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen, verankert werden.

Spiel- und Bewegungsräume für Kinder

Es gilt, in der Stadt- und Verkehrsplanung verstärkt den Schwerpunkt auf sichere Spiel- und Schulwege und die Entwicklung von Spiel- und Bewegungsräumen für Kinder und Jugendliche zu legen. Öffentliche Plätze und Freiflächen müssen zu attraktiven Kommunikations- und Aufenthaltsorten für Kinder, Erwachsene und alte Menschen umgestaltet werden. Damit Freiräume ihren Namen verdienen, müssen sie auch barrierefrei sein.

Beispielbares Berlin

Unser Ziel ist, dass Berlin zu einer beispielbaren Stadt für alle Generationen wird. Wir brauchen ein Netz von Spiel-, Bewegungs-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen, die fußläufig erreichbar sind. Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten für die Schätze ihres Kiezes. Deshalb entscheiden sie bei der Gestaltung ihrer Spielräume mit – und zwar am besten schon im Planungsstadium. Wir wollen die in Pankow bereits erprobte Spielleitplanung auf möglichst viele Bezirke ausweiten. Es geht darum, für ein bestimmtes Gebiet ein Konzept zu entwickeln, das auf einer gemeinsamen Leitidee beruht. Alle Planungs- und Umsetzungsebenen sollten in diesen Prozess einbezogen sein.

6.3 Die Jugend von heute

Es ist wichtig, jungen Menschen ausreichend Gehör zu verschaffen und sie ernsthaft, nicht alibimäßig, an politischen Prozessen zu beteiligen. Jugendliche sind in aller Regel in einer besonderen Phase der Persönlichkeitsentwicklung und dafür einerseits auf große Freiräume, andererseits aber auch auf bestmögliche Unterstützung angewiesen. Das gilt vor allem in Sachen Schulabschluss, Ausbildung und Berufseinstieg.

Mitsprechen lassen, nicht nur so tun

Partizipation ist ein zentraler Ansatz grüner Jugendpolitik. Wir sind der Überzeugung, dass diejenigen, die es angeht, auch über ihre eigenen Anliegen mitentscheiden sollen. Deshalb treten wir dafür ein, dass Jugendliche schon ab 16 Jahren an der Wahl zum Abgeordnetenhaus teilnehmen können. Das stärkt die Demokratie und fördert die politische Bildung. Beteiligung beschränkt sich aber nicht darauf, einmal in fünf Jahren zu wählen. Kinder und Jugendliche sollten sich auch über Jugendbüros, Jugendparlamente oder Projekte wie die Kiezdetektive einbringen können. Genauso wichtig ist es, Mitbestimmung und Demokratie in der Schule und in Jugendeinrichtungen zum Alltag zu machen.

Bestimmt selbst! Jugendbudget in jedem Bezirk

Wir meinen es ernst mit der Mitbestimmung. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Bezirk ein Budget von mehreren tausend Euro für jugendpolitische Zwecke erhält, über dessen Verwendung Jugendliche aus dem Bezirk selbst bestimmen. Organisiert werden kann die Verteilung etwa über Kinder- und Jugendjurys oder andere Formen der Jugendbeteiligung. Auch Stiftungen oder andere private Geldgeber können dieses Budget auffüllen.

Wir wollen die Vielfalt der Jugendkulturen fördern, auch weil kulturelle Vielfalt der beste Schutz gegen rechtsextreme Einfalt ist. Die Eigenständigkeit von Jugendarbeit und Jugendeinrichtungen muss erhalten bleiben. Sie spielen eine wichtige Rolle im Bildungssystem als Lernort mit vielen Freiräumen, an dem Selbstvertrauen, Selbstorganisation, Teamfähigkeit und andere soziale Kompetenzen gestärkt werden. Wir verlangen zugleich aber eine gute Kooperation mit Schulen auf Augenhöhe. Wir brauchen engagierte Jugendverbände und eine starke Jugendhilfe, die benachteiligte Jugendliche gezielt unterstützen

können und auch zukünftig vielfältige Angebote machen, vor allem im Bereich Qualifizierung und Persönlichkeitsentwicklung. Öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe sind so auszustatten, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben verantwortlich wahrnehmen können. Die Jugendhilfeausgaben sind in Richtung Prävention umzuschichten.

Ihr seid uns nicht egal

Wir wollen dafür sorgen, dass jede und jeder Jugendliche in Berlin einen Schulabschluss schafft und danach ein Ausbildungsplatzangebot bekommt. Durch unser Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wollen wir die Berufsorientierung in der Schule stärken, den Übergang in die Ausbildung durch eine gute Begleitung verbessern und das Dickicht der ausbildungs- oder berufsvorbereitenden Maßnahmen lichten und klarer strukturieren. Außerdem setzen wir uns für ausreichende und ausfinanzierte Studienplätze ein.

Freiwillige vor

Junge Menschen wollen sich gesellschaftlich einbringen. Die Nachfrage nach Freiwilligendiensten ist in Berlin weit höher als das Angebot an Plätzen. Sollte durch die Reform der Wehrpflicht der Zivildienst entfallen, müssen die frei werdenden Mittel für den sofortigen Ausbau von Freiwilligendiensten zur Verfügung stehen. Wir wollen das freiwillige soziale und das freiwillige ökologische Jahr in ihrem Charakter als Bildungs- und Lernzeit stärken und die pädagogische Betreuung sicherstellen.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, mehr Jugendliche aus bildungsferneren Familien für solche Angebote zu begeistern. Freiwilligendienste sind klar von arbeitsmarktqualifizierenden Maßnahmen und vom klassischen Ehrenamt abzugrenzen.

Freiräume schaffen – die Stadt erobern

Jugendliche sind besonders auf Freiraum jenseits der eigenen vier Wände angewiesen. Sie brauchen Raum, um auch außerhalb von Institutionen wie der Schule frei von Leistungsdenken und Erfolgsdruck aktiv sein zu können. Aber junge Menschen sind im öffentlichen Raum unbeliebt: Sie machen Lärm, sie fallen auf. Wir meinen: Junges Leben gehört in die Mitte der Gesellschaft, in die Mitte von Kiez und Stadt.

Leider werden in einer Großstadt wie Berlin Freiflächen immer seltener. Schulhöfe sind viel zu oft nachmittags geschlossen, Spielplätze oft nur für kleine Kinder. Wir wollen in einer Kampagne dafür werben, dass Jugendliche Bolzplätze und ähnliche Freiflächen in der Stadt in einem friedlichen Miteinander mit den Nachbarn besser nutzen können.

Viele Jugendliche kommen aus ihrem Kiez nicht heraus, kennen nur die paar Straßen um sich herum, obwohl sie in einer spannenden, großen Metropole mit vielfältigen Menschen, Kulturen und Stadtteilen leben, die es zu entdecken gilt.

Kiezaustausch

Warum nicht mal Schüleraustausch zwischen Zehlendorf und Kreuzberg? Oder eine Chorreise von Marzahn nach Reinickendorf? Wir starten ein Kiezaustauschprogramm, das Innenstadt und Vorstadt, Ost und West, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und viele andere mehr zusammenbringt. Schulen, Jugendeinrichtungen, soziale Projekte usw. sollen dafür Ideen einreichen, die besten werden finanziell unterstützt.

6.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eltern müssen sicher sein, dass sie auch nach der Elterngeldzeit das Leben mit ihrem Kind und eine Berufstätigkeit miteinander

verbinden können. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende. Aber auch jene, die Angehörige pflegen, sind auf Unterstützung angewiesen. Deshalb brauchen wir einerseits eine andere Arbeitskultur in Unternehmen und Organisationen, andererseits ausreichende, verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Die Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen wird heute immer noch überwiegend durch weibliche Angehörige durchgeführt. Sie sind zumeist selbst auch noch berufstätig. Dies stellt eine Doppelbelastung dar, die sie oft an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit bringt. Damit pflegebedürftige Menschen, wie wir es wollen, in ihrer Wohnumgebung verbleiben können und wir gleichzeitig die pflegenden Angehörigen entlasten, muss es auch mehr und bessere Angebote der Tagespflege für Pflegebedürftige geben. Den Ausbau dieser Angebote werden wir aktiv unterstützen.

Verlass dich drauf

Wir setzen uns für eine bessere Abstimmung von Kita-Öffnungszeiten, ergänzender Kindertagespflege und flexiblen Kinderbetreuungsprojekten in der Stadt ein und unterstützen dort, wo es nötig ist, die Einrichtung von Nacht- und Wochenendbetreuung in Kitas, z. B. in Unternehmen mit Schichtbetrieben. Unser Kita-Gutschein zum dritten Geburtstag erlaubt Eltern, auf unbürokratische Weise sieben Stunden Bildungszeit pro Tag für ihre Kinder einzulösen. Die Qualifizierung und Weiterbildung von Tagesmüttern wollen wir verbessern. Außerdem setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen in Berlin ein. Alle Kinder von der 1. bis zur 6. Klasse müssen im offenen Ganztage an der Nachmittagsbetreuung teilnehmen. Die bestehende Betreuungslücke in der 5. und 6. Klasse wollen wir sofort schließen.

Alleinerziehende haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt und sind auch im Alltag stärker belastet. Daher brauchen gerade

Einelternfamilien ein gutes Netz aus flexibler Kinderbetreuung und auf sie zugeschnittene Angebote und soziale Dienste. Berlin ist auch als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort mit zunehmendem Fachkräftemangel darauf angewiesen, familienfreundliche Strukturen zu schaffen. Das gilt auch für Unternehmen. Ihr Engagement für Betriebs-Kitas und ähnliche Angebote wollen wir unterstützen. Männer müssen darin bestärkt werden, ihre Vaterrolle im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf wahrnehmen zu können. Überstunden müssen ein für allemal uncool werden.

Auch wer Angehörige pflegt, leistet wichtige Familienarbeit, die es noch viel stärker wertzuschätzen gilt. Wir wollen Pflegenden mehr Unterstützung bei der Organisation der Pflege bieten und entsprechende Beratungsangebote, aber auch Möglichkeiten für den Austausch Betroffener untereinander fördern. Auch die Arbeitgeber sind in der Pflicht, Pflegenden flexiblere Arbeitszeitmodelle anzubieten und eine andere Arbeitskultur voranzutreiben.

6.5 Selbstbestimmt im Alter

Der Anteil alter Menschen, darunter auch viele mit Migrationshintergrund, wird in den kommenden Jahren in Berlin rasant ansteigen. Immer mehr Menschen können bereits heute bis ins hohe Alter ihr Leben aktiv und selbstbestimmt führen. Und gleichzeitig gibt es Ältere, die den Eindruck haben, dass sie nirgends mehr gefragt sind, dass niemand mehr zuhört. Altern im 21. Jahrhundert ist vielfältig und verlangt nach differenzierten und flexiblen Antworten. Zentral ist für uns der Wunsch nach Selbstbestimmung, dessen Verwirklichung nicht an ein bestimmtes Lebensalter, den Gesundheitszustand, den finanziellen oder ethnischen Hintergrund, die sexuelle Identität oder

eine Behinderung gekoppelt sein darf. Ebenso wenig sollte das selbstständige Leben im Alter durch Barrieren im öffentlichen Leben eingeschränkt werden.

Heim oder WG?

Ältere wie pflegebedürftige Menschen wünschen sich andere Wohn- und Lebensformen als das klassische Heim. Wir wollen Angebote fördern, die dem Bedürfnis nach Individualität, Vertrautheit und Häuslichkeit Rechnung tragen. Dazu gehört generationenübergreifendes Wohnen genauso wie neue Wohn- und Pflegeformen in Haus- oder Siedlungsgemeinschaften. Gerade in einer Stadt wie Berlin bieten sich vielfältige Möglichkeiten, „mitten im Leben“ zu bleiben.

Viele Ältere leben alleine in ihren Wohnungen. Neben pflegerischer Hilfe brauchen sie Ansprache und Kontakt zu anderen. Teilhabe bedeutet für diese Menschen, sie nicht zu vergessen. Sie brauchen ein gutes Hilfenetz aus professioneller und ehrenamtlicher Betreuung in ihrem Wohnumfeld. Deshalb müssen Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement gestärkt bzw. neu aufgebaut werden. Dazu gehören beispielsweise Stadtteilprojekte wie Mehrgenerationenhäuser, in denen es um Begegnung und Bildungsangebote für alle Generationen geht, aber auch ehrenamtliche Mobilitätshilfedienste, die Begleithilfen für hochbetagte oder behinderte Menschen leisten. Für die Koordination und Bereitstellung dieser Strukturen ist die Altenhilfeplanung der Bezirke verantwortlich, die dafür mehr Personal braucht.

Treffpunkt Mittagessen

Wir wollen keine „Sonderwelten“ für alte Menschen, in denen sie vereinsamen. Die wohnortnahe Infrastruktur soll für verschiedene Zielgruppen nutzbar sein. Das bedeutet zum Beispiel, ein Mittagessensangebot in der Schule nebenan

für alte Menschen zu öffnen, statt sie mit einem fahrbaren Mittagstisch zu versorgen. Wir wollen generationsübergreifende Treffs in Nachbarschaftszentren schaffen und stärker auf Betreuungsformen setzen, die familiäre, nachbarschaftliche, ehrenamtliche Hilfen einbeziehen.

Der eigene Wille zählt

Wir wollen die Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen stärken. Dafür müssen Senat und Bezirke gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Hilfe bei den betroffenen Menschen ankommt und nicht in den Taschen von unlauteren Anbietern landet. Das hilft den Menschen, die Pflege brauchen und den vielen PflegerInnen und Pflegeunternehmen, die engagiert und ehrlich arbeiten. Alle Leistungen müssen mit Qualitätsstandards verbunden werden, auch für die Pflegewohngemeinschaften. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, Transparenz in Heimangelegenheiten zu bringen. Darüber hinaus wollen wir, dass bürgerschaftliche Projekte mit Angehörigen das „wahre“ Leben in die Versorgungseinrichtungen tragen und mit ihrer Anwesenheit gleichzeitig Garanten einer guten Versorgung werden. Angesichts der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund sind kultursensible Pflegekonzepte nötig. Die meisten Menschen sterben in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern, obwohl der Großteil es vorziehen würde, im Kreis von vertrauten Personen die letzte Lebenszeit zu verbringen. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende und Sterben Schwerstkranker sicherstellen und unterstützen den Ausbau wohnortnaher Hospizeinrichtungen.

Barrieren abbauen

In einer generationengerechten Gesellschaft dürfen ältere Menschen nicht durch fehlendes Personal oder andere

Zugangshürden von Mobilität ausgeschlossen werden. Ältere sind in besonderer Weise auf einen gut ausgebauten und tatsächlich barrierefreien öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Ein frommer Wunsch: Zurzeit sind nicht einmal die Hälfte der U- und S-Bahnhöfe barrierefrei. Wir brauchen schnellstmöglich einen verbindlichen Zeitplan für den Umbau der noch fehlenden Haltestellen – im Interesse von Älteren, von Menschen mit Behinderungen und von Eltern, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind. Für sie alle ist es auch ein großes Ärgernis, dass viele Straßen im Stadtgebiet nicht in einer Ampelphase überquert werden können. Hier wollen wir für mehr fußgängerfreundliche Ampelschaltungen sorgen.

Barrieren im Alltag entstehen außerdem durch die mangelnde Altenfreundlichkeit vieler Produkte. Das fängt bei kaum lesbaren Beipackzetteln an und hört bei der schwierigen Bedienbarkeit vieler Geräte noch lange nicht auf. Eine aktive Verbraucherschutzpolitik muss die berechtigten Interessen der Älteren klarer zur Geltung bringen. Wenn gesellschaftliche Teilhabe immer mehr über neue Medien gewährleistet wird, dann müssen wir auch die Medienkompetenz von Älteren stärken. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass ältere Menschen eine gut erreichbare Gesundheitsinfrastruktur in ihrer Nähe vorfinden.

Wer in Berlin grün wählt ...

- stimmt für einen besseren Zusammenhalt der Generationen in Berlin.
- kämpft mit uns gegen Kinderarmut.
- nimmt Jugendliche ernst und beteiligt sie.
- stimmt für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf.
- stimmt für bessere Teilhabe älterer Menschen.

*„Glaube nicht, es muss so sein,
weil es nie anders war.“
(Hedwig Dohm)*

7. Demokratisches Berlin Mit der Stadt regieren: eine neue politische Kultur für die Stadt

„Eine Stadt für alle“ braucht dringend ein demokratisches Berlin mit einer neuen politischen Kultur für unsere Stadt. Wir wollen die Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern regieren – und nicht gegen sie oder an ihnen vorbei. Das entspricht unserer langen demokratischen Tradition. Wir wollen deshalb unsere Politik im Dialog entwickeln, Beteiligung ermöglichen, Maßstäbe offenlegen und Transparenz schaffen. „Eine Stadt für alle“ braucht eine bürgernahe Verwaltung, die die Menschen unterstützt, anstatt sie zu gängeln. Wir wollen die Bezirke stärken, denn vor Ort lassen sich die Probleme oftmals am besten lösen. Wir wollen die BürgerInnenrechte und die Privatsphäre besser schützen, als dies bislang der Fall ist. Und zu einer demokratischen Kultur für Berlin gehört eine vielfältige Medienlandschaft. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk den neuen Medien, die zu einem immer wichtigeren Teil unserer Kommunikation werden.

In der ganzen Republik geben sich Bürgerinnen und Bürger nicht mehr einfach zufrieden mit Entscheidungen von Politik und Verwaltung: Sie wollen an diesen Entscheidungen früher und effizienter beteiligt werden. Auch wir Berlinerinnen und

Berliner kritisieren, protestieren, verlangen Informationen und Erklärungen, machen uns ein eigenes Bild, gründen Bürgerinitiativen, unterbreiten Vorschläge und sammeln gegebenenfalls Unterschriften, um über unsere Forderungen abstimmen zu lassen.

Der SPD-geführte Senat scheint diese Stimmen vor allem als lästiges Rauschen im Betrieb wahrzunehmen, das es so lange wie möglich zu ignorieren gilt. Beim Tempelhof-Volksbegehren machte der Regierende Bürgermeister bereits vor der Abstimmung deutlich, dass das Ergebnis für ihn nichts ändert. Wir sehen Einmischung als Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft. Nicht alle Anliegen der Volksentscheid-Initiativen teilen wir, aber gerade dann gilt es, ernsthaft zu diskutieren, statt Kritik als Majestätsbeleidigung zu behandeln. Eine Stadt für alle ist nicht eine Stadt für einen.

Wir meinen, es ist Zeit für mehr Demokratie, Kommunikation und Transparenz in Berlin. Die Arbeitsteilung zwischen „die da oben machen sowieso, was sie wollen“ und „das Volk murr“ bringt Berlin nicht weiter. Im Gegenteil: Wahlerfolge extrem rechter Parteien und eine unbefriedigend niedrige Wahlbeteiligung von zuletzt nur 58 Prozent sind ernst zu nehmende Anzeichen einer tiefen Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger in die politische Führung unserer Stadt. Wir wollen einen anderen Politikstil, eine neue politische Kultur in Berlin, die alle einbezieht, Informationen teilt, Entscheidungen transparent macht, Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden lässt.

Wir machen uns und Ihnen nichts vor: Auch Grüne in Regierungsverantwortung werden angesichts der Haushaltslage harte und schmerzhaft Entscheidungen fällen müssen und können nicht alle Wünsche erfüllen. Gerade deshalb müssen und wollen wir unsere Politik erklären, Einwände und Alternativen ernsthaft prüfen und uns gegebenenfalls Volksentscheiden stellen. Die Herausforderungen, vor denen Berlin steht, sind

enorm. Aber die Potentiale der Berlinerinnen und Berliner sind es auch. Darum gilt es, gemeinsam Ideen und Problemlösungen zu entwickeln. Wir sind überzeugt, dass Berlin sich nur mit den Berlinerinnen und Berlinern regieren lässt und nicht über sie hinweg.

7.1 Demokratie neu und anders wagen

Beteiligung und Transparenz sollen Markenzeichen einer neuen politischen Kultur werden. Dabei geht es sowohl um einen neuen Politikstil als auch um konkrete Maßnahmen. Wir wollen das Wahlrecht erweitern und die Bedingungen für direkte Demokratie ebenso verbessern wie die Informationsmöglichkeiten. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen auch jenseits von Wahlen Möglichkeiten, aktiv und gestaltend in politische Prozesse einzugreifen. „Ja“ oder „nein“ zu sagen, genügt den meisten Menschen schon lange nicht mehr. Entscheidungen und Verfahren müssen transparent sein. Mit Transparenz kann auch Korruption verhindert werden.

Wahlrecht erweitern

Wie wollen, dass sich mehr BerlinerInnen und Berlin an Wahlen und Abstimmungen beteiligen können. Wer 16 ist, soll nicht nur in den Bezirken an Wahlen teilnehmen können, sondern auch auf Landesebene. Auch beim kommunalen Ausländerwahlrecht wollen wir einen neuen Vorstoß wagen. Es kann kein Dauerzustand sein, dass Deutsche und andere EU-Bürger wählen dürfen, anderen BerlinerInnen und Berliner aber ausgeschlossen bleiben. Wir setzen uns für entsprechende Verfassungsänderungen ein. Wir wollen die 5-Prozent-Hürde überprüfen, damit die Stimmen von mehr Bürgerinnen und Bürgern wirksam werden.

Demokratie direkt und fair

Die direktdemokratischen Instrumente auf Bezirksebene (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) und auf Landesebene (Volksbegehren und Volksentscheid) werden von den Berlinerinnen und Berlinern rege genutzt. Mit dem Wasser-Volksentscheid war erst ein Volksentscheid erfolgreich, aber alle haben viel erreicht.

In einer neuen politischen Kultur ergänzen sich parlamentarische Demokratie und direkte demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Abgeordnetenhaus und Senat müssen sich frühzeitig und ernsthaft mit den Bürgerinitiativen auseinandersetzen. Jeder Anschein von Trickserei muss vermieden werden. Faire Bedingungen dürfen nicht im Ermessen des Senats liegen, sondern müssen klar gesetzlich geregelt werden. Dazu gehört, dass der Termin der Abstimmung mit Wahlen zusammgelegt wird, wenn die Trägerin oder der Träger eines Volksbegehrens das will.

Die Bürgerentscheide auf Bezirksebene müssen endlich verbindlich werden. Bisher sind sie praktisch nur als „Ersuchen“ und „Empfehlung“ möglich. Das wird der lokalen Demokratie nicht gerecht. Die Partei „Die Linke“ und die SPD beschränkten sich darauf, die Unverbindlichkeit der Bürgerentscheide zu betonen. Für Grüne kommt es darauf an, dies zu ändern.

Zugang zu Informationen verbessern

Wer sich einmischen will, braucht Informationen. Wir wollen das von Grünen erstrittene Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln. Die Berlinerinnen und Berliner sollen nicht nur ihr gutes Recht auf Akteneinsicht leichter wahrnehmen können. Die Verwaltung soll von sich aus alle relevanten Informationen nutzungsfreundlich und bereinigt von Daten zu Privatpersonen ins Netz stellen. „Eine Stadt für alle“ bedeutet auch, dass alle Zugang zu Daten der öffentlichen Verwaltung haben.

Geheimverträge der öffentlichen Hand darf es nicht mehr geben. Nicht nur die Wasserverträge, sondern auch z.B. Verträge zum Verkauf großer Bestände öffentlicher Wohnungen gehören veröffentlicht. Die Verwaltung soll auch regelmäßig über den Stand der Verwirklichung geplanter Projekte Auskunft geben – nicht nur auf Anfrage gegenüber dem Parlament, sondern allen.

Transparente Politik braucht transparente Abgeordnete

Wir wollen das Abgeordnetengesetz ändern und mehr Transparenz schaffen: Künftig soll veröffentlicht werden, in welcher Größenordnung Abgeordnete welche Einkünfte neben ihren Diäten beziehen. Mögliche Interessenkonflikte und Verflechtungen müssen deutlich werden. Wer solche Einkünfte nicht anzeigt, soll mit Sanktionen rechnen müssen. Die Verhaltensregeln im Berliner Abgeordnetenhaus müssen mindestens ebenso streng sein wie im Bundestag. Mögliche Interessenverflechtungen müssen offengelegt werden.

Konsequent gegen Filz und Korruption

Wir wollen, dass die einstige Hauptstadt der Korruption zur Hauptstadt der Korruptionsbekämpfung wird. Auch nach dem Berliner Bankenskandal bleibt hier viel zu tun, um z.B. Filz bei der Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge entgegenzuwirken. Die Aufdeckung der dubiosen Machenschaften des ehemaligen SPD-Abgeordneten Hillenberg müssen endlich auch in den Zentralen der anderen Parteien das Bewusstsein dafür schärfen, dass Berlin im Wettbewerb mit anderen Metropolen insgesamt nur verlieren kann, wenn jedem Spatenstich in Berlin der Verdacht der Korruption anhaftet. Vergabe nach dem Motto „Man kennt sich eben“ muss ein für alle Mal aufhören. Wir brauchen klare Vergaberegeln, ohne großzügige Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht, zumal für Genossen und

Parteifreunde. Das Personal, das in der Verwaltung für die Vergabe zuständig ist, muss regelmäßig rotieren. Über alle Zuwendungen und erbrachten Leistungen muss öffentlich Rechenschaft abgelegt werden. Die Kontrolle darf nicht Personen oder Trägern überlassen werden, die selbst in die Geschäfte verwickelt sind. Vier-Augen-Prinzip, Ombudsleute, Korruptionsbeauftragte und die Möglichkeit anonymer Hinweise auf Korruption müssen selbstverständlicher Teil der Praxis werden. Die Intensität der Prüfungen des Rechnungshofes wollen wir verstärken, gerade bei den landeseigenen Unternehmen. Bei Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, muss die Vergütung von Vorstand, Geschäftsführung und Aufsichtsrat vollständig transparent gemacht werden. Außerdem sollen alle Senatsverwaltungen nach einheitlichen strengen Regeln öffentlich berichten, von wem sie in welchem Umfang und zu welchem Zweck Sponsoring erhalten haben. Auch Beratungsleistungen, die in Gesetzesvorlagen des Senates eingeflossen sind, müssen transparent gemacht werden.

Berlin – kein Ort für Nazis!

Demokratiefeindliche Entwicklungen haben in einem vielfältigen, demokratischen und bunten Berlin keinen Platz.

Rassismus, Antisemitismus, Islamhass und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen nicht allein ein Problem extremistischer Randgruppen dar, sondern kommen in der Mitte der Gesellschaft vor. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist eine demokratische und aktive Zivilgesellschaft unerlässlich.

Im Kampf gegen Rechts leisten viele Akteure, insbesondere die Opferberatungen und mobilen Beratungsstellen, vor Ort bedeutende Arbeit. Diese unabhängigen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen sind unersetzlich. Daher setzen Bündnis

90/Die Grünen Berlin auf eine Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Akteure.

Aber auch staatliche Strukturen müssen ihren Teil im Kampf gegen Demokratiefeindlichkeit beitragen. Bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus müssen alle Senatsverwaltungen und Dienststellen mit einbezogen werden.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus müssen Prävention und Aufklärung im Vordergrund stehen.

Die rechtsextreme Szene ist einem ständigen Wandel unterzogen und entwickelt stets neue Strategien, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

Rechtsradikale versuchen, insbesondere Kinder und Jugendliche für sich zu gewinnen. An Berliner Schulen finden rechtsextreme Kinderturnveranstaltungen statt oder es werden CDs und Zeitungen mit neonazistischem Gedankengut verteilt. Mit neuen Symbolen und Erscheinungsformen wie der „Anti-Antifa“, den „Rechtsextremen Autonomen“ oder scheinbar harmlosen Kleidercodes sollen insbesondere Jugendliche für die gewaltbereite rechte Szene gewonnen werden. Berliner Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Vereine etc. müssen über diese Entwicklung aufgeklärt werden und auf neue Strategien der Neonazis vorbereitet werden, um den neuen Nazis entschlossen und gezielt entgegenwirken zu können.

7.2 Bezirke stärken

„Eine Stadt für alle“ braucht starke Bezirke. Viele Berlinerinnen und Berliner identifizieren sich in erster Linie mit dem Kiez, in dem sie leben. Wir wollen deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Bezirke stärken, denn hier werden die örtlichen

Belange des Gemeinwohls beraten und entschieden. Rot-Rot hat trotz anderslautender Wahlversprechen eine entsprechende Bezirksreform und gemeinsam mit der CDU durch eine Verfassungsänderung das politische Bezirksamt verhindert.

Die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stellen meist nur Empfehlungen und Ersuchen dar. Wir wollen ein verbindliches Entscheidungsrecht der BVV für alle Bezirksaufgaben. Das schafft auch mehr Planungssicherheit.

Wir wollen den „Rat der Bürgermeister (RdB)“ zu einem „Rat der Bezirksamter“ mit echter Relevanz und wirksamen Mitgestaltungsmöglichkeiten machen.

Mit den Bezirksverwaltungen kommen alle in Kontakt. Sei es bei der An- und Ummeldung, der Beantragung eines Hort-Platzes oder bei der Diskussion über das Bauprojekt um die Ecke. Wenn die Bezirke nicht funktionieren, spüren wir alle das unmittelbar. Etwa durch endloses Warten auf den Bürgerämtern oder monatelanges Warten bei der Bewilligung von Wohngeld. Wir alle merken, wenn nicht genügend Geld für Jugendförderung, Sozialarbeit oder die Pflege von Grünanlagen vorhanden ist. Ein starkes Berlin braucht aber auch steuernde Senatsverwaltungen und serviceorientierte Landesämter. Um dieses Zusammenspiel gut zu gestalten, bedarf es klarerer Aufgaben- und Verantwortungsabgrenzungen als bisher.

SOS für die Bezirksfinanzen - Gelder gerechter verteilen

In Berlin wurde jahrelang vor allem bei den Bezirken gespart und Personalabbau betrieben. Für die Bezirke ist es immer schwieriger geworden, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben überhaupt noch erfüllen zu können. Ein eigener Gestaltungsspielraum für bezirkliche Schwerpunktsetzungen ist kaum mehr gegeben. Anders als Kommunen sind die Bezirke von den Mittelzuweisungen des Senates abhängig. Hier zu sparen, war einfach, aber vielfach kurzsichtig. Wir wollen, dass die Zahl von

24.000 MitarbeiterInnen in den zwölf Bezirken nicht weiter reduziert wird.

Die Produktbudgetierung auf der Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung, also die Art und Weise, wie das Geld den Bezirken vom Abgeordnetenhaus zugewiesen und zwischen den Bezirken verteilt wird, hat sich grundsätzlich bewährt. Sie führt jedoch durch die bezirkliche Konkurrenz in eine Abwärtsspirale. Wo die Mittel nicht reichen, zementieren die Zuweisungen Ungerechtigkeiten. Die Bezirke sind aber verschieden und sehen sich ganz unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber – ob es soziale Problemlagen sind oder alte bezirkliche Gebäude, die teuer im Unterhalt sind. Wo Hilfe nötig ist, muss sie gewährt werden und darf nicht nur quantitativ in Leistung und Kosten gemessen werden. Eine solche Politik ignoriert zudem die oft viel höheren Folgekosten. Wir wollen das System transparenter und gerechter machen.

Den Bezirken sind in den letzten Jahren vielfach Aufgaben zugewiesen worden, ohne für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen. Damit wollen wir Schluss machen. Neue Aufgaben an die Bezirke wird es unter grüner Beteiligung nur zusammen mit der erforderlichen finanziellen Ausstattung geben. Für bezirkliche Aufgaben sollen durch das Abgeordnetenhaus in Abstimmung mit den Bezirken qualitative und quantitative Standards plus einem Gestaltungsspielraum erstellt werden als Grundlage für die Zuweisung der bezirklichen Globalsummen. Strukturell eingesparte Mittel werden wir den Bezirken zum Teil belassen für die dringend notwendige Sanierung von Schulen, für funktionsfähige Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken, für Jugendeinrichtungen, den öffentlichen Gesundheitsdienst, für Grünflächen und serviceorientierte Bürgerdienste. Nur handlungsfähige Bezirke, die Schwerpunkte setzen können, sind dazu in der Lage, einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen und wirkliche Beteiligung umzusetzen.

Personal für die Bezirke

Viel Kompetenz, Erfahrung und Wissen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Wir brauchen dringend junge Leute in den Bezirksverwaltungen, um einen Wissens- und Erfahrungstransfer jetzt zu gestalten. Gleichzeitig sind im zentralen Stellenpool des Landes viele gesuchte berufliche Qualifikationen längst nicht mehr zu finden. Den zentralen Stellenpool wollen wir in einem schrittweisen Verfahren zu einer echten Personalvermittlungsgesellschaft umbauen, die auch als Dienstleister für die einzelnen Verwaltungen tätig wird. Im Rahmen eines nachhaltigen Personalbedarfskonzeptes sollen die Bezirke selbst für leistungsstarke und bürgerorientierte Bezirksämter sorgen. Der Abbau von präventiven und beratenden Angeboten der Bezirke hat in den letzten Jahren in vielen Fällen nicht zu Kosteneinsparungen, sondern nur zu Kostenverlagerungen geführt. Hinzu kommt, dass viele Ämter heute die Leistungen, die etwa freie Träger erbringen, nicht kontrollieren. Hier müssen die Bezirke Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen. Starke Bezirke müssen nicht alle Leistungen selber erbringen, aber sie müssen unbedingt die Fähigkeit behalten, die Erbringung der Leistungen zu kontrollieren. Das verhindert Verschwendung und Korruption.

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in den Bezirken

Wer sich heute für seinen Bezirk engagieren will, stößt schnell an Grenzen. Unklare und intransparente Zuständigkeiten der Verwaltung und der Verweis auf knappe Ressourcen lassen Initiativen häufig ins Leere laufen. Die Bezirksämter sind mit ihren Leistungen oft die erste Anlaufstelle für alle Berlinerinnen und Berliner. Sie sollen effizient und bürgernah organisiert sein. Bürgernähe bedeutet heute eine zielgerichtete, transparente Informationspolitik und eine aktive Beteiligung an den wichtigen Vorhaben im Bezirk. Wir werden die Grundlagen für neue und moderne Teilnahmeverfahren befördern und unterstützen.

Bürgerbeteiligungshaushalte sind ein gutes Instrument, damit Bürgerinnen und Bürger die Prioritäten gerade auch für begrenzte Bezirksfinanzen mit setzen können. Sobald eine Bezirksverordnetenversammlung oder ein Bürgerentscheid dies wünscht, werden wir den Prozess aus Senat und Abgeordnetenhaus heraus politisch, finanziell und organisatorisch aktiv unterstützen und unsere guten Erfahrungen aus den Bezirken mit einbringen.

Information über Beteiligungsmöglichkeiten verbessern

Viele Berlinerinnen und Berliner können und wollen sich engagieren, einmischen, mitentscheiden. Sie wollen Verantwortung übernehmen, in ihrer Stadt oder in ihrer Nachbarschaft mitgestalten. Doch viele wissen nicht, welche Möglichkeiten es gibt, z.B. auf Bauvorhaben oder Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, direktdemokratische Instrumente zu nutzen, Petitionen zu unterstützen, Beschwerden einzureichen, an Stadtteiltreffen teilzunehmen oder sie zu initiieren, Fragestunden für Einwohnerinnen und Einwohner zu nutzen oder sich an lokalen Bürgerinitiativen zu beteiligen. Wir wollen, dass solche Informationen gebündelt und nutzungsfreundlich aufbereitet werden. Sowohl im Internet als auch schriftlich soll über alle Beteiligungs-, Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten auf Landes-, Bezirks- und Stadtteilebene informiert werden. Dabei soll auch die Vielfalt der Berlinerinnen und Berliner berücksichtigt werden, z.B. durch altersgerechte und mehrsprachige Publikationen.

7.3 Bürgerfreundliche und zukunftsfähige Verwaltung

Verwaltungsreform – ein langweiliges Thema? Nicht für die Berlinerinnen und Berliner, wenn sie mit einem Anliegen

Kontakt zu Behörden haben. Zu Recht erwarten sie einen kompetenten, effektiven, bürgerfreundlichen und transparenten öffentlichen Dienst. Berlins Verwaltung hat dieses Image noch nicht. Dabei sind einzelne Projekte wie die Servicenummer 115, die elektronische Terminvergabe oder das Pankower Smiley-System für Gaststättenhygiene durchaus innovativ. Doch die Verwaltungsmodernisierung blieb Stückwerk. Eine tragfähige Verbindung zwischen EinwohnerInnenbeteiligung, moderner Verwaltung und E-Government scheidet zu oft an den Ressort-Egoismen und an mangelnder politischer Führung. Das wollen wir ändern.

Konzentrierte Aufgabenerledigung

Zur Neuaufstellung der Berliner Verwaltung brauchen wir dringend eine erneute Aufgabenkritik: Was soll und kann die Verwaltung künftig leisten? Welche Aufgaben können zugunsten welcher neuen Aufgaben wegefallen? Welche Effizienzgewinne sind durch neue Technik erwartbar? Diese Fragen sind zu klären, wenn Personal zielgenau eingestellt werden soll.

Sparen wollen wir vor allem bei der „Verwaltung der Verwaltung“. Die Personal- und Gebäudeverwaltung und die Bereitstellung von Informationstechnik können effizienter werden. Vergleichbare Vorgänge in unterschiedlichen Bezirken und auf Landesebene müssen angeglichen werden. Für wesentliche Verwaltungsprozesse wird eine einheitliche IT-Anwendung genutzt.

Serviceversprechen der Berliner Verwaltung

Wir wollen schrittweise für alle Verwaltungsteile mit Bürgerkontakten auf Landes- und Bezirksebene erreichen, dass sie bei Antragstellung mitteilen, wie lange eine Entscheidung dauert, nachdem alle notwendigen Unterlagen abgegeben sind. In Pilotbereichen soll unter Beachtung aller datenschutzrechtlichen

Bedingungen erprobt werden, den Bearbeitungsstand des jeweiligen Antrags im Internet für die Berechtigten einsehbar zu machen.

Neue Angestellte braucht das Land

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung haben durch Stellenabbau, Arbeitsverdichtung und Gehalts-einbußen wesentlich zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. Dafür gebührt ihnen Anerkennung, die ihnen vom rot-roten Senat häufig verweigert wurde. Nun steht der öffentliche Dienst in Berlin erneut vor großen Herausforderungen. Bis 2020 geht ein Drittel des heutigen Personals in den Ruhestand. Schon im Laufe der nächsten Legislaturperiode wird der Personalabbau abgeschlossen sein.

Wir müssen jetzt anfangen, dafür zu sorgen, dass die dann frei werdenden Stellen auch wieder besetzt werden können und der Personalaufbau beginnt. In Tätigkeitsbereichen, deren Funktionsfähigkeit infolge der Personalfuktuation gefährdet ist, müssen schon jetzt gezielt Einstellungskorridore eröffnet werden. Es ist höchste Zeit, durch ein modernes Personalmanagement auf den demografischen Wandel in der Verwaltung zu reagieren. Die Gewinnung, Führung und Entwicklung des Personals werden dabei eine Schlüsselrolle spielen. Denn Berlin konkurriert mit dem Bund und anderen Bundesländern um die besten Köpfe.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Besoldung der Berliner Beamtinnen und Beamten bis 2017 der durchschnittlichen Besoldung in den Bundesländern entspricht. Den Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst und von Frauen in Führungspositionen der Verwaltung werden wir gezielt erhöhen. Des Weiteren sollen SchülerInnen und StudentInnen unabhängig von ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit haben, Praktika in der Verwaltung und den öffentlichen

Einrichtungen der Stadt Berlin abzulegen. Daher sollen mehrmonatige Praktika mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung vergütet werden.

Wir wollen, dass das Land Berlin in allen Bereichen vorbildlicher Arbeitgeber wird. Weitere Bausteine dafür sind: verlässliche Aus- und Fortbildung, Gesundheitsförderung, Diversity-Management, familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung, zeitgemäße Arbeitsplatzausstattungen und ein modernes Mitbestimmungsrecht. Zudem muss die Verwaltung durchlässiger werden. Wir brauchen dringend den Austausch zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft und werden den Wechsel zwischen diesen Bereichen erleichtern. Wir werden das öffentliche Dienstrecht weiter modernisieren, um diese Ziele zu erreichen.

Projektberichte für die Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit erfährt oft erst spät oder gar nicht, welche Projekte die Verwaltung plant und wie es um die Umsetzung steht. Zur neuen politischen Kultur gehört ehrliche Rechenschaft darüber, ob und wie gesteckte Ziele erreicht werden. Darum wollen wir alle Verwaltungen verpflichten, regelmäßig an die Bürgerinnen und Bürger zu berichten, um den Stand der Verwirklichung ihrer zentralen Projekte offenzulegen und zu benennen, wo es möglicherweise klemmt.

7.4 Stadt der Freiheit: Bürgerrechte wahren, private Daten schützen

Berlin steht schon lange nicht mehr für Untertanengeist. Der Hauptmann von Köpenick hätte heute keine Chance, seinen Coup zu landen. Das heutige Berlin zeichnet sich aus durch ein freiheitliches Klima, das individueller Lebensgestaltung ebenso Raum bietet wie dem gemeinsamen öffentlichen Engagement.

Freiheit ist die Grundbedingung einer lebendigen demokratischen Kultur, in der die Rechte der Bürgerinnen und Bürger geschätzt und geschützt werden. Sie brauchen die Gewissheit, dass der Staat ihre Rechte achtet, nicht unverhältnismäßig in sie eingreift und auch Eingriffen von Unternehmen entgegenwirkt. Diese Sicherheit wollen wir verbessern, das Versammlungsrecht stärken und den Schutz privater Daten auch in Zeiten des technologischen Wandels gewährleisten.

E-Government

Wir wollen Berlin zu einer Modellstadt für modernes E-Government machen, die BürgerInnen und Wirtschaft zugutekommt. Dies spart mittelfristig Personal im öffentlichen Dienst und gibt Impulse für die regionale IT-Wirtschaft. Gemeinsam mit anderen Bundesländern streben wir eine einheitliche IT-Plattform an, um überbezahlte Insellösungen in gemeinsam verwendete Anwendungen zu überführen. Wir wollen die Entwicklung einer „Public Cloud“-Infrastruktur für Berlin mit Partnern vor Ort vorantreiben.

Die bisherige Unverbindlichkeit von Berliner IT-Standards hat zu teuren Reibungsverlusten geführt. Durch ein modernes E-Government-Gesetz werden wir klare Regeln zur Durchsetzung einer einheitlichen IT-Strategie schaffen. Das IT-Kompetenzzentrum braucht echte Kompetenzen, damit es seine Steuerungsfunktion auch tatsächlich wahrnehmen kann.

Informationelle Selbstbestimmung vor neuen Herausforderungen

Informationelle Selbstbestimmung bedeutet, dass jeder Mensch die Kontrolle über seine Daten behält. Jederzeit zu wissen, wer was über mich auf welcher Rechtsgrundlage gespeichert hat, ist in Zeiten der Digitalisierung und Vernetzung, immer neuer Technologien und Verfahren, die personenbezogene Daten

generieren, immer schwieriger. Umso wichtiger ist es, den Datenschutz ernst zu nehmen. Datenaustausch ist oft notwendig und bietet neue Möglichkeiten für Behörden wie auch für die Bürgerinnen und Bürger. Grüne stehen für Datensparsamkeit, Verhältnismäßigkeit und enge gesetzliche Vorgaben unter Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten. Öffentliche Stellen müssen von sich aus über ihren Umgang mit persönlichen Daten Auskunft geben. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von RFID-Technologie immer erkennbar gemacht wird. Die anlasslose Speicherung von personenbezogenen Daten auf Vorrat lehnen wir ab und werden alle Möglichkeiten nutzen, um die immer weiter gehenden Eingriffe in unsere Bürgerrechte in diesem Bereich zu verhindern.

Datenschutzbeauftragte stärken

Wir wollen die Stelle der Datenschutzbeauftragten stärken. Die Berliner Beauftragte wacht über die korrekte Behandlung von personenbezogenen Daten – sowohl in der Verwaltung wie auch in den Unternehmen, die ihren Sitz in Berlin haben. Die Datensammelwut privater Unternehmen übersteigt mitunter die staatliche. Auch hier sind Kontrollen notwendig, für die der bzw. die Beauftragte mehr Ressourcen braucht.

Datenschutz muss zunehmend als Verbraucherschutz begriffen werden. Aufklärung über Gefahren leichtfertigen Umgangs mit den eigenen Daten spielt eine immer wichtigere Rolle. Berlin ist in der Verantwortung, die Sensibilität zu stärken und praktisch aufzuzeigen, wie man sich schützen kann.

Versammlungsrecht für Berlin: frei und friedlich

Für uns ist und bleibt die Versammlungsfreiheit ein hohes demokratisches Gut. Seit der Föderalismusreform können die Bundesländer eigene Versammlungsgesetze beschließen. Wir wollen verhindern, dass es dabei zu Abstrichen beim

Demonstrationsrecht kommt. Es darf nicht sein, dass die Polizei friedliche Demonstrierende ohne Anlass und konkrete Gefahr abfilmt. Wir wollen das elementare demokratische Grundrecht der Versammlungsfreiheit stärken. Grundsätzlich müssen Demonstrationen und Gegendemonstrationen überall in Berlin möglich sein, Beschränkungen kann es nur aus ernststen Sicherheitsgründen geben. Auch vor dem Abgeordnetenhaus muss demonstriert werden können.

Wir wollen zudem prüfen, wie eine deeskalierende Kooperation zwischen Polizei und Veranstaltenden verbessert, unabhängige Demonstrationsbeobachtungen geschützt und mehr öffentliche Transparenz über anstehende Demonstrationen hergestellt werden kann.

7.5 Demokratische Medien- und Netzpolitik

Medien sind Teil unseres Alltages und unverzichtbar für das Funktionieren der Demokratie. Eine aktive und gute Medien- und Netzpolitik ist deshalb für den Zukunftsstandort Berlin von großer Bedeutung. Dazu gehören eine funktionierende Medienaufsicht, die demokratische Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine zeitgemäße Politik für die Chancen und Herausforderungen, die Internet und Digitalisierung mit sich bringen.

Hörfunk und Fernsehen demokratisch weiterentwickeln

Wirtschaftlich und politisch unabhängige Medien sind für Demokratie und Gesellschaft von enormer Bedeutung. Daran ändert auch die starke Zunahme an medialen Kanälen durch die Digitalisierung nichts. Im Gegenteil: Wer in der Flut der medialen Angebote nicht untergehen will, braucht verlässliche Quellen. Deswegen bleibt für uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch und gerade im digitalen Zeitalter ein unverzichtbarer

Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Seine vom Bundesverfassungsgericht garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie macht nicht beim klassischen Rundfunk Halt, sondern erstreckt sich auch auf neue Technologien wie das Internet. Mit dem RBB verfügt die Region Berlin-Brandenburg über eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die unter permanentem Sparzwang steht. In keinem anderen Sendegebiet leben so viele Menschen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation von den Rundfunkgebühren befreit sind.

Wir Grünen setzen uns deshalb für eine gerechtere Verteilung der Gebühren innerhalb der ARD ein. Neben der Gebührensfinanzierung und dem Programmauftrag ist die Kontrolle durch gesellschaftliche Gruppen im Rundfunkrat das dritte konstituierende Merkmal des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir fordern die regelmäßige Überprüfung der Zusammensetzung dieses Gremiums, das die gesellschaftliche Wirklichkeit möglichst gut widerspiegeln soll. Die Parteien dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf den RBB haben. Wir wollen, dass der Rundfunkrat wissenschaftliche Expertisen und Gutachten in Auftrag geben oder besondere Sachverständige hinzuziehen kann.

Der RBB muss in seinen öffentlich-rechtlichen Programmen die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft abbilden. Dazu gehört insbesondere eine gezielte Nachwuchsförderung geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in mehreren Kulturen aufgewachsen sind. Unterhaltungsangebote in den Medien sollen zudem positive Leitbilder für eine interkulturelle Gesellschaft anbieten und den Informationsbedarf von Migrantinnen und Migranten decken.

Wir begrüßen, dass es nach jahrelangem Stillstand mit 88.4 endlich eine Frequenz für ein freies Radio in Berlin gibt. Freies Radio ist eine dringend notwendige Ergänzung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und zum Privatrado. Gleichzeitig kann die starke Zersplitterung durch die Vergabe der Sendezeiten

an fünf verschiedene Initiativen und den Offenen Kanal Berlin nicht überzeugen – eine Bindung an Hörerinnen und Hörer kann so nicht entstehen. Unser Ziel bleibt ein wiedererkennbares freies Radio. Daran wollen wir gemeinsam mit allen Akteuren arbeiten. Im privaten Rundfunkbereich müssen klare Rahmenbedingungen gelten. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg führt die Aufsicht über den privaten Rundfunk und muss dafür sorgen, dass Verstöße gegen die Lizenzbedingungen nicht folgenlos bleiben. Der Verbraucher- und Datenschutz wird im Zuge von Bezahlfernsehen und modernen Decodern eine Aufgabe, der sich die Medienanstalt Berlin-Brandenburg verstärkt widmen muss. Medienpädagogik wird im digitalen Zeitalter immer wichtiger. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg sollte sich daher verstärkt bemühen, die Medienkompetenz junger Menschen zu fördern. Dazu gehört auch der Offene Kanal, ALEX.

Netzpolitik ist Zukunftspolitik

Das Land Berlin muss die Chancen des Internets und der digitalen Welt ergreifen und vom Zuschauer zum Akteur werden, Risiken erkennen, gute Lösungen auf Landesebene anbieten sowie durch aktive Mitgestaltung der Informationsgesellschaft – auch im Bundesrat – die Zukunft gestalten. Netzpolitik ist ein Querschnittsthema. Sie muss für alle Bereiche wesentliches Kriterium werden. Während die Gesellschaft tagtäglich die digitale Welt nutzt oder von ihr betroffen ist, hat die Berliner Landesregierung diese Themen weitgehend ignoriert, statt sie aktiv zu gestalten.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin geben auf diese Herausforderungen gute Antworten: Die Mitwirkungsmöglichkeiten aller BürgerInnen an politischen Entscheidungen und Beratungen müssen verbessert, Verwaltungsvorgänge müssen transparenter und einfacher zugänglich werden. Den Umgang mit neuen

Medien wollen wir aktiv fördern, damit er in allen Bildungsbereichen selbstverständlich wird. Digitale Teilhabe bedeutet nicht nur, dass jede und jeder an der Digitalisierung teilhaben kann, sondern dass auch staatliche Institutionen von diesem Fortschritt profitieren können. Mit gezielten Maßnahmen sollen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und offene Netzwirtschaft in Berlin geschaffen werden, für GründerInnen, Unternehmen und Selbstständige. Nachhaltige Netzwirtschaft umfasst dabei auch Fragen des ressourcenschonenden Umgangs, der Einbeziehung von Umweltfragen in die Informationstechnologie und der Förderung nicht proprietärer Software, also Open Source und Green IT. Die Förderung von Open Source sehen wir als eine Kernaufgabe der Netzpolitik an.

Die Bereitstellung öffentlicher Daten wie die der Lebensmittelkontrollen und der bessere Schutz privater Daten, wie die der Einwohnermeldeämter, sind uns wichtige Anliegen. Wir sehen im Informationsfreiheitsgesetz ein Bürgerrechtsgesetz. Die Zeiten, in denen Akten wie ein Eigentum der Berliner Verwaltung angesehen wurden, müssen ein für alle mal vorbei sein. Damit machen wir Berlin zur Modellstadt für die digitale Zukunft.

Berlin als Standort für Netzwirtschaft stärken

Berlin ist reich an Wissen, Können und Talenten: eine einmalige Hochschullandschaft, eine große Anzahl an kleinen und mittleren Unternehmen wie Start-ups, freischaffende Kreative und Programmierer, Unternehmen aus der Games- und Open-Source-Branche und vielen weiteren Bereichen. Ihnen kann das Land unter die Arme greifen und diesen Wirtschaftswachstumsmotor ankurbeln: Hilfestellung für gezielte Vernetzung, konkrete Unterstützung, Wissens- und Technologietransfer, Marketing/Vertrieb und Einwerbung von Fördermitteln sind hier notwendig. Sie benötigen günstige Wachstumsbedingungen, bessere Finanzierungs- und Beratungsangebote.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich für neue Unternehmensformen ein, die sozial- und steuerrechtlich die neuen Arbeitsformen fördern und unterstützen. Die Belange der Freelancer, prekär Beschäftigter wie in klassischen Verhältnissen Angestellter, von Gründerinnen und Gründern, aber auch Unternehmerinnen und Unternehmern finden bei uns ein offenes Ohr. Die internationale Präsenz Berlins und die Gewinnung von Talenten müssen durch stärkere und systematische Kooperation der Beteiligten verbessert werden.

Die Initiative „dotberlin“, die sich für die Einführung einer eigenen Top-Level-Domain „Berlin“ einsetzt, benötigt die volle Unterstützung durch den Berliner Senat, um ihrer Rolle als Repräsentant Berlins in den Gremien der ICANN („Internetregierung“) besser nachkommen zu können und den Standort dort besser darzustellen.

Offenes Netz in Berlin: Förderung drahtloser Angebote (WLAN) und Breitband für alle

Das Internet ermöglicht eine zusätzliche Informations- und Interaktionsebene überall im Alltag. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es in ganz Berlin mobilen Netzzugang mit modernen Technologien gibt, angeboten von Bürgern, privaten Initiativen, Firmen, in Verkehrsmitteln und öffentlichen Einrichtungen. Die Möglichkeiten des drahtlosen Internetzuganges wollen wir schnellstmöglich besonders im Bereich des ÖPNV gemeinsam mit den Betreibergesellschaften umsetzen, um die Nutzung dieser Verkehrsangebote noch attraktiver zu machen. Damit Berlin digitale Hauptstadt bleibt, muss die Versorgung mit Internetzugängen gefördert werden.

Wir Grünen werden gemeinsam mit den NetzbetreiberInnen, ExpertInnen und interessierten NutzerInnen einen Plan aufstellen, damit alle Gebiete der Stadt gleichermaßen mit schnellem

Internet versorgt sind. Die Breitbanddefinition muss über die der Bundesregierung in ihrem Breitbandatlas hinausgehen.

Aktiv für netzpolitische Themen einsetzen

Viele Themen der Netzpolitik werden maßgeblich im Bund oder in Brüssel behandelt. Bündnis 90/Die Grünen Berlin werden sich aktiv für eine umfassende Modernisierung des Datenschutzrechts, für eine transparente Verwaltung und Gesetzgebung, für das Recht von Hartz-IV-Empfängern auf die Wahl zwischen Fernseher und Computer mit Internetanschluss, für einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz und für eine umfassende Reform des Urheberrechts einsetzen, die NutzerInnen und Kreative gleichermaßen schützt.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stimmt für mehr Beteiligungsrechte – auch nach den Wahlen.
- setzt sich für starke Bezirke ein, die über tatsächliche Entscheidungsmacht verfügen.
- stimmt für eine bürgerfreundliche Modernisierung der Berliner Verwaltung.
- stärkt Bürgerfreiheiten und Datenschutz.
- nutzt die demokratischen Potentiale des Internets und stärkt die Medienkompetenz aller.

„Frauenrecht ist nicht nur ein abstrakter Begriff; es ist vor allem eine persönliche Sache. Es geht dabei nicht nur um uns, es geht ebenso um mich und dich.“
(Toni Morrison)

8. Geschlechtergerechtes Berlin Die Hälfte der Stadt

„Eine Stadt für alle“ gibt es nur in einem geschlechtergerechten Berlin, in dem Frauen die gleichen Rechte und Chancen haben wie Männer. Die Gleichberechtigung aller Geschlechter ist ein Grundrecht, aber in unserer Stadt in vielen Fällen noch immer ein uneingelöstes Versprechen. Ob beim Einkommen, bei den Karrierechancen oder bei der doppelten Belastung mit Familie und Beruf: Diese Blockaden müssen überwunden werden, damit auch in Berlin Bewegung in die Geschlechterverhältnisse kommt. Daher kann es „eine Stadt für alle“ nur geben, wenn wir Unternehmen darin bestärken, familienfreundliche Arbeitskulturen zu schaffen, damit Frauen wie Männer Familie und Beruf leichter miteinander vereinbaren können. „Eine Stadt für alle“ gibt es nur, wenn wir Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent begegnen, Zwangs-Ehen nicht dulden und Frauenhandel und Zwangsprostitution in unserer Stadt bekämpfen. „Eine Stadt für alle“ erfordert eine Gesundheitsversorgung, die unterschiedliche Bedürfnisse und Probleme von Frauen und Männern ernst nimmt – unabhängig vom Geldbeutel. „Eine Stadt für alle“ gibt es nur, wenn wir den Frauenanteil in der Politik und in der Verwaltung deutlich erhöhen.

Und „eine Stadt für alle“ heißt auch, dass wir moderne Männerrollen anerkennen und unterstützen.

In Berlin leben über 3,4 Millionen Menschen, 51 Prozent davon sind Frauen. Ihr Leben ist so unterschiedlich wie der Alltag in unseren zwölf Bezirken. Unsere Politik orientiert sich an den Ausgangslagen und Lebenswünschen von Frauen und Männern aller Altersstufen, unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft, verschiedener sexueller Identitäten sowie ihren körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten. Wir nehmen Stereotype und sich wandelnde Rollenbilder in den Blick, schauen genau hin, wie Berlinerinnen und Berliner heute leben wollen, und gestalten unsere Politik so, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beiträgt.

Die Erfolge der Frauenbewegung sind in einer Metropole wie Berlin täglich spürbar. Die junge Generation von Frauen ist selbstbewusst, gut ausgebildet und verfolgt zielstrebig ihre Pläne für die Zukunft. Trotzdem bleibt in Sachen Geschlechtergerechtigkeit viel zu tun. Frauen und Männer werden im Arbeitsleben wie im Privaten ungleich behandelt und Erreichtes muss immer wieder neu erkämpft werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Wir wollen, dass Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander umgehen – dazu gehören gleiche Chancen und Rechte für alle. Mit den Instrumenten Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting werden die Folgen von politischen Maßnahmen für Männer und Frauen abgeschätzt und in den Landeshaushalt einbezogen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Konzepte durchgängig und in allen Politikfeldern Anwendung finden.

8.1 Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

Vielfältige Lebensmodelle bekräftigen die Notwendigkeit, sich endgültig vom traditionellen „Ernährermodell“ zu verabschieden und Frauen und Männer im Erwerbsleben auf allen Ebenen gleichzustellen. Nur eine eigenständige Existenzsicherung schützt Frauen vor finanziellen Notlagen und Altersarmut. Daher streben wir eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote an – aber nicht durch Minijobs und prekäre Arbeitsverhältnisse, sondern durch existenzsichernde Arbeit.

Der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern liegt in Berlin bei bis zu 25 Prozent. Dies hat viele Ursachen. Einerseits spielen die hohen Beschäftigungszahlen von Frauen im Niedriglohnssektor und die schlechtere Bezahlung von frauentypischen Arbeitsplätzen eine Rolle. Andererseits werden Frauen durch die Zahlung von weniger Lohn für die gleiche Arbeit diskriminiert. Sonderzahlungen sind beispielsweise für Männer im Durchschnitt doppelt so hoch wie für Frauen. Wir setzen uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein, das einem Verbandsklagerecht vergleichbar wäre, sowie für mehr Frauen im öffentlichen Dienst.

Nicht gegeneinander: miteinander

Die Vorteile von gemischten Teams werden durch Studien immer wieder aufgezeigt. Wir werben für Personalentwicklungspläne, in denen Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und von deren Familien und Partnern berücksichtigt werden. Je nach Betriebsgröße müssen Maßnahmen zur Gleichstellung umgesetzt werden. Außerdem müssen Programme zur Qualifizierung von Frauen und für ihren beruflichen Ein- und Wiedereinstieg ausgebaut werden.

Berlin kann es sich nicht erlauben, die Potentiale seiner gut ausgebildeten Frauen und Mädchen einfach liegen zu lassen.

Berlin kann es sich ebenso nicht leisten, den Wunsch von immer mehr Männern zu ignorieren, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf in den Mittelpunkt einer neuen Arbeitskultur stellen und flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer anstreben und mit Betreuungsangeboten für die Jüngsten begleiten. In den landeseigenen Unternehmen und Verwaltungen wollen wir dies umgehend angehen. Das ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Die Privatwirtschaft wird gut beraten sein, dem zu folgen.

Entdecke die Möglichkeiten

Kinder und Jugendliche brauchen neue Anreize, um beim Berufswahlverhalten nicht nur die bekannten Pfade – Mechaniker, Friseurin – zu begehen. Denn trotz durchschnittlich besserer Schulabschlüsse entscheiden sich viele Mädchen nur für eine kleine Auswahl der Ausbildungsberufe und sind in den MINT-Berufen (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) deutlich unterrepräsentiert. Wir unterstützen Projekte wie den Girls' Day und wollen weitere Maßnahmen von klein auf anstoßen. Die Berufsberatung durch die Jobcenter muss geschlechtsneutral ablaufen und darf keine Optionen von vornherein ausschließen. Schließlich ist die Entscheidung für einen Beruf grundlegend für Gehalts- und Rentenzahlung und somit für ein finanziell gesichertes Leben. Viele Frauen beziehen trotz Vollzeit-Arbeit Sozialleistungen, weil sie nicht entsprechend entlohnt werden. Die Einführung eines flächendeckenden und branchenspezifischen Mindestlohns ist deshalb unerlässlich.

Das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund ist häufig stärker eingeschränkt als das

ihrer Mitschülerinnen. Wir wollen spezifische Ausbildungsprojekte fördern und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt im öffentlichen Dienst ausbilden. Wir arbeiten dafür, dass Berufsabschlüsse, die nicht in Deutschland erworben wurden, anerkannt werden.

Rollenbilder und damit auch das Berufswahlverhalten werden maßgeblich in den Kindertagesstätten und Schulen gefestigt und weitergegeben. Da die traditionellen Muster die Weiterentwicklung und berufliche Ausbildung von Jugendlichen häufig stark einengen, brauchen wir moderne Rollenbilder. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Pädagoginnen und Pädagogen bereits in ihrer Ausbildung sowie in ihrer Weiterbildung für Geschlechteraspekte sensibilisiert werden und im Arbeitsalltag somit alte Rollenmuster hinterfragen und über Bord werfen. Wir wollen außerdem mehr geschlechtersensibles und qualifiziertes männliches Personal für pädagogische Berufe begeistern und somit Männerrollen erweitern.

Girls' Day Akademie

Ein seit Jahren bewährter Baustein zur Erweiterung des Berufswahlverhaltens von Mädchen ist der Girls' Day. Damit Mädchen zukünftig ihre Berufsmöglichkeiten voll ausschöpfen, wollen wir, dass dies nicht nur einmal im Jahr zum Thema gemacht wird, sondern für ein gesamtes Schuljahr. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass, ähnlich wie in Baden-Württemberg, eine Girls' Day Akademie eingeführt wird. In Kooperation mit Betrieben und Universitäten wollen wir innerhalb jeder Schulform Mädchen für gewerblich-technische sowie naturwissenschaftliche Bereiche interessieren, das Wissen über die Tätigkeitsfelder ausbauen und eine vertiefende Berufsfelderkundung ermöglichen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verminderung der Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern.

8.2 Schutz vor Gewalt

Sexuelle und häusliche Gewalt ist für viele Frauen immer noch bittere Realität. Gewalt innerhalb von Beziehungen ist ein Problem, das in allen sozialen Schichten auftritt, unabhängig vom sozialen Status, ethnischen Hintergrund, von Bildung und Alter. Konfliktsituationen wie Trennung und Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für Frauen, Opfer von Stalking, körperlicher oder sexueller Gewalt zu werden. Frauen mit Behinderung sind besonders häufig gefährdet, insbesondere dann, wenn sie durch Pflege oder Assistenz in Abhängigkeitsstrukturen leben. Jährlich suchen etwa 1.500 Frauen und fast ebenso viele Kinder Schutz, Hilfe und Unterkunft in Berliner Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen.

Es ist die Aufgabe eines jeden, Gewalt gegen Frauen und Kinder in allen Formen zu ächten. Und es ist die Aufgabe des Staates, präventive Arbeit zu leisten und rechtsverbindlichen Schutz bereitzustellen.

Opferschutz verbessern

Seit der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2001 muss nicht mehr das Opfer von Gewalttaten die gemeinsame Wohnung verlassen, sondern der Täter. Allerdings ist die praktische Umsetzung noch nicht zufriedenstellend. Aufenthaltrechtliche Beschränkungen dürfen einem wirksamen Opferschutz bei Migrantinnen nicht entgegenstehen. Menschenrechte sind unteilbar und sie gelten für alle: für Frauen und Männer, für Alte und Junge, für Berlinerinnen und Berliner mit deutschem Pass ebenso wie für jene ohne deutschen Pass. Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und sogenannte Ehrenmorde nehmen wir nicht hin und werden sie weiterhin entschieden bekämpfen.

Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir einen umfassenden Schutz und ein dauerhaftes Bleiberecht für Zeuginnen und Opfer. Ebenso müssen die Freier von Zwangsprostituierten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Die Finanzierung von Schutzräumen für Frauen und Kinder sowie Frauenhilfeeinrichtungen in den Bereichen Akutversorgung, Prävention, Opferhilfe und Opferschutz muss verlässlich sichergestellt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Behörden müssen für einen sensiblen Umgang mit Opfern von Gewalt geschult werden.

Schlüsselprojekt: S.I.G.N.A.L. e.V. macht Schule

Häusliche Gewalt ist eines der zentralen Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. Gesundheitsfachkräfte spielen eine Schlüsselrolle beim Erkennen der Gewalterfahrungen, der rechtssicheren Dokumentation von Verletzungsfolgen und der psychosozialen Versorgung der Frauen und Kinder. Nach dem ersten Bundesmodellprojekt „S.I.G.N.A.L.: Hilfe für Frauen“ in Kooperation mit der Charité hat die SIGNAL-Koordinierungsstelle die Interventionsmaßnahmen in der Gesundheitsversorgung verbreitet. Weitere Krankenhäuser und Kliniken arbeiten mit dem SIGNAL-Interventionsprogramm zusammen. Im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Medizinische Intervention gegen Gewalt“ wurden die Interventionsmaßnahmen jetzt erstmals auch in der niedergelassenen Versorgung erprobt. Es ist ein Handlungsleitfaden für Arztpraxen und Aufklärungsmaterial für betroffene Patientinnen entwickelt worden.

Zur Unterstützung der wegweisenden Interventionsarbeit muss die SIGNAL-Koordinierungsstelle in Zukunft finanziell gefördert bleiben, damit Intervention weiter Schule macht und großflächig an Berliner Krankenhäusern und in Arztpraxen umgesetzt wird.

8.3 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

Medizinische Forschung und gesundheitliche Versorgung orientieren sich leider immer noch überwiegend an den Normen des männlichen Körpers. Gesundheitsversorgung, -berichterstattung und -forschung müssen stärker auf die besonderen Bedürfnisse und Problemlagen von Frauen insgesamt und auf die spezifischen Zielgruppen wie Migrantinnen, Mädchen, arbeitslose und ältere Frauen ausgerichtet werden. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern muss zukünftig zur Genehmigungsvoraussetzung für öffentlich geförderte Forschungsvorhaben, insbesondere bei der Arzneimittelforschung und bei der Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe, gemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt geschlechtsspezifisches Wissen um Gesundheit und Krankheit einfließen. Kulturelle Unterschiede müssen stärker als bisher im Gesundheitswesen wahrgenommen werden.

Selbstbestimmter Umgang mit dem eigenen Körper

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die freie Entscheidung einer Frau für oder gegen eine Schwangerschaft. Für Konfliktsituationen muss es ein breit gefächertes freiwilliges Beratungsangebot geben. Eine verbesserte Sexuaufklärung sowie partnerschaftlicher Umgang mit Verhütungsmitteln sind ebenso wichtig wie der einfache Zugang zur „Pille danach“.

Essstörungen prägen den Alltag vieler Mädchen und hinterlassen oft bleibende körperliche und seelische Schäden. Auch junge Männer sind längst vom körperlichen Normierungswahn erfasst. Auch wenn das gesellschaftliche Schlankheitsideal nicht alleinige Ursache für eine Essstörung ist, sondern genetische, psychische oder familiäre Faktoren hinzukommen, tragen auch

Medien und Mode dazu bei. Als internationale Modestadt muss Berlin Gesundheitsstandards für Models in der Berliner Modebranche einführen. Wir treten für einen selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper, dem Aussehen und dem Alter ein.

Auch transidenten und intersexuellen Menschen wird der selbstbestimmte Umgang mit dem eigenen Körper verweigert. Intersexuelle Menschen werden – oft schon in frühen Jahren – Eingriffen unterworfen, die medizinisch nicht notwendig sind und über deren Folgen nur unzureichend aufgeklärt wird. Wir unterstützen transidente und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um mehr körperliche Selbstbestimmung. Hierfür müssen umfassende Beratungs- und Unterstützungsangebote eingerichtet werden. In der Ausbildung des medizinischen Personals müssen Kenntnisse über die besondere Situation von Intersexuellen und Transgendern zum Standard werden.

8.4 Frauen in der Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Ein kurzer Blick in die Sitzungssäle der Bezirksverordnetenversammlungen und des Abgeordnetenhauses genügt, um sicher festzustellen, dass Frauen in der Berliner Politik unterrepräsentiert sind. Für alle verbindliche Geschlechterquoten bei politischen Nominierungen würden die Berliner Politik weiblicher und mit Sicherheit vielfältiger machen. Doch Quoten allein schaffen noch nicht die Veränderung in den Köpfen. Sie müssen von weiteren Maßnahmen der Frauenförderung in der Politik flankiert werden. Was für die Arbeitswelt gilt, muss für die Politik erst recht gelten: Die Vereinbarkeit von Familie und Politik muss auch in der Berliner Politik erkennbar werden.

Wir treten ein für die Hälfte der Macht, sowohl in der Politik, in der Verwaltung als auch in der Wirtschaft. In Aufsichts- und

Verwaltungsräten, Vorständen und sonstigen Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung sollen in absehbarer Zeit zu 50 Prozent Frauen sitzen. Dafür brauchen wir auch eine neue Unternehmenskultur, die z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile sicherstellt. Deshalb wollen wir ein Gleichstellungsgesetz, das neben Anreizen auch Sanktionen enthält, weil sich sonst nie etwas ändern wird.

Frauen an die Spitze

Mit den Projekten „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ und „Frauen in die Aufsichtsräte“ (FidAr) kämpfen sowohl der Deutsche Juristinnenbund (DJB) als auch der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) dafür, geeignete Frauen in diese Positionen zu bringen. Der VdU hat bereits eine Datenbank mit mehr als 400 qualifizierten Frauen erstellt, auf die die Unternehmen zugreifen und geeignete Aufsichtsrätinnen wählen können.

Derartige Projekte müssen weiterhin gefördert und ausgeweitet werden, z.B. auf Vorstände und weitere leitende Positionen in Wirtschaft und Verwaltung. Dies gilt insbesondere für leitende Positionen in den landeseigenen Betrieben.

Ergänzend zu dem Projekt „Frauen in die Aufsichtsräte“ sollen daher in Berlin Projekte, die die gezielte Förderung von Frauen in leitenden Positionen bezwecken, unterstützt werden. Es soll vor allem Frauen der Zugang erleichtert werden und frauenunfreundliche Strukturen in Unternehmen und Verwaltung sollen aufgelöst werden.

8.5 Neue Männer braucht die Stadt

Immer mehr Männer erkennen auch für sich die negativen Auswirkungen traditioneller Geschlechterrollen und wollen

diese Barrieren für sich überwinden. Viele Männer wünschen sich sowohl im Erwerbs- wie im Privatleben neue Wege und Entwicklungsmöglichkeiten. Forschung und Politik müssen die sich wandelnden Rollenbilder von Jungen, Männern und Vätern stärker in den Blick nehmen. Um Diskriminierungen von Männern klar definieren zu können, bedarf es einer soliden Erforschung dieses Themengebiets und entsprechender Beratungsangebote.

Traditionelle Geschlechterrollen nehmen Vätern die Chance, Familienverantwortung wahrzunehmen, und verhindern Erwerbstätigkeit von Müttern und damit eine gerechte Aufteilung der Verantwortung für die Familie. Das Modell des Alleinernährers ist überholt. Stereotype Rollenbilder verhindern auch eine Politik, die nicht nur den heterosexuellen Familienvater als Leitbild hat. Wir wollen eine Vielfalt männlicher Rollenbilder ermöglichen, indem wir Rahmenbedingungen schaffen, die kein Lebensmodell privilegieren. Männlichkeiten und Familienformen sind vielfältig und sollen es auch sein dürfen.

Neue Wege von Anfang an

Durch die Erziehung in Kindertagesstätten und in Schulen können sich geschlechtsspezifische Rollenmuster verfestigen. Erwachsene gehen mit Jungen und Mädchen oftmals unterschiedlich um und bewerten das gleiche Verhalten ungleich. Diese Muster verhindern im späteren Leben eine gezielte Weiterentwicklung der Jugendlichen. Daher wollen wir, dass bereits in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer stärker für Geschlechteraspekte sensibilisiert wird. Wir wollen außerdem mehr geschlechtersensibles und qualifiziertes männliches Personal für pädagogische Berufe begeistern und somit positive Rollenbilder ermöglichen.

Solidarisch und glücklich

Wir brauchen einen Feminismus für die neue Zeit, der solidarisch und generationsübergreifend ist und der gesellschaftlich konstruierte Geschlechter(rollen) zu überwinden versucht.

Wir wollen die Frage erneut aufwerfen, was ein gutes Leben ausmacht, wie wir unsere Zeit einteilen wollen, um glücklich mit Arbeit, Partnerin und Partner, Familie und Freunden sein zu können.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stimmt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- wählt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
- sieht nicht weg, sondern setzt sich gegen häusliche Gewalt ein.
- sieht genau hin, wenn es um die Gesundheit von Frauen und Männern geht.
- bringt mehr Frauen in Vorstände, Aufsichtsräte und Politik.
- hat mehr vom Leben durch Rollenvielfalt und Chancengleichheit.

*„Wenn es nur eine einzige Wahrheit gäbe,
könnte man nicht hundert Bilder über
dasselbe Thema malen.“
(Pablo Picasso)*

**9. Kreatives und bewegtes Berlin
Berlins Stärken stärken**

„Eine Stadt für alle“ ist nur in einem kreativen Berlin zu haben. Berlin verdankt seinen internationalen Ruf einer vitalen Kunst- und Kulturszene. Diese inspiriert eine der größten Kreativindustrien der Welt. Ihretwegen siedeln sich Verlage, Agenturen, Labels, Studios, Produktionsfirmen und Sender in Berlin an. Kulturschaffende aus der ganzen Welt kommen nach Berlin um hier zu lernen, zu leben, zu arbeiten. Berlin bietet Freiräume und ein aufgeschlossenes und kritisches Publikum. Berlin hat vergleichsweise günstige Lebenshaltungskosten und viele Jobmöglichkeiten für die hoch qualifizierten und oft schlecht bezahlten Kreativen. Deshalb sind wir für eine vielfältige Kulturlandschaft in Berlin aktiv – mit einer starken Infrastruktur, gezielter Förderung und gesicherten Arbeitsbedingungen für die Berliner Kulturschaffenden. Neben den großen Häusern schenken wir unser Augenmerk den vielen freien Initiativen und Projekten, die die Stadt bereichern und bislang zu wenig Anerkennung erfahren. Die „Kreativarbeit“ ist eines der größten Potentiale der Stadt. Wir wollen zudem die Erinnerung an verschiedene Facetten deutscher Geschichte in Berlin wachhalten und deshalb die Orte des Gedenkens und der Aufklärung pflegen.

„Eine Stadt für alle“ heißt: Wir sehen uns in der Verantwortung für Kultur in der ganzen Stadt, von Spandau bis Köpenick und von Pankow bis Neukölln. Berlin als Deutschlands Kulturstadt Nummer 1 mit starkem und klarem Profil zu etablieren erfordert eine langfristige, gesamtstädtische Perspektive für das kulturpolitische Handeln. Diese kann nur in enger Abstimmung mit den Bezirken und VertreterInnen der verschiedenen Sparten des Berliner Kulturlebens entwickelt werden. Die kommunalen Kultureinrichtungen in den Bezirken sind integraler Bestandteil der städtischen Kulturlandschaft Berlins. Mit ihren Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, mit ihren kommunalen Galerien, Bezirksmuseen und Veranstaltungsorten stellen die Bezirke die grundlegende, dezentrale kulturelle Infrastruktur für die Bevölkerung in den Stadtteilen bereit. Die Kultur- und Bildungsangebote der kommunalen Einrichtungen werden tagtäglich von tausenden von Menschen aller Altersgruppen in ihren Kiezen genutzt. Ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung betrachten wir als gesamtstädtische Aufgabe.

Die Kulturpolitik des Berliner Senats hat sich in den vergangenen Jahren vor allem durch Nichtstun ausgezeichnet. Gerade in Zeiten knapper Kassen braucht es klare Prioritäten und professionelle Einzelsteuerung für die Kultureinrichtungen, aber auch die Einbettung in eine übergreifende Strategie. Deshalb braucht Berlin einen Kulturentwicklungsplan auf Landesebene. Wir sind auch verantwortlich für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Die Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Hier wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um zu unterstützen, zu beraten und zu moderieren. Für ein lebendiges und kreatives Berlin sind neben den großen Theatern, Opern und Musikhäusern die vielen kulturellen Kleinode in den Kiezen genauso wichtig. Kleine Theater, Galerien, Clubs und Initiativen bereichern das Leben in ganz Berlin und sind maßgeblich auch für die touristische

Attraktivität der Stadt. Viele alternative und private Kulturprojekte sind gefährdet, da sie oft aufgrund einer dramatischen Mietentwicklung von ihren Standorten vertrieben werden. Hier sind mehr Unterstützung und Vermittlung seitens der Politik notwendig.

9.1 Eine neue Form der Kulturförderung

Welche Kultureinrichtungen welchen Förderanspruch durch das Land haben, muss einer qualitativen Prüfung standhalten. In einer Stadt für alle müssen Kunst und Kultur für jede und jeden attraktiv und erschwinglich sein. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen in die Theater, Museen, Bibliotheken kommen. Eintrittspreise dürfen kein Hinderungsgrund sein, am kulturellen Leben teilzunehmen.

In Berlin leben Menschen mit vielfältigen Herkünften und Erfahrungshorizonten zusammen. Die Vielfalt der Berliner Bevölkerung bildet sich jedoch in den Kultureinrichtungen nicht ab. BerlinerInnen mit Migrationshintergrund sind in den Kultureinrichtungen der Stadt unterrepräsentiert - inhaltlich-programmatisch, als MitarbeiterInnen und als BesucherInnen. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf. Wir wollen Berlins Kultureinrichtungen interkulturell öffnen. Wir brauchen an unseren öffentlich geförderten Theatern, Museen und Opern inhaltliche Programmangebote, die relevante Themen der Einwanderungsgesellschaft mit künstlerischen Mitteln verhandeln. Um dies zu erreichen, müssen in allen Sparten verstärkt KünstlerInnen, KuratorInnen, AutorInnen und DramaturgInnen mit Migrationshintergrund in die Programmentwicklung und -gestaltung eingebunden werden. Wir wollen in den Einrichtungen eine Personal- und Publikumsentwicklung voranbringen,

die der Situation in Berlin gerecht wird. Die vielfältige Kulturlandschaft Berlins braucht eine vielfältige Kulturpolitik, die sich mit den unterschiedlichen Bedingungen und Bedürfnissen auseinandersetzt, den Dialog mit den ProtagonistInnen führt und gemeinsam nach Lösungen sucht.

Stärkung der freien Szene

Die finanzielle Kluft zwischen den Opern, Sprechtheatern und großen Orchestern auf der einen und der freien Szene auf der anderen Seite wird immer größer. Eine unserer zentralen Forderungen ist deshalb eine stärkere Kooperation der etablierten und großen Institutionen mit der freien Szene. Wir wollen ein Prozent der Zuschüsse für die Großen für eine dauerhafte Förderung der freien Szene sichern. Langfristiges Ziel muss sein, zehn Prozent des Kulturetats für die freie Szene festzuschreiben.

Gerade in der freien Szene leben Künstlerinnen und Künstler oft am Rande des Existenzminimums. Auch in diesem Bereich sollen die Kulturschaffenden von ihrer Arbeit leben können. Zukünftig sollen nur solche Förderanträge entgegengenommen werden, die eine angemessene Vergütung aller an der Produktion Beteiligten enthalten.

Vorhang auf!

Berlin hat einige der besten Theater der Welt und gilt als innovativer Standort der darstellenden Kunst mit den großen Bühnen und hunderten freier Ensembles. Die Berliner Kulturlandschaft zeichnet sich durch eine einzigartige Vielfalt aus, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt. Die Koexistenz von etablierter und unkonventioneller Theaterproduktion sorgt für die notwendige künstlerische Dynamik und ständige Weiterentwicklung. Die institutionell geförderten Sprechtheater in

Berlin profitieren vom Austausch und der Konkurrenz mit der freien Szene. Wir wollen alle kreativen Theaterformen in Berlin optimal fördern: Die künstlerischen Profile der einzelnen Häuser müssen geschärft werden. Wer heute in Berlin als Intendantin oder Intendant vom Senat berufen wird, muss sich an den vertraglich vereinbarten Zielen messen lassen und sich dafür auch verantworten.

Für alle anderen Bühnen gelten das Prinzip der Begutachtung der künstlerischen Leistung durch Fachgremien und eine befristete Förderperiode.

Kulturelle Bildung und eine Programmgestaltung, die die kulturelle Vielfalt der Stadt berücksichtigt, müssen sich in der Schwerpunktsetzung der Arbeit wiederfinden. Die Stärkung von Frauen in den künstlerischen Leitungspositionen ist eine Aufgabe, die die Theater dieser Stadt in den kommenden Jahren erfüllen müssen.

Große Oper

Die Opernhäuser in Berlin, Staatsoper, Deutsche Oper, Komische Oper, Neuköllner Oper und eine ganze Reihe von freien Opern- und Musiktheaterensembles machen Berlin attraktiv. Allerdings gibt es z.B. bei der Opernstiftung noch eine Menge Synergiemöglichkeiten, die im administrativen Bereich Einsparungen ermöglichen, die für Kunstprojekte zur Verfügung stehen können. Die drei großen Opernhäuser der Stadt stehen für die Breite des Angebots, von Operette bis klassische große Oper. Auch der zeitgenössischen Oper sollen sie als hoch bezuschusste Einrichtungen eine Bühne bieten. Musiktheaterproduktion auf internationalem Niveau ist immer kostenintensiv, aber lohnenswert. Nur mit genug BesucherInnen wird Berlin seine Operntradition erhalten und entwickeln können.

Um diese Welt mehr Menschen zugänglich zu machen, fordern wir von den beteiligten Häusern der Opernstiftung die Bereitschaft, noch stärker miteinander zu kooperieren, eine deutlichere Öffnung für die Zusammenarbeit mit der freien Szene und mehr Investitionen in die kulturelle Bildungsarbeit.

Erste Geige

Berlins professionelle Orchester und Chöre musizieren in der ersten internationalen Liga. Mehr als jede andere Kunstsparte sind die Orchester und Chöre Botschafter Berlins in alle Welt. Das gilt seit weit über hundert Jahren vor allem für die Berliner Philharmoniker.

Das Konzerthaus muss neben der Orchesterarbeit ein Ort sein, in dem die Bandbreite der Berliner Musikszene ein Zuhause findet.

Wir wollen eine musikalische Vielfalt in der Stadt sichern, haben aber den Anspruch, dass sich die Sinfonieorchester mit ihren Programmen weiter profilieren und voneinander unterscheidbar machen. Neben den Profiensembles sehen wir unsere Verantwortung aber ebenso für die Vielzahl von hochkarätigen und überaus engagierten semiprofessionellen Ensembles sowie Laienchören und -orchestern.

Wir wollen eine Förderstruktur für Orchester und Chöre etablieren, die es den besten Ensembles Berlins ermöglicht, sich mehr auf die künstlerische und kreative Arbeit zu konzentrieren.

Berlin tanzt

Mit dem Staatsballett Berlin, der Company Sasha Waltz & Guests und über 200 freischaffenden Tanz-Kompanien und Choreografen hat Berlin eine Schatzkiste im Bereich Tanz. Die Tanzszene hat sich viele kleine Standorte in der Stadt erobert, die aber nur dann mit Leben gefüllt werden können, wenn auch in angemessenem Umfang Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Jüngst konnten die Uferstudios im Wedding

als neuer Standort für den zeitgenössischen Tanz eingeweiht werden – dort ist auch das Hochschulübergreifende Zentrum Tanz beheimatet. Um dieses Potential auch in vollem Umfang ausschöpfen zu können, gilt es jetzt, die Strukturen der freien Tanzszene zu stärken und das Netzwerk im nationalen und internationalen Rahmen zu unterstützen.

Willkommen im Club

Berlin lebt von seiner vielfältigen Club-Szene, in der DJs und Bands aus aller Welt auftreten und sich ausprobieren. Hier finden sich zahlreiche Bühnen für lokale Künstlerinnen und Künstler. Hier findet aber auch der internationale Austausch statt, der Berlin zur vibrierenden Metropole macht. Räume zu erhalten und bei Problemen nach Lösungen zu suchen zählt zu den Aufgaben einer engagierten Kulturpolitik.

Bilderwelten

170 Museen gibt es in Berlin. Die staatlichen Museen als Teil der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit ihren großartigen Beständen sind weltberühmt und Anziehungsort für Menschen aus der ganzen Welt. Die Landesmuseen, wie die Stiftung Stadtmuseum, das Deutsche Technikmuseum oder die Berlinische Galerie, haben eine Menge Entwicklungsmöglichkeiten. Sie sollen Orte der Auseinandersetzung mit der Geschichte und Kultur der Stadt sein. Dabei werden wir sie unterstützen.

Einwanderung als Teil deutscher Geschichte würdigen

Die Geschichte und Kultur Berlins ist in starkem Maße durch Zuwanderung geprägt. Es ist an der Zeit, dies in einem angemessenen Rahmen darzustellen und zu würdigen. Es gilt, die vielfältigen Facetten von Migration sowie die daraus resultierende Dynamik und Veränderung unserer Stadtgesellschaft für eine breite Öffentlichkeit erlebbar zu machen. Wir werden uns

deshalb dafür einsetzen, dass die Bedeutung der Migrationsgeschichte für die Entwicklung und Veränderung Berlins bei der Stiftung Stadtmuseum als thematischer Schwerpunkt verankert, ein entsprechendes Ausstellungskonzept erarbeitet und in den Räumen des Stadtmuseums nachhaltig umgesetzt wird.

Den gewerblichen Galerien in Berlin verdanken wir inzwischen den Ruf der Stadt als eines Ortes, an dem hervorragende Kunst besichtigt und gekauft werden kann.

Von unschätzbarem Wert sind für die Berliner Kunstszene die vielen kleinen und meist ehrenamtlich arbeitenden Projekträume und ProduzentInnengalerien, denen es den Rücken zu stärken gilt und denen Unterstützung bei der weiteren Vernetzung mit dem Kunstmarkt angeboten werden soll.

Berlin ist der europäische Treffpunkt für bildende Künstlerinnen und Künstler, Kuratorinnen und Kuratoren. Für sie ist Berlin besonders attraktiv, weil die Produktionsbedingungen mit öffentlich geförderten Ateliers und preiswerten Miet- und Lebenshaltungskosten im Vergleich zu anderen Metropolen immer noch sehr günstig sind. Das soll auch so bleiben.

Der zeitgenössischen Kunstszene Berlins fehlt ein Ort der öffentlichen Präsentation, der Auseinandersetzung und der Vermittlung zeitgenössischer Kunst. Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Kunstszene und den bestehenden Einrichtungen einen offenen Ort schaffen, von dem aus die aktuellen Diskurse der zeitgenössischen Kunst geführt werden können. Dazu bedarf es keines Neubaus, sondern kreativer Ideen.

Film ab

Die Film- und Fernsehproduktion in Berlin und Brandenburg ist führend in Deutschland. Diese Entwicklung wollen wir mit dem Medienboard Berlin-Brandenburg weiter stärken. Dabei achten

wir künftig stärker auf die Einbeziehung der regionalen Film- und Medienwirtschaft.

Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für alle Film- und Fernsehschaffenden einrichten, die es insbesondere auch kleineren und freien Produktionen ermöglicht, in Berlin auf einem hohen Niveau zu arbeiten. Ohne Kinos gibt es keine Filmkultur. Wir wollen die Berliner Kinolandschaft durch eine gerechte Förderung stärken.

Bibliotheken für alle

Bibliotheken sind oft die ersten kulturellen Einrichtungen, die junge Menschen nutzen. Niedrigschwellige und wohnortnahe Angebote sind darum auch im Informationszeitalter notwendig. Wir brauchen deshalb bezirksübergreifende Konzepte zur qualitativen und quantitativen Ausstattung. Eine bezirksübergreifende, gemeinsame Standortplanung ist ebenso wichtig wie die enge Verzahnung zwischen Schulen und Kinder- und Jugendbibliotheken.

Der Zentral- und Landesbibliothek kommt in der Stadt eine immer größere Bedeutung zu. Sie ist die größte öffentliche Bibliothek in Berlin. Dieser Bedeutung kann sie heute aufgrund der unzureichenden baulichen Situation an den verschiedenen Standorten kaum noch gerecht werden. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode eine Lösung für einen zentralen, verkehrsgünstigen und urbanen Standort finden.

9.2 Kultur in der Bundeshauptstadt braucht auch die Hilfe vom Bund

Nur durch die Hilfe des Bundes konnten in den vergangenen 20 Jahren viele Kultureinrichtungen vor der Schließung bewahrt

werden. Auch die Förderung durch den Hauptstadtkulturvertrag mit den besonderen Mitteln des Hauptstadtkulturfonds für kulturelle Einzelprojekte von überregionaler Bedeutung ist nicht mehr wegzudenken. Wir wollen klare Kriterien vereinbaren, welche kulturellen Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung der Bund fördert.

Humboldtforum gestalten

Das Gelände des Berliner Schlosses ist ein zentraler Platz mit gesamtstaatlicher Bedeutung für die Geschichte Deutschlands. Ein Gebäude an diesem Ort beinhaltet hohe symbolische Bedeutung, der sich Berlin im nationalen und internationalen Kontext bewusst sein muss. Wir wollen das Humboldtforum nicht nur zu einem interkulturellen Dialog nutzen, sondern es zu einem Ort von internationaler Ausstrahlungskraft machen, an dem über die Globalisierung und ihren Einfluss auf die Kulturen weltweit diskutiert wird.

Wir wollen diesen Ort im Herzen der Stadt für die Auseinandersetzung mit der Kultur der außereuropäischen Länder nutzen. Wir sehen in der Präsentation der Sammlungen aus den Dahlemer Museen einen idealen Beitrag zum Anstoß einer interkulturellen Verständigung über Geschichte, Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft.

Wir wollen die Idee eines Humboldtforums weiter konkretisieren und eine konzeptionelle Debatte, an der sich die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Berlin sowie die Zivilgesellschaft beteiligen.

9.3 Schmerzhaftes Erinnerung wachhalten

Berlin ist eine Stadt voller Geschichte, die sichtbare Spuren und Narben hinterlassen hat. Wir wollen die Geschichte gerade an

den vielen authentischen Orten erfahrbar machen. Berlin war Ausgangspunkt der beiden Weltkriege. Berlin war das politische Zentrum des nationalsozialistischen Terrors. Der historischen Verantwortung wird sich Berlin immer stellen müssen. Die spätere Teilung der Stadt war das Synonym für die Teilung Europas. In Ost-Berlin, Hauptstadt der DDR, wurde tausenden Bürgerinnen und Bürgern systematisch Unrecht und Leid zugefügt. Die Überwindung der Berliner Mauer, die friedliche Revolution, war das Ende der Teilung Europas und der Beginn eines neuen Berlins.

Die Geschichte erfahrbar zu machen, ist nicht von Berlin allein zu bewältigen. Der Erhalt und der Ausbau überregional bedeutender Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind eine gesamtstaatliche Verpflichtung von Bund und Ländern. Die bestehenden Gedenkstätten müssen kontinuierlich weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt werden. Besonders unterstützen wollen wir die Bildungsarbeit der Gedenkstätten. Als offene, außerschulische Lernorte fördern sie eine aktive Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und schärfen unser Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte. Die Umsetzung des Konzepts zur Erinnerung an die Berliner Mauer mit der Gedenkstätte und Gedenklandschaft an der Bernauer Straße und die weitere Entwicklung der Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße zur Geschichte und zu den Verbrechen der Staatssicherheit der DDR müssen mit Hilfe des Bundes und der Länder vorangetrieben werden. Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal, das breite gesellschaftliche Anerkennung erlangen soll, braucht vor seiner Entstehung das intensive und durchaus auch streitbare öffentliche Abwägen über seinen Sinn, seinen Ort, seine Symbolik und Gestaltung. Wir wollen den Bund dazu auffordern, zunächst diese Debatte zu führen und die Realisierung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Schlossfreiheit nicht weiter zu verfolgen.

Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft dauerhaft öffnen

Die Robert Havemann-Gesellschaft ist inzwischen das Archiv der DDR-Oppositionsbewegung und der Friedlichen Revolution von 1989. Wir wollen, dass dieses Archiv endlich einen neuen, den Erfordernissen angepassten und für alle Menschen zugänglichen Standort erhält. Dazu gehört auch, dass die Inhalte der großartigen Ausstellung zur Friedlichen Revolution, die zum 20. Jahrestag auf dem Alexanderplatz mit gut einer Million Besucherinnen und Besucher zu sehen war, wieder zugänglich sind.

Außerdem wollen wir den Blick auch auf die Geschichte Berlins als „Kolonialmetropole“ in der Zeit des deutschen Reiches lenken. In der Erinnerungskultur Deutschlands kommt dieses Thema so gut wie nicht vor. Wir wollen daher ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept entwickeln, das die „vergessene“ Geschichte Berlins als Kolonialmetropole für die Öffentlichkeit zugänglich macht. Als einen Bestandteil dieses Konzeptes sehen wir die Umbenennung von Straßen. Die Ehrung kolonialer Akteure sollte beendet werden, an deren statt könnten beispielsweise Menschen geehrt werden, die sich mit Kolonialismus und seinen Folgen kritisch auseinandergesetzt haben.

9.4 Kultur für Kids – Kultur von Kids

Wir wollen Kultur für alle, von allen und mit allen ins Zentrum unserer kulturellen Bildung setzen. Kultur fördert die Potentiale – gerade bei Kindern und Jugendlichen. Damit auch die nachwachsende Generation selbstbewusst und aufgeschlossen mit der Palette des Berliner Kulturlebens umgehen kann, brauchen wir einen weiteren Ausbau der kulturellen Bildung an

verschiedenen Lernorten, in den Schulen, in der freien Jugendarbeit, in der Kita und in den Kulturinstitutionen.

Wer selber künstlerisch aktiv sein will, sucht nach geeigneten Räumen und Unterstützung in seinem nächsten Umfeld. Berlin muss diese Freiräume bieten und schützen, damit Kinder und Jugendliche experimentieren und ihre Kunst öffentlich präsentieren können. Musikschulen, Bibliotheken, Jugendkulturzentren und Jugendkunstschulen, die Soziokulturellen Zentren und die Kulturinstitutionen in den Bezirken bieten dezentrale und niedrigschwellige Angebote, die wir stärken müssen, um junge Menschen in ihrem Alltag zu erreichen.

Gleichzeitig sehen wir die große Vielfalt der professionellen Kinder- und Jugendtheater, der Musikensembles, der Zirkuskunst und der Kinder-Museen, die es sehr genau verstehen, ihr junges Publikum auf eine fantasievolle und inspirierende Reise mitzunehmen und ihm neue Welten zu eröffnen. Genau dieses Wachrütteln der Gesellschaft brauchen wir in Berlin, um einen respektvollen und toleranten Umgang miteinander zu leben.

9.5 Berlin bewegt alle

Sport verbindet und hält gesund – Jung und Alt, Mann oder Frau, gleich welches kulturellen Hintergrundes oder welcher sexueller Identität. Wir setzen uns für eine vielfältige Sport-, Spiel- und Bewegungskultur ein: beim Radfahren, Schwimmen, Joggen und Fußballspielen. Wir wollen „eine Sportstadt für alle“.

Tausende stehen in Erfolg und Misserfolg hinter den Fußballern von Hertha BSC und vom 1. FC Union, den Eisbären, unterstützen die Handball-Füchse und fiebern mit den Basketballern von Alba Berlin oder auch den Wasserballern von Spandau 04. Sportliche Großereignisse wie Fußball-WM oder

der alljährliche Marathonlauf ziehen viele Millionen Menschen in die Stadt. Sport bringt Geld in die Stadt und schafft Arbeitsplätze. Unser „Green Goal“ heißt, dass Sportveranstaltungen umwelt- und klimafreundlich durchgeführt werden sollen.

Dem Breitensport als einem Angebot für alle sollte unser Hauptaugenmerk gelten. Ob im Verein oder in Initiativen - wir wollen die Sportangebote besonders fördern und unterstützen, die im Kiez und darüber hinaus für alle zugänglich und erschwinglich sind.

Das zuverlässige und breite Berliner Vereinsangebot leistet einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration und zum Gesundheitsschutz. Sportvereine sind ein Ort der Kinder- und Jugendarbeit, an dem soziale Kompetenzen aneignen, ausgebaut und trainiert werden. Teamgeist, der Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen und Fairness werden den Jüngsten in den Berliner Sportvereinen nahegebracht. Auch das macht Kooperationen von Sportvereinen mit Schulen so wichtig und sinnvoll.

Sport für alle und mit allen bietet auch die Möglichkeit, Vorurteile abzubauen. Der Appell des Berliner Fußballverbandes „Gemeinsam gegen Rassismus“ ist nur ein Beispiel für die vielfältigen couragierten Initiativen des Berliner Sports. Wir werden die Initiativen der Verbände und Vereine gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie vorzugehen, ebenso fördern und unterstützen wie Gewaltprävention durch Sozialarbeit in den einzelnen Fanprojekten. Auch Spiel- und Bolzplätze sind Bewegungsorte. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen müssen ausreichende Angebote im Kiez erhalten und ausgebaut werden. Für die Sanierung von Schwimmhallen und Sportplätzen gilt es, öffentliche Mittel zu aktivieren wie auch private Mittel zu mobilisieren.

Die sportlichen Bedürfnisse der Menschen sind im Wandel – mehr als 75 Prozent der Berliner Sporttreibenden wollen ihren

Sport nicht im Verein, sondern selbst organisieren. Dies muss auch bei der Nutzung und Sanierung von Sportanlagen berücksichtigt werden. Wir wollen die Möglichkeiten erweitern, dass BerlinerInnen ihren Sport auch selbst organisiert auf öffentlichen Anlagen treiben können.

Ein zukunftsfähiges Leitbild im Sport nimmt die Herausforderungen des demografischen Wandels an. Wir wollen alle Teile der Gesellschaft einbeziehen, auch weil wir Sport als einen Teil des Bildungs- und Gesundheitssystems sehen.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- unterstützt die Berliner Kulturschaffenden in ihrer Vielfalt.
- stimmt für ein gutes kulturelles Angebot für alle in der ganzen Stadt.
- stärkt die freie Szene.
- wählt kulturelle Bildung von Kindesbeinen an.
- unterstützt den Breiten- und Spitzensport in Berlin.

„Berlin ist mehr ein Weltteil als eine Stadt“
(Jean Paul)

10. Weltstadt Berlin

Die Welt zu Hause in der Stadt

„Eine Stadt für alle“ bedeutet mehr als nur Hauptstadt zu sein. Berlin ist Weltstadt und macht seine Tore für alle weit auf. Als weltoffene Metropole ist Berlin ein attraktiver Ort, den Menschen aus allen Teilen der Welt nicht nur als Touristen aufsuchen. Berlin entzündet Fantasien in der ganzen Welt. Viele kommen, um hier zu arbeiten, zu studieren und die vielfältigen kreativen Räume zu nutzen. Sie wollen hier ihre Ideen verwirklichen und werden damit Teil der Ausstrahlung unserer Stadt. Berlin profitiert davon: wirtschaftlich, kulturell und durch die Vielfalt seiner Menschen. Menschen aus 170 Ländern leben in Berlin und bilden Brücken zu ihren Herkunftsländern. Sie bereichern unsere Stadt durch ihren lebendigen Austausch zwischen den Kulturen. Dabei spielt Berlin eine wichtige Rolle als Mittlerin zwischen Ost und West. Berlin muss diese Potentiale besser nutzen und auch seiner Verantwortung in Europa und in der Welt besser gerecht werden. Deshalb wollen wir uns mehr in die Europapolitik einmischen. Wir werden Berlin in Europa und Europa in Berlin präsenter machen.

10.1 Internationale Verantwortung wahrnehmen

Wir wollen Berlin stärker als bisher zu einem Ort der internationalen Politik, des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Berlin

seine internationale Politikfähigkeit demonstriert, indem sich die Stadt als Ort internationaler Entscheidungen profiliert. Berlin ist darüber hinaus Ort vielfältiger internationaler Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, von Nichtregierungsorganisationen, Verbänden und Institutionen. Wir wollen, dass Berlin eine aktive internationale Rolle spielt und insbesondere im Hinblick auf Demokratie- und Freiheitsbewegungen seinen Beitrag leistet.

Der internationale Charakter der Stadt ist aber nicht nur Chance, sondern auch Verpflichtung. Unser Handeln in Berlin muss sich seiner internationalen Verantwortung bewusst sein. Wir leben in „Einer Welt“, in der unsere Wirtschaftsweise und unsere Lebensweise gravierende Auswirkungen auf die Länder des Südens haben. Deshalb sind fairer Handel und eine nachhaltige öffentliche Beschaffung, die strengen ökologischen und sozialen Kriterien genügt, und deren Einhaltung von einer unabhängigen Stelle überprüft wird, ebenso Teil der internationalen Beziehungen der Stadt wie eine klima- und ressourcenschonende Verkehrs- und Stadtplanung. Denn unter der Verletzung der Prinzipien der Nachhaltigkeit, wie sie auf der Konferenz von Rio 1992 formuliert wurden und jetzt weiterentwickelt werden, leiden vor allem die ärmeren Länder. Die Lokale Agenda 21, die das Abgeordnetenhaus 2006 beschlossen hat, und die den Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ für Berlin umsetzt, hat bislang keinen Niederschlag in der Politik des Senats gefunden.

Es gilt, die vielfältigen Kontakte in Netzwerken und Städtepartnerschaften aufzuwerten und zu unterstützen. Dazu müssen auch die Landes- und Bezirksebene enger verzahnt werden. Es gehört zu den wichtigen Aufgaben der Politik auf Landesebene und in den Bezirken, transnationale Kontakte, Partnerschaften und Netzwerke auf der zivilgesellschaftlichen Ebene und der politischen Institutionen anzuregen, zu ermöglichen

und - politisch und finanziell - zu unterstützen. Dies gilt auch und gerade für die Städtepartnerschaften und Netzwerke, für die Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens und für die Achtung der Menschenrechte in den Partnerländern.

Berlin hat mit seiner Landesentwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Schritt in seiner globalen Verantwortung getan. Aber es mangelt an politischer Unterstützung und Umsetzung der vielfältigen Versprechungen und Selbstverpflichtungen wie der Landesleitlinien zur Entwicklungspolitik, des Beschlusses der Ministerpräsidenten zur Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene, des neuen Außenwirtschaftsprogramms des Senats, der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Berliner Lokalen Agenda oder des Klimabündnisses.

Deshalb werden wir neue Initiativen ergreifen, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu ermutigen und zu fördern. Berlin muss sich an dem geplanten Eine-Welt-Promotorenprogramm des Bundes beteiligen und seinen Anteil der Ko-Finanzierung leisten, damit in Zukunft die Eine-Welt-Arbeit auf eine solide und dauerhafte Grundlage gestellt werden kann. Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag und der Bildungsverwaltung zum globalen Lernen ist, zum Beispiel durch Pilotprojekte zwischen Schulen und Nichtregierungsorganisationen, mit Leben zu füllen.

Die Etablierung einer Partnerschaft zwischen einem Berliner Bezirk und erstmals auch einer palästinensischen Stadt würden wir ausdrücklich begrüßen. Dieses breitgefächerte Netzwerk um die ganze Welt stellt eine Chance, aber auch eine Verpflichtung für Berlin dar: nämlich immer dann, wenn es notwendig ist, auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Wir möchten, dass auch die internationalen Partner unserer Stadt für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgendern, von Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung eintreten. Berlin muss seine Städtepartnerschaften in der

Bevölkerung bekannter machen, damit sie von Berlinerinnen und Berlinern wiederbelebt, mitgestaltet und gepflegt werden.

Berlin muss sich auch mit seiner verdrängten Geschichte als Metropole des deutschen Kolonialismus auseinandersetzen und ein postkoloniales Erinnerungskonzept für die Stadt entwickeln, das zum Beispiel durch die Umbenennung von Straßen die kritische Auseinandersetzung mit Rassismus fördert. Wir wollen ein reguläres, standardisiertes Programm zur Neuan-siedlung von Flüchtlingen (Resettlement). Berlin als Hauptstadt sollte sich ausdrücklich dazu bekennen, regelmäßig Flüchtlinge aufzunehmen. Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, sollen in Berlin eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten. Dafür müssen ihnen alle erforderlichen Hilfen und Unterstützungen gewährt werden.

Den internationalen Beziehungen einen Ort geben

Die vielfältigen international aktiven zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Stadt brauchen einen gemeinsamen Ort des Austauschs und der Zusammenarbeit, d.h. als Adresse für internationale Kontakte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die seit langem bestehenden Pläne für ein Eine-Welt-Zentrum in die Tat umgesetzt werden, das allen zivilgesellschaftlichen Initiativen offensteht, die sich für interkulturelle Verständigung und globale Entwicklung einsetzen. Wir wollen insbesondere Diaspora- und MigrantInnenorganisationen ansprechen. Berlin muss die Voraussetzungen dafür schaffen, damit die Nichtregierungsorganisationen in der Stadt, die ein sehr großes Interesse an einem Eine-Welt-Zentrum haben, ihrerseits das Haus perspektivisch selber tragen können.

Wir fordern die Einrichtung einer Abschiebebeobachtung am neuen Flughafen BBI nach den Vorbildern an den Flughäfen in Düsseldorf, Frankfurt a.M. und Hamburg.

Im Zuge der europäischen Freizügigkeit reisen häufig Roma und Sinti aus dem europäischen Ausland zum kurzzeitigen Erwerb des Lebens Einkommens nach Berlin. Viele flüchten auch vor Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsländern. Wir unterstützen das gesellschaftliche Engagement gegen die Diskriminierung von Roma und Sinti (Antiziganismus), um die humanitäre und menschenrechtliche Situation der Roma in Berlin, im Bund und in ganz Europa zu verbessern.

10.2 Berlin in der internationalen Wirtschaft

Der internationale Wirtschaftsstandort Berlin lebt vom toleranten Klima in der Stadt und der Kreativität seiner Akteure. Wer nach Berlin kommt, ist darauf angewiesen, schnell integriert zu werden. Der Maßstab der Neu-BerlinerInnen an das gesellschaftliche Klima in der Stadt ist der Umgang der Mehrheit mit Minderheiten. Es kommt also darauf an, die Verschiedenartigkeit der Menschen, ihre unterschiedlichen Lebensstile, Religionen, Ethnien als Chance für mehr Kreativität zu nutzen. Somit ist Berlins gesellschaftliches Klima ein Teil globaler Wirtschaftspolitik.

Netze bilden

Berlin steht zwar mit anderen Weltstädten im Wettbewerb um Ideen, Kreativität und politischen Einfluss - kann aber auch aus Kooperationen viel Nutzen ziehen. Berlin ist bereits in Netzwerken wie Eurocities, dem Metropolenetzwerk sowie der Gipfelkonferenz der Weltmetropolen und deren Projekten beteiligt. Dieses Engagement wollen wir verstärken und besser auf die spezifischen Berliner Ziele ausrichten. Gerade in den Bereichen "Green Economy" und "Kreativwirtschaft" müssen Senat und Verwaltungen die Unternehmen zielgerichtet durch Ausbau

von internationalen Netzwerken fördern und unterstützen, anstatt sich nur auf dem internationalen Parkett mit deren Erfolgen zu brüsten und auf deren Kosten Werbung zu machen. Wir wollen international aktiv kooperieren und uns gegenseitig inspirieren, so z.B. im Bereich Elektromobilität zusammen mit unserer Partnerstadt Los Angeles.

10.3 Berlin – eine europäische Stadt für alle

Die Europäische Union spielt für Berlin eine große Rolle - für die Bürgerinnen und Bürger bleibt ihr Einfluss jedoch meist abstrakt oder unsichtbar. Begeisterung für Europa kann nur durch Information und Beteiligung entstehen. Die Berlinerinnen und Berliner sollen in Zukunft besser über Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, informiert und in die Positionierung des Landes einbezogen werden. Berlin braucht endlich eine umfassende europapolitische Strategie! Sie soll dazu dienen, Öffentlichkeit für Europapolitik zu schaffen und Berliner Ziele innerhalb Europa stringenter zu vertreten.

Europa sichtbarer und lebendiger machen

Europa ist in Berlin schon überall. So spielen zum Beispiel europäische Fördergelder eine große Rolle in Berlin. Die EU finanziert Stadtteilprojekte, arbeitsmarkt- und umweltpolitische Programme, oder Infrastruktur. Für die Berlinerinnen und Berliner ist dies aber kaum transparent, denn Anträge auf Fördermittel laufen hauptsächlich über Landesbehörden, die scheinbar reine Landesprogramme durchführen.

Auch der Einfluss von europäischem Recht auf die Berliner Politik bleibt oftmals für die Öffentlichkeit im Dunkeln. Wir wollen deshalb die europäische Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

und gemeinsam mit den Bezirken, der Wissenschaft und Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) das Europabewusstsein stärken. Außerdem brauchen wir eine zentrale Anlaufstelle für die Beratung in EU-Angelegenheiten.

Europa muss lebendiger werden

Berlinerinnen und Berlinern sollen die Möglichkeit haben, europäische Politik und Projekte in Berlin und mit Berlin mitzugestalten. Deshalb wollen wir zum Beispiel die europäische Jugendarbeit besser unterstützen und die Schulen motivieren, europaweite Austauschmöglichkeiten stärker zu nutzen.

10.4 Europa in Berlin

In seiner Anziehungskraft und seinem internationalen Profil stellt sich Berlin heute als Gegenentwurf zu jener Stadt dar, von der zwei Weltkriege ausgingen und die im Nachkriegseuropa das Symbol der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges war. Berlin liegt heute geografisch und politisch im Herzen der Europäischen Union. Was weit über die Stadtgrenzen hinaus zu spüren ist, scheint an der Berliner Politik ungehört vorbei zu gehen. Dabei ist eine engagierte Vertretung Berliner Interessen in Brüssel notwendig, um die Entscheidungsprozesse zu verfolgen, mitzugestalten und eigene Themen auf der richtigen europäischen Ebene einzubringen. Eine leistungsfähige Landesvertretung in Brüssel kann auch helfen, europäische Förderprogramme besser als bisher zu nutzen.

Die mittel- und osteuropäischen Länder bilden für die internationalen Beziehungen Berlins einen Schwerpunkt, denn mit ihnen verbinden uns nicht nur gemeinsame und leidvolle Erfahrungen, sondern aufgrund der Nachbarschaft auch gemeinsame Interessen.

Schiienenanbindung an Mittel- und Osteuropa verbessern

Auf der Schiene spürt man von Berlins Nähe zu Mittel- und Osteuropa nur wenig. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden viele Straßenprojekte umgesetzt, die Anbindung auf der Schiene lässt jedoch nach wie vor zu wünschen übrig. Ein Beispiel dafür ist die Verbindung Berlin-Wrocław (Breslau): Heute beträgt die Fahrzeit fast sechs Stunden und es gibt nur eine direkte Verbindung pro Tag. Vor 75 Jahren brauchte man für die gleiche Strecke nur 2 Stunden 34 Minuten! Bei vielen anderen Strecken verhält es sich ähnlich. Besonders der zügige Ausbau der Bahnstrecken Berlin-Szczecin und Berlin-Wrocław ist dringend notwendig. Die gemeinsame Bestellung eines grenzüberschreitenden Regionalverkehrs durch Berlin, Brandenburg, Westpommern und Lebus sowie ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Angebot im Fernverkehr sollen jedem eine umweltschonende grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen. Nur wenn ausreichende Kapazitäten im Schienengüterverkehr vorhanden sind, kann verhindert werden, dass die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Lasten von Menschen und Umwelt geht.

Berlin muss seine Schienenanbindung auch an andere europäische Metropolen verbessern. Der Ostsee-Adria Korridor nimmt dabei eine wichtige Stellung ein. Er führt von Skandinavien bis zum Mittelmeer und kann Berlin Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben. Vor allem im Bereich des Schienengüterverkehrs bleibt noch viel zu tun, damit der internationale Wirtschaftsverkehr umweltfreundlich abgewickelt werden kann!

Kooperation mit Polen verstärken

Berlin ist ein Tor nach Mittel- und Osteuropa! Polen ist nur eine knappe Stunde entfernt. Mit der Oderpartnerschaft soll eine engere Zusammenarbeit der grenznahen Bundesländer Brandenburg, Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auf

der deutschen Seite und den Wojewodschaften Lebus, Westpommern, Niederschlesien und Großpolen auf der polnischen Seite erreicht werden. Die Region links und rechts der Oder soll mit Hilfe von Projekten im Bereich Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Kultur und Zivilgesellschaft enger zusammenwachsen. Wir wollen der Oderpartnerschaft eine höhere Priorität einräumen, um die Wirtschaft grenzüberschreitend zu fördern.

Berlin ist zwar an zahlreichen Aktivitäten der Ostseestrategie beteiligt, hat aber bisher im Gegensatz zu anderen deutschen Regionen keine Eigeninitiative gezeigt. Das sollte sich ändern! Berlin hat nicht nur viel zu bieten, sondern kann auch erheblich von Kooperationen profitieren - sei es zur Netzwerkschaffung für die Kreativwirtschaft, Austausch zu Stadtmobilität oder im Bereich der Bildung.

10.5 Berlin in Europa – Mittlerin zwischen Ost und West

Die Auswirkungen der Entscheidungen und Beschlüsse der EU gewinnen einen immer größeren Einfluss auf die regionale Politik - auch in Berlin. Europapolitik ist längst auch ein Teil der Innenpolitik geworden und muss auch als solcher verstanden und betrieben werden. Es darf nicht sein, dass der Senat die Europapolitik immer erst dann entdeckt, wenn europäische Richtlinien auf Landesebene umgesetzt werden müssen. Wir müssen die neuen Kompetenzen, die die Länder durch den Vertrag von Lissabon erhalten haben, nutzen, um Berlins Stimme in Brüssel hörbar zu machen! Wir wollen dazu beitragen, dass Europa ökologischer und sozialer wird. Deshalb soll sich das Abgeordnetenhaus frühzeitig mit Vorhaben der europäischen Ebene beschäftigen. Wir wollen, dass das Parlament genauso informiert wird wie der Senat. Der Berliner Senat berücksichtigt

bei der Mitwirkung im Bundesrat, insbesondere bei Angelegenheiten der Europäischen Union, Stellungnahmen des Abgeordnetenhauses. Dafür soll ein eigenständiger Europaausschuss einrichtet werden.

Die Europäisierung vieler Politikfelder hat Auswirkungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Sie brauchen fortgesetzte Weiterbildungen um Kenntnisse der Institutionen der EU, der Entscheidungsprozesse in Europa und des europäischen Rechts zu erlangen und zu vertiefen. Berlin braucht Verwaltungen, in denen Europa ein selbstverständlicher Teil des Denken und Handelns bei allen MitarbeiterInnen ist. Wir wollen MitarbeiterInnen motivieren, Erfahrungen in Brüssel zu sammeln und vor Ort die Europakompetenz zu erwerben, sei es bei der EU-Kommission oder der Landesvertretung.

Fördermittel besser nutzen

In Europa wird derzeit die Zukunft der zwei Strukturfonds - Programmlinien und Budgets - verhandelt. Es ist wahrscheinlich, dass Berlin ab 2014 eher weniger europäische Mittel erhalten wird. Daher ist es umso wichtiger, dass sich Berlin dafür einsetzt, dass seine ökologischen und sozialen Ziele für die Mittelvergabe eine große Rolle spielen.

Die europäischen Fördermittel spielen in der Landespolitik eine große Rolle. Die wichtigsten sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der europäische Sozialfonds (ESF). Insgesamt kann Berlin in der aktuellen Förderperiode 2008-2013 über 875 Millionen Euro EFRE-Mittel verfügen. In fast allen Förderprogrammen des Landes sind EFRE-Gelder enthalten. Bisher werden diese Gelder noch nicht optimal ausgeben. Der Senat ließ in der letzten Förderperiode sogar einen Teil der Mittel ungenutzt verfallen! Wir wollen die Förderschwerpunkte neu setzen. Wir legen die Schwerpunkte auf

die Green Economy, auf die energetische Sanierung, auf neue Formen der Stadtmobilität, auf Kreativwirtschaft und Dienstleistungen.

Der Einsatz der EFRE-Mittel muss in Zukunft klaren strategischen Zielen folgen und stärker an ihren Wirkungen gemessen werden. Um dies zu erreichen, sind weit reichende Reformen der Verwaltung nötig.

Ein Großteil der sozialpolitischen Projekte in Berlin ist nur durch die Gelder des Europäischen Sozialfonds (ESF) möglich. Ohne den Europäischen Sozialfonds gäbe es kein arbeitsmarktpolitisches Programm. Mit dem Europäischen Sozialfonds wollen wir die Ziele des Green New Deal unterstützen und beispielsweise ArbeitnehmerInnen für „grüne“ Jobs qualifizieren.

Wir wollen das europarechtlich vorgegebene Partnerschaftsprinzip für die Auswahl der Projekte ernst nehmen und den sog. Begleitausschuss beleben. Die Kontrolle bei der Umsetzung der ESF- und EFRE-Programme durch Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpartner funktioniert in Berlin nicht. Wir werden diese Kontrolle demokratischer und transparenter gestalten und für eine bessere Beteiligung sorgen.

Arbeitsmarktöffnung: Vorteile nutzen - Nachteile verhindern

Wir begrüßen die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Europäer und Europäerinnen aus Mittel- und Osteuropa. Berlin braucht auch aufgrund des demographischen Wandels qualifizierte ArbeitnehmerInnen. Deshalb fassen wir die Arbeitsmarktöffnung für Berlin als große Chance auf. Wir wollen sie aktiv gestalten und einen besseren Austausch mit den Arbeitsmarktagenturen aus diesen Ländern fördern. Gleichzeitig darf der Wegfall der Grenzen für Arbeitnehmer nicht dazu führen, dass Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen angeboten werden. Hier hilft nur ein branchenübergreifender, flächendeckender Mindestlohn.

Wer in Berlin Grün wählt ...

- stärkt Berlin als Stadt internationaler Kooperation und Entscheidungen mit globaler Verantwortung.
- fördert die internationale wirtschaftliche Vernetzung der Stadt und sorgt für eine größere Sichtbarkeit und Transparenz Europas in Berlin
- stimmt für eine bessere Vernetzung Berlins mit seinen europäischen Nachbarregionen.
- stimmt für eine stärkere Stimme in Europa.

Stichwortregister

Aids 43, 45, 48
A100 102, 107 ff., 115
Alter, Ältere Menschen 43 ff., 78, 109, 155 ff., 165 ff., 193 ff.
Ansiedlung 27 f., 63, 221
Arbeit 26 ff., 34 ff., 71 ff., 191 ff., 203 ff.
Arbeitslosigkeit 34, 43, 53, 59, 71
Armut 34, 43, 60, 131, 158
Artenvielfalt 95 ff.
Ausbildung 53 ff., 72, 142 ff., 158 ff., 182, 194 ff.

Barrierefreiheit 48 f., 90 ff., 124, 168
Baumschutz 95 ff.
BBI 72, 107 f., 221
Behinderung, Menschen mit 49 ff., 137, 144, 166 ff., 196
Beschäftigung 39 ff., 85, 153
Beteiligung 57, 92, 161, 169 ff., 178 ff.
Bezirke 36 ff., 82 ff., 89 ff., 175 ff., 204
Bibliotheken 177, 204 f., 211 ff.
Bildung 26 ff., 41 ff., 54, 61, 77 ff., 127 f., 129 ff., 158 ff.
Biodiversität 95 ff.
Brandenburg 72, 94 f., 119 ff., 127
Bürgerbeteiligung 24, 92, 171 ff., 179
Bürgerhaushalt 178 f.
Bürgerschaftliches Engagement 36, 47 f., 64, 127 ff., 166 f.

Chancengleichheit, -gerechtigkeit 34 ff., 129 ff., 136, 191 f., 202
Charité 43 f., 80, 197
CO2-Emission 103, 117, 121

Daseinsvorsorge 30, 35, 64 ff.
Datenschutz 100, 140, 184 ff.
Demenz 48
Demokratie 22 ff., 157, 161, 170 ff., 213
Denkmalschutz 84, 90
Dienstleistungen 70, 73, 77 ff., 91, 144
Diskriminierung, Anti- 35 ff., 136, 157, 201, 222
Diversity 49 ff., 77, 182
Drogen 44 f.
Drugchecking 45

E-Government 180, 183
Einbürgerung 57
Elektromobilität (E-Mobility) 76, 86, 223
Eltern 54, 77, 130 ff., 155 ff., 200
Energie, Erneuerbare 71 ff., 102, 116 ff., 144 f.
Energieeffizienz 73 ff., 81, 116 ff.
Erinnerungskultur 212 ff.
Europa 151 f., 223 ff.

Fachkräfte 55, 72, 143, 150 ff., 165
Fahrrad 101 ff.
Familie 46 ff., 77 f., 129 ff., 155 ff., 191 ff.
Familienzentren 131 f., 159
Feinstaub 93 f.
Film, -förderung 210 f.
Finanzen, Finanzpolitik 23 f., 58 ff., 64, 99 f., 112, 176 ff.
Flüchtlinge 221
Forschung 44, 73 ff., 130, 146 ff., 151 ff., 198
Frauen, -förderung 83, 150, 181, 191 ff., 199 ff., 207

Ganztagsbetreuung 19, 27, 129, 135, 164
Gender Budgeting 192
Gender Mainstreaming 192

Generationen, -gerechtigkeit 31, 59, 155 ff.
Gerechtigkeit 25 ff., 71, 88 ff., 116, 127, 133
Gesundheit 42 ff., 70 ff., 78, 99 ff., 158 ff., 197 ff., 216 f.
Gesundheitswirtschaft 70, 80, 87
Gleichberechtigung, Gleichstellung 31, 150, 191 ff., 200
Green New Deal 228
Green Economy 63, 73, 85 f., 222, 228
Grün, Grünflächen 95 f., 177
GründerInnen 29, 83, 188
Grüne industrielle Revolution 28, 73, 87

Haushalt, Haushaltspolitik 23 f., 58 ff., 170, 181
Haus der Wirtschaft 84 f.
Heime 48, 56, 107, 166 f.
Hochschule, Hochschulpolitik 129 ff., 146 ff., 188, 209
Homophobie 35, 216

Industrie 69 ff., 118
Informationsfreiheit 172, 188
Informationstechnologien (IT) 75, 79, 180, 183, 188
Infrastruktur 46, 75ff., 92, 108, 158, 203 f.
Inklusion 49
Innovation, Innovationsförderung 74 f., 79, 83, 86, 153 f.
Integration 21, 41 f., 52 ff., 131, 144 ff.
Internationale Bauausstellung 92
Internationale Politik 219
Intersexualität 49, 51, 136, 199
Islam 51, 53, 58, 174, 216

Jobcenter 39 ff., 55, 194
Jobs, 100 000 Neue 73, 85 ff., 144 f.
Jugendliche 43 ff., 113, 134 ff., 142 ff., 155 ff., 194 f.
Justiz 112 ff.

Kieze 36 ff., 91, 163, 175
Kinder 43 ff., 52 ff., 101 ff., 129 ff., 155 ff., 194 ff., 214 ff.
Kinderarmut 101, 158, 168
Kindertagesstätten (Kita) 54, 127, 129 ff., 158 f., 164 f.
Kleingärten 95
Klimahauptstadt 31, 90, 116, 126 ff.
Klimaschutz 70 f., 81, 86 f., 103, 116 ff.
Klimastadtwerk 124 ff.
Klimawandel 90, 92 ff., 97, 116, 121
Korruption, Anti- 120, 171, 173 f., 178
Krankenhäuser 43 ff., 48, 80, 167, 197
Kreativität, Kreativwirtschaft 78 ff., 82, 85 f., 203 ff., 222 f., 226
Kriminalität 89, 109 ff., 113
Kultur 51, 158 f., 161, 203 ff.
Kulturelle Bildung 130, 140, 207 f.
Kunst 131, 203 ff., 210, 215
KünstlerInnen 205 ff., 209 f.

Landesunternehmen 65 ff.
Lärm 72, 88, 93 f., 108 f.
Lehrende, LehrerInnen 26, 54, 133 f., 141 f., 147
Lesben 49 ff., 220
Liegenschaften, Liegenschaftspolitik 92, 125
Lohngerechtigkeit, -gleichheit 19 f., 193 f.
Lokale Agenda 127, 219

Männer 45, 132, 165, 191 ff., 200 ff.
Medien, Neue 78, 168 f., 185 ff., 199, 211
Mieten, -politik 30, 37 ff., 109, 121, 205
MigrantInnen 21, 52 ff., 112, 181, 186, 209, 220
Mindestlohn 47, 70, 194, 228
Mobilität 29 f., 86, 101 ff., 107, 225 f.
Musikschulen 130, 135, 177, 204, 215

Nachhaltigkeit 39, 58 f., 70 f., 81 f., 90 f., 101, 117 ff.

Nachtflugverbot 72, 94

Naturschutz 95, 122

Netzpolitik 185, 187 f., 190

Nichtraucherschutz 44

Öffentlicher Dienst 56

Öffentlicher Gesundheitsdienst 43, 177

Ökonomie, Lokale 85 ff.,

Open Data 24

Open Source 24, 188

Opfer 51, 109, 174, 196 f.

ÖPNV 76, 94, 98, 101 ff., 107, 168, 189

Palliativmedizin 48, 167

Patienten 45f., 48, 80, 100, 197

Personal 62, 132 f., 148 ff., 178 ff., 181

Politische Kultur, Neue 18, 22 f., 32, 139, 169 f.

Pflege 42, 46 ff., 78, 155 ff., 164 ff.

Polizei 51, 109, 112 ff., 185

Qualifizierung 40, 72, 142, 164, 193

Quartiersmanagement 89, 111

Queer (siehe sexuelle Identität) 35, 50 ff., 109, 165

Quote, Frauen- 193, 199

Rassismus 51, 55, 136, 174, 216, 221

Rechtsextremismus 51, 175

Rekommunalisierung 66

Ressourcen, -effizienz 69, 71, 74 f., 86, 145

Rundfunk 185 ff.,

Sanierung, Energetische/Ökologische 87, 90, 117, 121 ff.

S-Bahn 17, 98, 104, 106 ff., 168

Schule 26 f., 45 f., 53 f., 127, 129 f., 161 ff.

Schwule 49 ff., 136, 220

Selbständige 20, 29, 79, 83, 188

Sexuelle Gesundheit 45

Sexuelle Identität 35, 50, 52, 109, 165, 192

Shared Space 103

Sicherheit 35, 89, 109 ff., 114, 183

Solidarität 26, 31, 35 f., 47, 155

Soziale Gerechtigkeit 26 f., 30 f., 71, 88

Soziale Stadt 34, 89 f., 92 f.

Sozialraum 37, 89

Sprachförderung 54 f., 132 f., 138, 143

Sport, -förderung 135, 158, 215 ff.

Stadtplanung, -entwicklung 37, 88 f., 93, 103

Sterben 48, 167

Strafvollzug 44 f., 109, 113 ff., 196

Straßenbahn 104 f., 111

Stromnetz 118 f., 125 f.

Strukturfonds 227

StudentInnen, Studierende 130, 141 f., 146 ff., 150 f.

Studiengebühren 146

Sucht 44 ff.

Talente 40, 85, 129, 143, 188 f.

Technik, Technologie 73 ff., 86, 108, 183 f., 188 f.

Teilhabe 56, 65, 101 f., 157 f., 166 ff.

Tegel, Innovationspark 28, 76, 91

Tempelhofer Feld 91 ff.

Tierschutz 97 f.

Tourismus 70, 81 f., 86, 91, 145

Transgender, Transidentität, Transsexualität 49, 51, 136, 199, 220

Universitäten 70, 73 f., 146, 151, 195
Umweltpolitik, -schutz 30 f., 88 ff, 93 f., 115 f., 144 f.
Urbane Landwirtschaft 95

VerbraucherInnen, Verbraucherschutz 48, 88, 98 f., 115 f., 184
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 135, 163, 191, 194, 199 ff.
Verkehr 76, 93 f., 98 ff., 168, 225 f.
Verwaltung, Bürgernahe 56, 80, 82 ff., 169, 176 ff.
Vielfalt 48 ff., 150 ff., 155 ff., 161 ff., 174
Volksbegehren, Volksentscheid 24, 170, 172
Volkshochschulen 54, 177, 204

Wahlrecht 57, 171
Wald (siehe Baumschutz) 95 ff.
Wasser 67, 73f., 86, 96 f., 118 f.
Weiterbildung 40, 127, 129 f., 139, 144 ff.
Wirtschaft, Wirtschaftsförderung 63 ff., 69 ff., 108, 120 ff.,
 199 ff., 222
Wissenschaft 73 ff., 150 ff., 194 f., 212
W-LAN 189
Wohnen, Wohnungspolitik 37 ff., 88 ff., 116, 121 ff., 166 f.

FÜR DIE ZUKUNFT
FÜR ALLE
FÜR BERLIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80
10117 Berlin

Tel.: 030 615005-0
Fax: 030 615005-99
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de